Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 2, 6. Jg., April 2019
Im Netz: www.free21.org

Heuchelei: Westliche Werte

Immer wenn der „Westen“ in anderen Ländern mordet und plündert, behauptet er, er kämpfe für das Gute. Seit Jahrhunderten. Er tötete im Namen der Christianisierung, der Zivilisierung, im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von Demokratie und Menschenrechten – neuerdings in Wahrnehmung seiner angeblichen „Responsibility to Protect“, seiner angeblichen „Schutzverantwortung“ für die Welt. Inzwischen kürzen westliche Politiker ihre Begründungen für Mord und Totschlag mit den Worten ab, sie kämpften „für unsere Werte“. Warum die Werte auch einzeln aufzählen, wenn man sich ohnehin nicht an sie hält? Von Jürgen und Frédéric Todenhöfer: Seite 4

1

Imperiumskriege und Geo-Strategien

2

Zwei aufschlussreiche Videos zeigen auf, wie die USA mit dem Krieg gegen den Terror missliebige Staaten oder deren Führer angegriffen haben oder es planten. In Auszügen übersetzt und wiedergegeben. ▶ SEITE 7

Der **Lügenkrieg** gegen Venezuela

3

Über die Ereignisse um Venezuela wird sehr einseitig, mit verdrehten Faken und dreisten Lügen berichtet. John Pilger, Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam und John Laughland bieten eine Alternative. ▶ SEITE 13, 15 und 19

Sabotierte Maidan-Untersuchungen

4

Fünf Jahre nach dem Massaker auf dem Maidan erklärt der Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski im Interview wie und warum die Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft sabotiert werden. ▶ SEITE 26

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 2, 6. Jg., April 2019

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin,
Karl-Lade-Str. 36a,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Holger Bartholz

ViSdPR: Holger Bartholz,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz:
Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte der Coverbilder auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild Nr. 1: Shutterstock
Bild Nr. 2: DoD, gemeinfrei
Bild Nr. 3: Alexcocopro, Wikimedia, CC BY-SA 4.0
Bild Nr. 4: Mstyslav Chernov, CC BY-SA 3.0)

TITEL

4 Die Welt-Eroberer

Im Namen scheinheiliger Werte mordet und brandschatzt der Westen weltweit. Ein Exklusivabdruck aus „Die große Heuchelei“. *Von Frédéric Todenhöfer und Jürgen Todenhöfer*

HINTERGRUND

7 Amerikanischer Imperialismus mit langer Tradition

Über die Entstehnung des amerikanischen Interventionismus und dessen Wirkung bis in die Gegenwart, mit erhellenden Aussagen von Zeitzeugen und Beteiligten zu den Ereignissen seit 9/11. *Von Kirsten Grote*

15 Der Krieg gegen Venezuela basiert auf Lügen

Ein Beitrag zur Geschichte des Chavismus in Venezuela. *Von John Pilger*

26 Sabotierte Untersuchungen

„Den meisten Maidankämpfern wurde in den Rücken geschossen“. Interview mit dem Maidanforscher Ivan Katchanovski. *Von Stefan Korinth*

40 Von journalistischen Coups, unterschiedlichen Blickwinkeln und der Abscheu vor Lügen

Ein Interview mit dem Filmemacher Andrej Nekrasov über die Pressefreiheit im Westen und seinen Dokumentarfilm, dessen Ausstrahlung seit Jahren von der Anti-Russland-Lobby mit teils fragwürdigen Mitteln verhindert wird. *Von Andrea Drescher*

GESELLSCHAFT / MEDIEN

19 Venezuela – pfeif auf Grundgesetz und Völkerrecht

Die Tagesschau dient der Regierung als Sprachrohr beim rechtswidrigen Umgang mit Venezuela. *Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam*

25 Alternative Medien vorgestellt

#4: Das Blog antikrieg.com von Klaus Madersbacher. *Von Andrea Drescher*

33 Kampagnenjournalismus bei Maidanprotesten

In diesem Interview zeigt der Autor und Journalist Mathias Bröckers auf, mit welch einer manipulativen Sprache Mediennutzer bei der Berichterstattung konfrontiert werden. *Von Marcus Klöckner*

48 Facebook und Google als Inkarnation des LifeLog-Programms des Pentagon

Über ein Programm des US-Militärs, das genau die Totalaufzeichnung und Speicherung all unseres Tuns anstrebte, die durch Google, Facebook und andere US-Konzerne mittlerweile umgesetzt wurde. *Von Norbert Häring*

GEOPOLITIK

13 Moralische Schande

Die EU predigt weltweit Rechtsstaatlichkeit und zerstört dann die Legalität in Venezuela. *Von John Laughland*

36 Human Rights Watch: Menschenrechte und Meinungsmache

Human Rights Watch hat ihren jährlichen „Weltbericht“ vorgestellt. Darin nutzt HRW die Menschenrechte für Meinungsmache gegen Konkurrenten des Westens und misst mit zweierlei Maß. *Von Tobias Riegel*

45 Militärmacht China – ein gefährlicher Pentagon-Bericht

Welche Vision hat China und welche Folgen hätte die chinesische Militärstrategie für die USA? Ein Pentagon-Bericht sucht Antworten. *Von Rainer Rupp*

50 Späte Einsicht

Endlich enttarnt auch ein BBC-Journalist die Aussagen der Weißhelme zum Giftgasanschlag in Duma als Fälschung. *Von Jens Bernert*

Scheinheilige westliche „Werte“

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten diese Ausgabe aus aktuellem Anlass der erwiesenen Doppelmoral und der Verlogenheit in der Politik in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie widmen. Die jüngsten Ereignisse um Venezuela und die Berichterstattung darüber in den Mainstream-Medien, sprechen Bände über den Zustand unserer westlichen „freien“ Gesellschaft. Die Einmischung unserer Regierung, aber auch der Europäischen Union in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates, zeigen klar die Chuzpe, mit der der Westen schon immer gegen missliebige Staaten oder Personen vorgegangen ist. Wir können live mitverfolgen, wie mit zweierlei Maß gemessen wird und mit welch einer dreisten Frechheit Tatsachen durch Behauptungen ersetzt werden. Ob es 2014 die Unterstützung des Regime-Change in der Ukraine war oder heute die Anerkennung eines selbst ernannten Übergangspräsidenten von Amerikas Gnaden ist – die Anmaßung des Westens ist mehr als dreist.

Ebenso, wie über viele Politiker, kann man sich über große Teile der westlichen Medienlandschaft empören, da die Berichterstattung über die Hintergründe in beiden Fällen überwiegend lausig und vor allem parteiisch war und ist. Dagegen wollen wir mit der vorliegenden Ausgabe wieder etwas tun.

In diesem Magazin zeigen wir anhand vieler Beispiele und Berichte, wie das westliche Vorgehen zur Durchsetzung „unserer Interessen“ aussieht. Es darf uns nicht verwundern, wenn Länder wie China, Russland oder Nordkorea aufrüsten und sich politisch nach Westen hin abschotten, um dem destruktiven Einfluss durch „uns“ zu entgehen.

Geopolitisch hat sich seit 2016 eine Menge verändert, ursprünglich mit ausgelöst durch die Ukrainekrise, der wir hier auch wieder Platz einräumen, und besonders durch Russlands militärischen Einsatz in Syrien seit 2015, der eine Zeitenwende in der einst unipolaren Welt eingeläutet hat. Hinter den Kulissen sind viele Dinge im Fluss, von denen wir nicht, nur verzerrt oder verzögert erfahren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es kaum noch investigativen Journalismus gibt.

Wie effektiv die Zensur auch und gerade im Westen funktioniert, erzählt uns aktuell der Filmemacher und Grimmepreisträger Andrej Nekrasov, der bis heute seine augenöffnende Magnitzki-Dokumentation nicht öffentlich senden konnte.

Ein weiterer wichtiger Artikel zeigt rückblickend noch einmal die Kriegspläne der USA nach 9/11 auf und belegt, wie der Krieg gegen den Terror dazu benutzt wurde, in andere Länder einzufallen, dort missliebige Regierungen abzusetzen und ganze Staaten zu zerstören. Wir erfahren aus dem Munde von Zeitzeugen und Beteiligten, welche Pläne und Hintergedanken die Mächtigen in der US-Regierung und im Pentagon hatten, wie viele davon umgesetzt wurden und welchen Einfluss diese Geopolitik auch auf unser Land hat.

Der konservative amerikanische Politikwissenschaftler und Autor Samuel Huntington sagte einmal: „Der Westen gewann die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen, Werte oder Religion, sondern durch die überlegene Anwendung von organisierter Gewalt.“ Diese Tatsache publik zu machen und die Kriege, Einmischungen und Lügen zu beenden, sollte unser aller Ziel sein.

Holger Bartholz

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. **Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat.** Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es natürlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

US-Soldaten verlassen die Forward Operating Base Baylough, Afghanistan, am 16. Juni 2010, um eine Patrouille durchzuführen. Die Soldaten sind vom 1. Zug, Delta Kompanie, 1. Bataillon, 4. Infanterieregiment. (Quelle: Flickr, DoD-Foto von Staff Sgt. William Tremblay, U.S. Army/Released, CC BY 2.0)

Die **Welt-Eroberer**

Im Namen scheinheiliger Werte mordet und brandschatzt der Westen weltweit. Ein Exklusivabdruck aus „Die große Heuchelei“.

von Frédéric Todenhöfer und Jürgen Todenhöfer

Die Politik eines George W. Bush oder Donald Trump erntete viel Kritik. Gern wiegen wir uns aber in der Illusion, dass es ursprüngliche westliche Werte gab, die lediglich in jüngerer Zeit verwässert wurden. Tatsächlich gab es eine derart glorreiche Vergangenheit nie. Der Fisch stinkt von seinem Kopf her — den USA, und der Keim des momentanen Übels ist schon in seinen Anfängen zu finden. Der amerikanische Kontinent wurde von christlichen Weißen mittels Völkermord „erschlossen“; der ökonomische Wohlstand des Nordens verdankt sich der Sklaverei und dem Imperialismus, und die einmal proklamierten, vielleicht gut gemeinten Werte galten ursprünglich nur für privilegierte, weiße Männer. Edle Motive waren und sind die Maske jeder Grausamkeit, die begangen wird. Zeit, sie den Tätern vom Gesicht zu reißen.

Der Kampf für unsere „Werte“

Immer wenn der „Westen“ in anderen Ländern mordet und plündert, behauptet er, er kämpfe für das Gute. Seit Jahrhunderten. Er tötete im Namen der Christianisierung, der Zivilisierung, im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von Demokratie und Menschenrechten. Neuerdings in Wahrnehmung seiner angeblichen „Responsibility to Protect“, seiner angeblichen „Schutzverantwortung“ für die Welt. Inzwischen kürzen westliche Politiker ihre Begründungen für Mord und Totschlag mit den Worten ab, sie kämpften „für unsere Werte“. Warum die Werte auch einzeln aufzählen, wenn man sich ohnehin nicht an sie hält?

In der Unabhängigkeitserklärung der USA aus dem Jahr 1776 heißt es feierlich: „Wir halten für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen sind. Dass sie von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden. Darunter Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ [1].

Doch diese großartigen Worte galten nur für weiße, wohlhabende und männliche Amerikaner. Frauen, Indianer, schwarze Sklaven und weiße Bedienstete waren ausgeschlossen.

Thomas Jefferson, Vater der Unabhängigkeitserklärung und späterer US-Präsident, lehnte Sklaverei öffentlich ab. Privat besaß er bis zu seinem Lebensende Hunderte Sklaven. Zum Thema Frauen sagte Jefferson, Frauen seien viel zu schlau, um sich durch Politik Falten auf die Stirn zu holen.

Publiziert auf Free21 am 01.04.19, 9:30 Uhr

Die Urmutter westlicher Heuchelei

Heuchelei war schon bei der Gründung der USA eine beliebte Strategie. Vielleicht war die Unabhängigkeitserklärung der USA mitsamt der Erklärung der Menschenrechte sogar die Urmutter der modernen westlichen Heuchelei. Noch heute hängt die Unabhängigkeitserklärung in den Schulen der USA aus. Doch in Wahrheit folgt die US-Außenpolitik Machiavelli und Clausewitz. Amerikanische Interessen, nicht Werte, waren und sind oberstes Gebot der USA. Wir kämen der Wahrheit amerikanischer und westlicher Außenpolitik ganz nahe, wenn wir das Wort „Werte" einfach durch das Wort „Interessen" ersetzen würden.

Ähnlich menschenfreundlich klang 1789 die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution, auf die sich die heutige europäische Zivilisation so gern beruft. Doch im Namen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" begann erst einmal ein gnadenloses Morden. „La terreur", der Terror der Guillotine, wurde spätestens unter Robespierre zum wahren Symbol der Französischen Revolution. Selbst moderne Terroristen nehmen sich heute die Kopf abschneidende französische Guillotine zum Vorbild.

Auch die deutsche Verfassung liebt große Worte. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" [2]. Alte, vereinsamte und verarmte Menschen, aber auch Migranten könnten diesen Satz als blanken Hohn empfinden.

Ähnlich heuchlerisch klingen moderne westliche Politiker. George W. Bush erklärte seinen Soldaten am 1. Mai 2003 zum angeblich erfolgreich beendeten Irak-Feldzug: „Wo auch immer Sie hingehen, bringen Sie eine Botschaft voller Hoffnung. Eine Botschaft, die (…) immer neu ist. Mit den Worten des Propheten Jesaja gesprochen: ‚Zu sagen den Gefangenen: Geht heraus! Und zu denen in der Finsternis: Kommt her vor!'„ [3]. Ein US-Offizier war ehrlicher. Er sagte: „Es (war) wie Robbenbabys totschlagen" [4].

Amerikanischer Exzeptionalismus

Viele US-Politiker sind von der Einzigartigkeit der USA, von ihrer Sonderstellung in der Welt, vom amerikanischen „Exzeptionalismus", überzeugt. Expansion und Imperialismus seien ihre geschichtliche, messianische, göttliche Aufgabe. Der Kampf „Gut gegen Böse" sei Amerikas offenkundige Mission, seine „manifest destiny" [5]. Für den Philosophen Allan Bloom erzählt „Amerika (…) eine einzige Geschichte: den ungebrochenen, unausweichlichen Fortschritt von Freiheit und Gleichheit" [6]. Für den Schriftsteller Herman Melville, den Autor des Klassikers Moby Dick, sind die USA das von Gott „auserwählte Volk — das Israel unserer Zeit" [7].

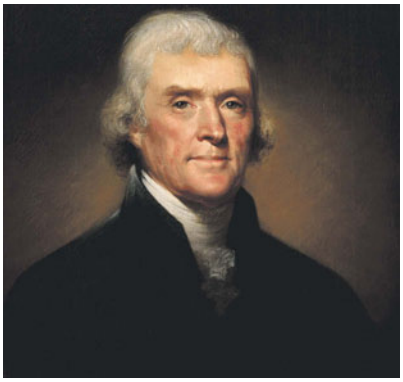
Barack Obama bat an der Klagemauer von Jerusalem Gott, ihn „zu einem Instrument (s)eines Willens zu machen" [8]. Hat Obama sich wirklich als Instrument Gottes gesehen, wenn er im Weißen Haus persönlich die Opfer amerikanischer Drohnenschläge auswählte? Oder Bombenangriffe auf Afghanistan, den Irak und Libyen befahl?

Foltern im Namen westlicher Werte

Im Namen westlicher Werte wurde weltweit gefoltert und vergewaltigt. Guantánamo und Abu Ghraib sind nur die bekannteren Beispiele. In Bagram bei Kabul ließen GIs gefangene Taliban-Kämpfer von Hunden „vergewaltigen". Nachdem man sie nackt, mit dem Bauch nach unten, auf einen Hocker gefesselt hatte [9]. In Kandahar erstach und verbrannte ein GI sechzehn Zivilisten, darunter drei Frauen und neun Kinder [10]. Amerikanische Kill-Teams töteten Afghanen zum Zeitvertreib und schnitten ihnen Finger als Trophäen ab [11]. Wieder andere GIs urinierten auf gefallene Taliban.

Manche dieser Täter wurden verurteilt. Doch die öffentliche Empörung hielt sich in Grenzen. Was wäre geschehen, wenn Afghanen diese Taten an amerikanischen Bürgern, Frauen und Kindern begangen hätten? Oder an Deutschen?

Hunderttausende Unschuldige wurden im Irak im Namen unserer „Werte" getötet. Zehntausende in Afghanistan. Es ging nie um Werte. Immer nur um Interessen. Der damalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler war so unvorsichtig, das 2010 offen auszusprechen. Es kostete ihn sein Amt. Auf dem Rückflug von



Thomas Jefferson war einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten, von 1801 bis 1809 der dritte amerikanische Präsident und der hauptsächliche Verfasser der Unabhängigkeitserklärung sowie einer der einflussreichsten Staatstheoretiker der USA. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:02_Thomas_Jefferson_3x4.jpg, Foto: Rembrandt Peale - White House Historical Association, Lizenz: gemeinfrei.

Quellen:

[1] constitutionfacts.com, „The Declaration of Independence", am 04.07.1776, *<www.constitutionfacts.com/us-declaration-of-independence/read-the-declaration/>*

[2] bundestag.de, „I. Die Grundrechte", *<www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01/245122>*

[3] US-Botschaft und Konsulate in Deutschland, George W. Bush, „Kampfhandlungen im Irak weitgehend beendet", 2003, *<https://de.usembassy.gov/de/kampfhandlungen-im-irak-weitgehend-beendet/>*

[4] Todenhöfer, Jürgen, „Andy und Marwa. Zwei Kinder und der Krieg.", München 2005, S. 179

[5] Kinzer, Stephen, „Overthrow. America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq.", New York 2006, S.104 und 319

[6] Zit. n. Zinn Howard, „Eine Geschichte des amerikanischen Volkes.", Berlin 2007, S. 617

[7] Melville, Herman, „Weissjacke oder Die Welt auf einem Kriegsschiff", Leipzig 21971, S. 218

[8] Time, Tim McGirk, „Obama's Private Prayer ‚Leaked", am 25.07.2008, *<content.time.com/time/world/article/0,8599,1826734,00.html>*

[9] Todenhöfer, Jürgen, „Du sollst nicht töten. Mein Traum vom Frieden.", München 2013, S. 126

[10] theguardian.com, Emma Graham-Harrison, „US soldier kills up to 16 Afghan civilians in shooting spree", am 11.03.2012, *<https://www.theguardian.com/world/2012/mar/11/us-soldier-kills-afghan-civilians>*

[11] rollingstone.com, Mark Boal, „The Kill Team: How U.S. Soldiers in Afghanistan Murdered Innocent Civilians", am 28.03.2011, *<https://www.rollingstone.com/politics/politics-news/the-kill-team-how-u-s-soldiers-in-afghanistan-murdered-innocent-civilians-169793/>*

[12] Süddeutsche Zeitung, „Rücktritt von Köhler - Das umstrittene Interview im Wortlaut", am 31.05.2010, *<www.sueddeutsche.de/politik/ruecktritt-von-koehler-dasumstrittene-interview-im-wortlaut-1.952332>*

einem Besuch der Bundeswehr in Afghanistan sagte er in einem Interview, ein Land wie Deutschland, „mit dieser Außenhandelsorientierung", müsse wissen, dass „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren" [12].

Er sprach aus, was andere westliche Politiker täglich denken und praktizieren. Doch er verstieß gegen das eiserne „Heuchelei-Gebot", das seit Jahrhunderten Grundkonsens der westlichen Zivilisation ist: Stets an die eigenen Interessen denken, nie davon reden! Statt von „Interessen" und „Außenhandelsorientierung" hätte Köhler einfach von „Werten" sprechen müssen. Er wäre Bundespräsident geblieben.

George W. Bush war da viel schlauer. Selbst härteste Aussagen verpackte er in erhabene Worte. Oder versuchte es zumindest. „Der beste Weg, das Böse zu Hause zu bekämpfen, ist, etwas Gutes zu tun", sagte er. „Der beste Weg, es im Ausland zu bekämpfen, ist, das Militär von der Leine zu lassen" [13]. Jeder wusste, was es heißt, das Militär „von der Leine zu lassen". Aber es geschah ja angeblich, um das Böse zu bekämpfen.

Macht, Märkte, Moneten

Egal, ob Amerikaner oder Europäer, stets ging es ihnen um Macht, Märkte und Geld. Um ihren Wohlstand, ihre sozialen Errungenschaften, ihre Freiheit. Nie um die Freiheit der anderen.

Die USA wollen ihre Position als Weltmacht Nummer 1 verteidigen und ausbauen. Wie einst die Weltmacht Rom. „Verteidigung ihrer Werte" nennen sie das. Wer sie dabei unterstützt, ist Freund, wer sie behindert, Feind. Das ist das A und O amerikanischer Außenpolitik. Die USA werden immer versuchen, den Aufstieg amerikafeindlicher oder amerikakritischer Mächte und Machtblöcke zu verhindern. Schon deshalb werden sie Russland stets als Störenfried betrachten, der sich ihrem Hegemonialanspruch entgegenstellt. Man muss schon sehr naiv sein, um zu glauben, den USA gehe es im Konflikt mit Russland oder mit anderen Ländern um Menschenrechte.

Die kapitalistische Weltmacht USA war stets auf der Suche nach neuen Märkten. Angetrieben von großen landwirtschaftlichen und industriellen Interessenverbänden, die amerikanische Politiker bis heute zur Finanzierung ihrer Wahlkämpfe dringend benötigen. Um der Suche nach neuen Märkten Nachdruck zu verleihen, errichteten die USA weltweit Hunderte Militärstützpunkte. Um Demokratie ging es dabei nie. Doch die Behauptung, man kämpfe für den weltweiten Sieg der Demokratie, stützte die Legende vom Kampf des Guten gegen das Böse [14]. Sie legitimierte fast jede Brutalität.

US-Präsident Woodrow Wilson erklärte vor dem Ersten Weltkrieg offen: „Diplomatie und, wenn es sein muss, Gewalt müssen den Weg zu den (ausländischen Märkten) erschließen." Sein zentrales Argument lautete: Die US-Industrien haben sich „bis zu dem Punkt ausgebreitet, wo sie aus den Nähten platzen werden, wenn sie keinen freien Zugang zu den Märkten der Welt finden" [15]. Manche Historiker meinen sogar, dies sei einer der Hauptgründe für den Kriegseintritt der USA in den Ersten und Zweiten Weltkrieg gewesen.

Die Selbstermächtigung der USA

Laut dem früheren Präsidenten Bill Clinton sind die USA jederzeit zum „unilateralen Einsatz militärischer Gewalt" ermächtigt, um sich den „ungehinderten Zugang zu Schlüsselmärkten, Energiequellen und strategischen Ressourcen zu sichern" [16]. Selbst Jimmy Carter sah das so [17]. Die USA sind der Überzeugung, dass sie selbstverständlich auch Regierungen beseitigen dürfen, die sich ihnen in den Weg stellen [18].

Im Völkerrecht findet diese Selbstermächtigung, weltweit zu intervenieren, keine Grundlage. Auch deshalb wurde sie stets in edle Motive verpackt. Andere Großmächte vor ihnen sahen das ähnlich. Was die USA nach Auffassung des amerikanischen Publizisten Stephen Kinzer jedoch von allen anderen Großmächten der Geschichte unterscheidet, ist „ihr Eifer, sich selbst zu überzeugen, dass sie aus humanitären Gründen handeln" [19].

[13] CNN, „Bush Holds Media Availability in Tennessee", am 08.04.2002, *<transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0204/08/se.02.html>*

[14] Vgl. Kinzer 2006, S. 34 und 302

[15] Zit. n. Kennedy, Paul, „Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000.", Frankfurt am Main 1989, S. 374

[16] The American Presidency Project. „The State of the Union Address Delivered Before a Joint Session of the Congress.", am 23.01.1980, *<www.presidency.ucsb.edu/documents/the-state-the-union-addressdelivered-before-joint-session-the-congress>*

[17] Appleman Williams, „William: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie.", Frankfurt am Main 1973, S. 79

[18] Junker, Detlef, „Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert.", Mannheim, Leipzig 1995

[19] Kinzer 2006, S. 316

Autor: Frédéric Todenhöfer

Jahrgang 1983, arbeitete nach dem Abitur ein halbes Jahr ehrenamtlich in Afghanistan und war gleichzeitig als Kolumnist für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung tätig. Frédéric Todenhöfer studierte Wirtschaftswissenschaften in New York, ist Musikproduzent und seit 6 Jahren der engste politische Berater seines Vaters. Er verantwortet außerdem dessen Social Media Kanäle auf Facebook und Instagram und begleitet ihn auf Recherche-Reisen in Kriegsgebiete, bei denen er filmt, fotografiert sowie Ereignisse und Gespräche minutiös protokolliert und dokumentiert.

Autor: Jürgen Todenhöfer

Jahrgang 1940, war von 1972 bis 1990 CDU-Bundestagsabgeordneter, ab 1973 entwicklungspolitischer, dann rüstungskontrollpolitischer Sprecher der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion. Von 1987 bis 2008 war er Stellvertretender Vorsitzender des Burda-Medienkonzerns, von 2017 bis 2018 Herausgeber der Wochenzeitschrift „Der Freitag". Seit 2001 ist er als Publizist tätig und zählt zu den schärfsten, konsequentesten, aber auch sachkundigsten Kritikern der westlichen Interventionen im Mittleren Osten. Die Zahl seiner Kritiker stieg und stieg, die Zahl seiner Anhänger auch. Seine in zahllose Sprachen übersetzten Bücher sind allesamt Bestseller.

Dieser Text wurde zuerst am 14.03.2019 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-welt-eroberer› veröffentlicht. Lizenz: Frédéric Todenhöfer, Jürgen Todenhöfer, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=31738›

Amerikanischer **Imperialismus** mit langer Tradition

Zahlreiche Interventionen auf verschiedenen Kontinenten prägen das gegenwärtige Bild der amerikanischen Geopolitik. Offene und verdeckte, militärische und geheimdienstliche Operationen werden in verschiedenen Kontexten durchgeführt, wobei die öffentliche Wahrnehmung dieser Aktivitäten wegen fehlender Berichterstattung oft stark eingeschränkt ist.

von Kirsten Grote

Bild oben:
Amerikanisch-Spanischer Krieg von 1898: Angriff der Rough Riders am San-Juan-Hügel auf Kuba (Gemälde von Frederic Sackrider Remington)

Noch viel weniger bekannt ist allerdings, mit welch marginaler Mehrheit sich der Interventionismus als außenpolitische Haltung in den Vereinigten Staaten bereits im 19. Jahrhundert durchsetzte.[1]

Fake News schon damals

Unterlagen über die vor 120 Jahren stattgefundene außenpolitische Neuausrichtung der Vereinigten Staaten entdeckte der renommierte amerikanische Journalist und Gastprofessor der Boston University, Stephen Kinzer bei den Recherchen zu seinem Buch „True Flag – Theodore Roosevelt, Mark Twain and the Birth of the American Empire“ [2] Nach seinem Bericht war das Wissen um die seinerzeit mit dieser Neuausrichtung verbundene Diskussion komplett aus dem gegenwärtigen Diskurs verschwunden. Sie war von zwei starken Lagern geprägt – den Isolationisten, die den Vereinigten Staaten (und jedem anderen Staat auch) das Recht absprachen, andere Länder zu überfallen und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten und den Interventionisten, die glaubten, die Vereinigten Staaten seien ein Land mit einer besonderen Mission, welches das Recht, ja sogar die Pflicht hätte, andere Länder auch gegen deren Willen „zu deren Besten“ zu verändern, notfalls mit Hilfe militärischer Eingriffe und Überfälle. Letzteren war der jahrzehntelange Aufstand der Kubaner gegen ihre spanische Besatzer daher eine willkommene Gelegenheit, die Unruhen zur Etablierung eigener Macht, u.a. in Kuba nutzen.

Der „Erfinder der Fake News“, William Randolph Hearst, ließ in seinen Blättern „San Francisco Examiner“ und „New Yorker Morning Journal“ täglich neue Berichte über die Grausamkeiten der Spanier in Kuba berichten. Er hatte früh verstanden,

William Randolph Hearst, 1906 (Foto: James E. Purdy, gemeinfrei)

wie er die mitfühlende amerikanische Bevölkerung zum täglichen Kauf seiner Presseerzeugnisse bewegen konnte. Dabei veröffentlichte er u.a. eine dramatische Geschichte, in der ein Reporter den elenden Tod einer jungen Mutter und ihres Säuglings in einem von den Spaniern eingerichteten Gefangenenlager mit eigenen Augen ansehen musste. Später stellte sich heraus, dass der Reporter nicht einmal in Kuba gewesen war. Die gewünschte Wirkung wurde mit den Fake News dennoch erzielt; die amerikanische Bevölkerung akzeptierte mehrheitlich das Eingreifen des amerikanischen Militärs als einen Akt der Hilfeleistung.

Welche Art Staat wollen wir sein?

Nachdem die spanische Flotte, die wegen der dortigen Unruhen vor den Philippinen lag, aufgebracht und von den Amerikanern in einer Art Vorne-weg-Verteidigung vernichtet wurde, hatten die Vereinigten Staaten die Spanier aus zwei Ländern vertrieben, welche jene jahrhundertelang kontrolliert hatten: Kuba und die Philippinen. Und gewannen damit die Möglichkeit, diesen beiden Länder nicht (nur) zu helfen, sondern sie zu kolonialisieren.

In der begleitenden innenpolitischen Debatte schlugen die Wellen hoch. Die American Anti-Imperialist League wurde am 15.6.1898 als Protest gegen die amerikanische Annexion der Philippinen und die aufflammenden Begehrlichkeiten, frühere spanische Kolonien übernehmen zu wollen, gegründet.

Während man auf der einen Seite vom grundsätzlichen Selbstbestimmungsrecht der Völker überzeugt war, waren auf der anderen noch deutliche Überreste der Idee von der „White Supremacy“, der Überlegenheit der Weißen, vorhanden. Dort hieß es, dass selbstverständlich jedes Land sich selbst regieren solle – wenn es denn in der Lage dazu sei. Diese Fähigkeit wurde der Urbevölkerung allerdings per se abgesprochen. Und dem Einwand, dass die Vereinigten Staaten nicht in anderen Ländern eingreifen dürften, wenn diese es nicht selbst wünschten, wurde mit der Gegenfrage begegnet, ob man denn eine Zustimmung für einen Akt großer Menschlichkeit bräuchte? Diese gegensätzlichen Positionen waren durchaus nicht von der Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Schichten abhängig. Einer der damals reichsten Männer der Welt, der Stahltycoon Andrew Carnegie, beispielsweise war überzeugter Isolationist.

Als die Vereinbarung, mit der Spanien seine Kolonien Kuba, Puerto Rico, die Philippinen und Guam an die Vereinigten Staaten abtreten würde, vom US-amerikanischen Senat angenommen werden sollte, wurde darüber 32 Tage debattiert. 32 Tage, in denen beide Seiten mit vielen prominenten Vertretern ihre Argumente ausführlich zu Gehör brachten und allen die grundsätzliche Bedeutung dieser Entscheidung bewusst war. In der abschließenden Abstimmung gewannen die Interventionisten mit 1 (einer) Stimme. Die Anti-Imperialist League rief daraufhin den Supreme Court an, den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, um die Verfassungsmäßigkeit der neuen außenpolitischen Haltung klären zu lassen. Dort wurde mit 5:4 Stimmen, also wiederum mit einer Stimme Mehrheit, diese Verfassungsmäßigkeit bestätigt. Der Beginn der interventionistischen US-amerikanischen Außenpolitik stand also auf recht tönernen Füßen.

Die beiden gegensätzlichen Positionen finden sich bis zum heutigen Tage in der US-amerikanischen Bevölkerung und in der US-amerikanischen Außenpolitik. Inwieweit sich im Laufe der Jahre weitere Interessenlagen mit den jeweiligen Standpunkten verbanden, wäre eine ausführliche eigene Betrachtung wert.

Theodore „Teddy“ Roosevelt, 1904 (Foto: Pach Brothers, gemeinfrei)

Die nachfolgenden Beispiele zeigen, dass die beiden großen Lager bis heute bestehen und den Umgang miteinander und mit der Öffentlichkeit taktisch gestalten. Da wird nicht informiert, desinformiert oder mit anderen Mitteln vom eigentlichen Vorhaben abgelenkt. Die bei uns häufig zu hörende Klage, dass unsere etablierten Medien nicht über Ereignisse berichten, greift da zu kurz. Denn sehr häufig wissen viele Politiker und Journalisten einfach selber nichts, nicht genug oder ihnen wird schlicht etwas Falsches erzählt. So wie man von Franklin D. Roosevelt, einem Cousin fünften Grades von Theodor Roosevelt und 32. Präsident der Vereinigten Staaten, sagte, dass er im Laufe seiner Amtszeit gelernt hätte, dass er durch Liefern und Vorenthalten von Informationen den beruflichen Werdegang eines Journalisten beeinflussen konnte, unabhängig von der politischen Ausrichtung seiner Zeitung.[3]

Ein politischer Putsch

Am 3. Oktober 2007 hielt Wesley Clarks, ein Vier-Sterne-General a. D. der US-Army, eine Rede, aus der die nachfolgenden Auszüge entnommen wurden. Neben den schockierenden Neuigkeiten, die er wohl eher zufällig erfahren hat, ist es bemerkenswert, dass er und seine Kollegen als militärisches Führungspersonal offiziell nicht über die neue politische Ausrichtung US-amerikanischer Militäraktivitäten informiert wurden. Er beschreibt seine Überraschung deutlich:

Publiziert auf Free21 am 2.04.2019, 20:00 Uhr

Wesley Clarke (Foto: US-Verteidigungsministerium, R. D. Ward, gemeinfrei)

„(...) Was im September 2011 passierte war, (...) ein politischer Staatsstreich in diesem Land, ein Putsch, ein politischer Putsch. Einige hartgesottene Menschen rissen die Entscheidung über die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik an sich und sie haben es nicht einmal für nötig befunden, den Rest von uns [das Militär, d. Verf.] darüber zu informieren.

Zehn Tage nach 9/11 [nach dem 11.9.2001, d.Verf.] war ich im Pentagon, um Donald Rumsfeld zu treffen. Ich hatte in den 1970ern im Weißen Haus für ihn gearbeitet, mehr darüber steht in meinem Buch. Ich fragte ihn: ‚Kommen Sie mit CNN zurecht?' und er sagte: ‚Ja, ja, ja, alles gut.' Dann sagte er: „(...) Aber eins will ich Ihnen sagen: Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, wo oder wann wir bombardieren können, von niemandem (...).

Ein Offizier des ‚Vereinigten Generalstabs' (Joint Chiefs of Staff) rief mich in sein Büro und sagte zu mir: ‚Sir, ich möchte dass Sie wissen, dass wir beabsichtigen, den Irak anzugreifen.' Ich fragte, warum. Er antwortete: ‚Wir wissen es nicht.' Ich fragte: ‚Soll Saddam mit 9/11 in Zusammenhang gebracht werden?' Er sagte: ‚Nein. Ich vermute dass sie nicht wissen, was sie gegen den Terrorismus tun sollen. (...) Aber sie können Länder angreifen und wollen Stärke demonstrieren. Deshalb glaube ich, dass sie meinen, wenn sie einen Staat vernichten, wird das die Terroristen einschüchtern. Sie kennen doch diesen alten Spruch: Wenn das einzige Werkzeug, das du hast, ein Hammer ist, ist jedes Problem ein Nagel (...).'

Als ich etwa sechs Wochen später (also Oktober/November 2001, d. Verf.) nochmal ins Pentagon ging, traf ich selbigen Offizier wieder. Ich fragte ihn: ‚Warum haben wir den Irak nicht angegriffen? Werden wir den Irak noch anzugreifen?' Er antwortete: ‚Oh, Sir, es ist noch schlimmer. (...) Ich habe gerade eine Notiz aus dem Büro des Verteidigungsministers bekommen, in der steht, dass wir innerhalb von fünf Jahren sieben Länder angreifen und deren Regierungen stürzen werden. Wir werden mit dem Irak beginnen und machen dann weiter mit Syrien, dem Libanon, Libyen, Somalia, dem Sudan und dem Iran.' (...) Ich konnte nicht glauben, dass das wirklich wahr war, aber tatsächlich geschah es genau so. Diese Leute hatten die Kontrolle über die Politik in den Vereinigten Staaten übernommen. (...)"

Die Sowjets werden uns nicht stoppen

„Bereits im Jahr 1991 traf ich Paul Wolfowitz und sagte zu ihm: ‚Herr Sekretär, Sie müssen sehr zufrieden mit der Operation Wüstensturm unserer Truppen im Irak sein.' Er antwortete: ‚Ja, eigentlich schon, aber nicht ganz. Denn in Wahrheit wollten wir Saddam Hussein loswerden, aber das sind wir nicht.' Das war unmittelbar nach dem Aufstand der Schiiten im März 1991, den wir provoziert hatten und wobei wir unsere Truppen im Hintergrund gehalten und nicht interveniert hatten. Und er sagte: ‚Aber eine Sache haben wir gelernt: Wir haben gelernt, dass wir unsere Truppen in der Region – im Nahen Osten – einsetzen können und die Sowjets werden uns nicht stoppen.' Und weiter: ‚Wir haben ungefähr fünf oder zehn Jahre Zeit, um die alten sowjetischen Klientelregime zu beseitigen: Syrien, der Iran, der Irak – bevor die nächste große Supermacht erscheint und uns herausfordert.'

(...) Klar, daran erinnert man sich, das war eine ziemlich atemberaubende Sache! Der Zweck des Militärs [war nun] Kriege anzufangen und Regierungen abzusetzen, und nicht Konflikte zu verhindern! Wir werden in Länder einmarschieren und, und, und ... wissen Sie, mir schwirrte der Kopf von all dem."

Paul Wolfowitz (Foto: US-Verteidigungsministerium, Helene C. Stikkel, gemeinfrei)

Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert

Und Clark weiter: „Dieses Land wurde von einer Gruppe von Leuten durch einen politischen Staatsstreich übernommen! Wolfowitz, Cheney und Rumsfeld und ein halbes Dutzend weiterer Kollaborateure aus dem ‚Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert' ließen sich benennen. Sie wollten, dass wir [das Militär, d. Red.] den Nahen Osten destabilisieren, ihn umkrempeln und unter unsere Kontrolle bringen. Das geht auf jene Anmerkungen von 1991 [von Wolfowitz, d. Verf.] zurück.

Und? Hat Ihnen irgend jemand davon erzählt? Gab es einen nationalen Dialog hierzu? Sind Senatoren und Kongressabgeordnete aufgestanden und haben diesen Plan öffentlich gemacht? Gab es eine ausführliche amerikanische Debatte darüber? Absolut nicht! Und es gibt sie immer noch nicht! (...)"

Bescheidene amerikanische Außenpolitik

„Das war nicht das, wofür die amerikanischen Menschen George Bush zum Präsidenten gewählt haben. (...) Er hat in seinem Wahlkampf für eine bescheidene Außenpolitik geworben, doch mit ihm hatten wir die arroganteste Außenpolitik in der ganzen Geschichte der USA. Er warb dafür, auf „Friedensmissionen" und „Nationenbildung" zu verzichten. Und jetzt sitzt er

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

mit Afghanistan und dem Irak dran. Es ist schon verwunderlich.

Also, die Wurzel des Problems ist nicht, wie viele Truppen im Irak sind. Glauben Sie mir das bitte! (...) Unabhängig davon, ob Sie nun ein Demokrat oder ein Republikaner sind, wenn Sie ein Amerikaner sind, sollten Sie um die Strategie der Vereinigten Staaten in dieser Region besorgt sein. Was ist unser Ziel, was ist unsere Absicht, warum sind wir dort, warum sterben Amerikaner in dieser Region? DAS ist das Thema.“ Soweit Auszüge aus General Wesley Clarks Rede bei The Commonwealth Club .[4]

Die Öffentlichkeit lenken

Auch in einem anderen Vortrag wird das angesprochene Taktieren deutlich. Gehalten wurde er von dem Politikberater George Friedman, der vor allem für seine Tätigkeit in der von ihm gegründeten Firma ‚Strategic Forecasting Inc.‘, genannt ‚Stratfor‘, bekannt ist. Die Firma hat er bereits im Jahr 2015 verlassen und setzt seine Beratungstätigkeit bis heute mit seiner neuen Firma ‚Geopolitical Futures – GPF‘ fort.[5] Er gilt als einfluss- und erfolgreich: Das Handelsblatt bezeichnete George Friedman 2012 anlässlich der Veröffentlichung von Stratfor-Firmen-E-Mails auf Wikileaks beispielsweise als „Der enttarnte Chef der Schatten-CIA“.[6]

Seine Sicht auf die geopolitische Zukunft legte er am 4. Februar 2015 vor dem „Chicago Council on Global Affairs“ in Chicago dar.[7] Behalten Sie beim Lesen bitte im Hinterkopf, dass hier ein Berater spricht, bei dem sich Regierungen, Parteien und Privatfirmen Rat holen. Hier einige Auszüge:

(...) George Friedman (G.F.): „Kein Ort kann auf Dauer friedlich bleiben, auch die USA nicht. Wir haben ständig Kriege. Europa wird, wie ich vermute, zwar nicht zu den großen Kriegen zurückkehren, aber es wird wieder zum menschlichen Normalfall zurückkehren. Es wird seine Kriege haben, seine Friedenszeiten, und sie, die Europäer, werden ihre Leben leben. Es wird keine 100 Millionen Toten geben, nur die Vorstellung, Europa sei eine Ausnahmeerscheinung, wird zuerst sterben.

George Friedman (Foto: Luc Van Braekel, CC BY 2.0, Flickr.com)

Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. Was Europas Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betrifft – wir haben keine Beziehungen mehr mit ‚Europa‘. Wir haben Beziehungen mit Rumänien, wir haben Beziehungen mit Frankreich, aber es gibt kein ‚Europa‘, mit dem man Beziehungen haben kann. (...)

Der islamische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existenzielle Bedrohung. Man muss sich damit befassen, man muss sich damit angemessen befassen. Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war, sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt.“

Amerikanische Militärausrüstung in den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien

„Wenn Sie ein Ukrainer sind, werden Sie Ausschau danach halten, wer Ihnen als Einziger helfen kann – und das sind die Vereinigten Staaten. Letzte Woche oder vor etwa zehn Tagen [also etwa Mitte Januar 2015, d. Verf.] war der Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa, General Ben Hodges, zu Besuch in der Ukraine.

Publiziert auf Free21 am 2.04.2019, 20:00 Uhr

Er kündigte dort an, dass die US-Ausbilder in die Ukraine demnächst offiziell kommen sollen und nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen militärisches Protokoll ist, dass Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen. Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee ‚seine' Armee ist.

Dann ging er weg und verkündete in den baltischen Staaten, dass die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere Militärausrüstung in den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden – das ist ein sehr interessanter Punkt. Und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben, Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde in der Nacht wieder dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert. Bei allen diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der Nato. Weil Nato-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das ja schon aus Jux (grinst). Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA ein ‚Cordon Sanitaire', einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt, die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern ihnen nur ein wenig wehtun. Jedenfalls sind wir wieder beim alten Spiel. Und wenn Sie einen Polen, Ungarn oder Rumänen fragen: Die leben in einer ganz anderen Welt als die Deutschen. Und diese in einer ganz anderen Welt als die Spanier. Es gibt also keine Gemeinsamkeit in Europa.

Aber wenn ich Ukrainer wäre, würde ich genau das tun, was diese tun: Versuchen, die Amerikaner hineinzuziehen."

Empfehlenswerter Zynismus

George Friedman weiter: „Die Vereinigten Staaten haben ein fundamentales Interesse: Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Keine andere Macht hat das jemals getan. Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können das nicht bei uns. Das ist eine schöne Sache. Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls ist die Grundlage unserer Macht. Der beste Weg, eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, dass diese überhaupt erst gebaut wird. Der Weg, den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften. Die Politik, die ich empfehlen würde, ist die, die Ronald Reagan angewendet hat, in Iran und im Irak (Iran-Irak-Krieg 1980–88). Er finanzierte beide Seiten, so dass sie gegeneinander kämpften und nicht gegen uns.

Frederick B. Hodges, von 2014 bis 2017 Commanding General der US Army Europe

Das war zynisch, bestimmt nicht moralisch, aber es funktionierte. Und das ist der Punkt: Die Vereinigten Staaten sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu okkupieren. In dem Moment, wo unsere Stiefel den Boden berühren, sind wir demographisch zahlenmäßig unterlegen. Wir können eine Armee besiegen, aber wir sind nicht in der Lage, den Irak zu besetzen. Die Idee, dass 130.000 US-Soldaten ein Land mit 25 Millionen Menschen okkupieren – das Verhältnis zwischen der Anzahl der Polizisten und der Einwohner von New York ist größer als das Verhältnis von US-Soldaten zur irakischen Bevölkerung. Also sind wir nicht in der Lage, überall militärisch zu intervenieren, aber wir sind in der Lage, erstens, gegeneinander kämpfende Mächte zu unterstützen, damit sie sich auf sich selbst konzentrieren können; sie zu unterstützen: politisch, finanziell, militärisch und mit Beratern. Im äußersten Fall können wir das tun, was wir in Japan, nein, in Vietnam, im Irak und in Afghanistan taten: mit Störangriffen intervenieren.

Sogenannte Störangriffe zielen nicht darauf, den Feind zu besiegen, sondern den Feind aus dem Gleichgewicht zu bringen. Etwas, was wir in jedem dieser Kriege taten. In Afghanistan zum Beispiel brachten wir die Al Quaida aus dem Gleichgewicht. Das Problem, das wir haben – da wir so jung und dumm sind – ist, dass wir die Feinde aus dem Gleichgewicht brachten und anstatt zu sagen ‚Wir haben den Job gut gemacht, lasst uns jetzt nach Hause gehen.' sagten wir: ‚Mann, das war aber leicht, lasst uns hier doch noch eine Demokratie aufbauen.' Das war der Moment unserer Geistesschwäche. Deshalb lautet die Antwort: Die USA können nicht ständig und überall in Eurasien militärisch intervenieren. Sie müssen selektiv intervenieren und möglichst selten. Das ist nur der Extremfall. Wir können nicht als ersten Schritt US-Truppen schicken. Aber wenn wir es tun, dann muss uns klar sein, was die Mission ist und es darauf zu begrenzen und nicht alle möglichen irren Phantasien zu entwickeln. Hoffentlich haben wir dies für dieses Mal verstanden, Kinder brauchen ja immer etwas Zeit, um Lektionen zu lernen. Aber Sie haben absolut Recht, wir als ein Imperium können das [überall intervenieren, d. Verf.] nicht tun. (...)"

Deutschland, die große Unbekannte

„Die Frage, die sich jetzt für die Russen stellt, ist: Werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten, oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, dass er nur 100 km von Stalingrad und 500 km von Moskau entfernt ist.

Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung. Und die Russen können das nicht ignorieren. Wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert? Es ist kein Zufall, dass General Hodges, der ernannt wurde, um für all dies gerade zu stehen, davon spricht, Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den balti-

Quellen:

[1] The Birth of the American Empire, min 22:10: *<https://m.youtube.com/watch?v=Biz5wsm8j9E>*

[2] Stephen Kinzer hat über 20 Jahre für die New York Times (NYT) gearbeitet, überwiegend als Auslandskorrespondent. Dabei war er NYT-Bürochef in Nicaragua, Deutschland und der Türkei. Seit 2006 hat er verschiedene Bücher veröffentlicht, in denen er Ergebnisse intensiver Recherchen und persönlicher Erlebnisse zu kenntnisreicher Lektüre vereint. Neben dem Buch ‚True Flag - Theodore Roosevelt, Mark Twain and the Birth of the American Empire', St. Martin's Press (2018), aus dem die hier zitierten Passagen stammen, stehen auch ‚Overthrow - America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq' (2006) und ‚The Brothers, John Foster Dulles, Allan Dulles and Their Secret World War' (2013) im Zusammenhang mit dem Thema dieses Artikels.

[3] in: Caspar von Schrenck-Notzing, ‚Charakterwäsche', Ares Verlag, Graz, Seite 40/2, ISBN 978-3-86445-568-1

[4] Wesley Clark, Vortrag am 3. Oktober 2007 beim Commonwealth Club of California, San Francisco. Der Commonwealth Club selbst hält auf seiner Internetseite leider keine Videos vor, die älter als 10 Jahre sind. Auszug veröffentlicht am 5. November 2007 auf fora.tv/ youtube *<https://m.youtube.com/watch?v=TY2DKzastu8>*

[5] George Friedman ist Gründer und Vorsitzender der ‚Geopolitical Futures LLC' *<https://geopoliticalfutures.com/staff/>* **Auf** der Internetseite wird auch ein wöchentlicher Newsletter angeboten: *< https://geopoliticalfutures.com/special/free-gpf-content.html>*

[6] Artikel im Handelsblatt vom 2. März 2012 *<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/george-friedman-der-enttarnte-chef-der-schatten-cia/6279224-all.html >*

[7] George Friedman, ‚Europe: Destined for Conflict?' Vortrag beim Chicago Council of Global Affairs, 4. Februar 2015 *<http://www.thechicago-council.org/past-event-videos >*

[8] Polnischer Militär und Politiker. Er kämpfte gegen die russische Herrschaft in Polen und war später Marschall der Zweiten Polnischen Republik. Quelle: Wikipedia.

[10] Georg Friedman, ‚Europe: Destined for Conflict?' Vortrag beim Chicago Council of Global Affairs, 4. Februar 2015, Auszug auf deutsch, veröffentlicht am 17. März 2015 auf antikrieg.tv *<https://m.youtube.com/watch?v=vln_ApfoFgw>*

Autorin: Kirsten Grote

BA Int., Jahrg. 1959, hat in verschiedenen Positionen des mittleren Managements gearbeitet, bevor sie ihr Herz für die Erwachsenenbildung entdeckte. Nachdem sie schon früh die Folgen ihrer politischen Haltung erlebte, orientierte sie ihre Lebenshaltung an dem österreichisch-amerikanischen Psychologen Viktor E. Frankl. Dieser sagte u.a. „Nicht das Problem macht die Schwierigkeiten, sondern unsere Sichtweise." und „Menschliches Verhalten wird nicht von Bedingungen geprägt, sondern von Entscheidungen, die er selber trifft." und dies eindrucksvoll bewies, indem er selbst im KZ Auschwitz höflich und freundlich blieb, weil er sich selbst unter den widrigsten Umständen nicht die freie Entscheidung (hier: zur Höflichkeit) nehmen lassen wollte.

schen Staaten in Stellung zu bringen. Im ‚Intermarium', dem Territorium zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, wie Pilsudski [8]es erträumte. Für die USA ist das die Lösung.

Die Frage, auf die wir keine Antwort haben, ist: Wie wird Deutschland sich verhalten? Die unbekannte Variable in Europa sind die Deutschen. Während die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine, sondern westlich davon, und die Russen einen Weg suchen, den westlichen Einfluss in der Ukraine zurückzudrängen, wissen wir nicht, wie die deutsche Haltung ausfallen wird.

Deutschland befindet sich in einer sehr eigenartigen Lage. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sitzt im Aufsichtsrat von Gazprom. Die Deutschen haben eine sehr komplexe Beziehung zu den Russen. Die Deutschen wissen selber nicht, was sie tun sollen. Sie müssen ihre Waren exportieren, die Russen können ihnen ihre Waren abnehmen. Andererseits, wenn sie die Freihandelszone [die EU, d. Verf.] verlieren, dann müssen sie etwas anderes aufbauen. Die Ur-Angst der USA ist, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden; eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben.

Wie wird sich das also abspielen? Die USA haben ihre Karten bereits auf den Tisch gelegt: Die Linie zwischen dem Baltikum und dem Schwarzen Meer. Die russischen Karten lagen schon immer auf dem Tisch: Das Mindeste, was sie brauchen, ist eine neutrale Ukraine, keine pro-westliche. Weißrussland ist eine andere Frage. Wer mir nun sagen kann, was die Deutschen tun werden, der kann mir auch sagen, wie die Geschichte der nächsten 20 Jahre aussehen wird. Aber leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden. Das ist das ständige Problem Deutschlands. Wirtschaftlich sehr mächtig, geopolitisch sehr fragil. Und es weiß nie, wie es beides versöhnen kann. Seit 1871 ist das die ‚Deutsche Frage', die Frage Europas. Denken Sie über die ‚Deutsche Frage' nach, denn sie kommt jetzt wieder auf uns zu. Dieser Frage müssen wir uns jetzt stellen, und wir wissen nicht wie. Wir wissen nicht, was die Deutschen tun werden."[10]

Soweit George Friedman, der sich mit diesem Entwurf der Machtverhältnisse Kontinentaleuropas ganz klar als Befürworter von Interventionen, wenn auch nur bedingt von direkt militärischen, zu erkennen gibt. In seiner kompletten Rede gibt es dementsprechend auch nirgends den Hauch eines Zweifels darüber, ob die Vereinigten Staaten zu den von ihm befürworteten Aktivitäten (z.B. Unterstützung kriegstreibender Gruppierungen mit Geld und Waffen) überhaupt legitimiert seien.

Was im Wesentlichen zwei mögliche Interpretationen zulässt: Entweder hält er Legitimität für überflüssig, so lange ein Staat die Macht hat, so zu handeln, wie es für seine Interessen passend ist (zu dieser Sicht lädt seine Bemerkung über die Nato ein) oder er hält die Vereinigten Staaten für absolut legitimiert und diskutiert die Frage deshalb nicht in Einzelfällen. Dass diese Sicht der Dinge bei den politischen Akteuren Oberhand gewonnen hat, lässt sich auch an der gegenwärtigen US-amerikanischen Außenpolitik ablesen. Denn selbst wenn US-Präsident Donald Trump „MAGA" (Make America Great Again) propagiert und zahlreiche Maßnahmen ergreift, um die Vereinigten Staaten im Inneren z.B. wirtschaftlich zu stärken, verzichtet er dabei jedoch weder auf den „US-amerikanischen Hinterhof" Venezuela, noch auf die US-amerikanische Vorherrschaft über die Ozeane (vgl. u.a. die Krim und Nord Korea)

‹http://www.free21.org/?p=31740›

Publiziert auf Free21 am 2.04.2019, 20:00 Uhr

Juan Guaido, der selbsternannte sogenannte Interimspräsident von Venezuela bei einem Protestmarsch gegen Maduro am 2. Februar 2019 in Caracas. (Foto: Alexcocopro, Wikimedia, CC BY-SA 4.0)

Moralische Schande

Die EU predigt weltweit Rechtsstaatlichkeit und zerstört dann die Legalität in Venezuela. Dieser Text wurde veröffentlicht vom Ron-Paul-Institut in den USA und ins Deutsche übersetzt von Klaus Madersbacher auf antikrieg.com

von John Laughland

Es ist eine moralische Schande, wenn das EU-Parlament, das der Welt die Notwendigkeit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit predigt, mit juristischer Sprache Lügen über die Rechtmäßigkeit der Situation in Venezuela erzählt und diese Legalität zerstört.

Spannende Nachrichten aus Frankreich: Marine le Pen ist die neue Präsidentin des Landes. Nachdem das Macron-Regime das Land in eine politische Krise gestürzt hatte, legte Frau Le Pen am Freitag den Amtseid auf der Place de la Concorde ab, vor einer kleinen Gruppe von Gilets jaunes (Gelb-Westen), die speziell für diesen Anlass – mit den Fernsehkameras – zusammengestellt wurden.

Frau Le Pen erklärte, dass sie gemäß Artikel 7 der Verfassung der 5. Republik handelte und kündigte an, dass Emmanuel Macron nicht mehr im Amt sei. Sicherlich arbeiten die Regierung und der öffentliche Dienst, die Polizei und die Streitkräfte weiterhin normal, und Herr Macron arbeitet weiterhin wie gewohnt im Elysée-Palast, während gegen Frau Le Pen wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten ermittelt wird. Aber da sie sowohl von Russland als auch von China offiziell anerkannt wurde, ist sie nun die legitime Präsidentin Frankreichs geworden.

Natürlich ist dieses fiktive Szenario lächerlich. Aber es ist nicht lächerlicher als die Anerkennung von Juan Guaido als Präsident Venezuelas, die vom Europäischen Parlament am 31. Januar, eine Woche nach der Anerkennung durch US-Präsident Donald Trump, beschlossen wurde.

Tatsächlich ist das Votum Brüssels für die Anerkennung von Juan Guaido noch absurder als die Anerkennung von Marine Le Pen, denn im Gegensatz zu ihr war Juan Guaido nie ein Kandidat für die Präsidentschaftswahlen seines Landes, geschweige denn in dieses Amt gewählt worden und bis vor einigen Wochen hatte noch niemand – auch nicht in Venezuela – von ihm gehört.

Die vom Europäischen Parlament angenommene Resolution ist eigentlich schlimmer als die „Anerkennung“ Guaidos durch Präsident Trump am 23. Januar. Vier Fraktionen des Europäischen Parlaments, die unabhängig voneinander handeln, bevor sie sich später auf eine gemeinsame Resolution einigen, haben sich zusammengesetzt, um ihre Texte in juristischer Sprache zu formulieren, in denen es heißt, dass Juan Guaido der legitime Präsident „gemäß Artikel 233 der venezolanischen Verfassung“ ist.

Dass sie dies getan haben und dass der gemeinsame Resolutionsantrag dann von

Autor: John Laughland

ist Mitglied des akademischen Beratungsgremiums des Ron Paul Institute und Studienleiter am Institut für Demokratie und Zusammenarbeit in Paris. Er ist Autor von A History of Political Trials von Charles I. bis Saddam Hussein (2008).

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

allen außer etwa 100 Abgeordneten angenommen wurde, ist ein erschreckendes Beispiel für die Macht des Gruppendenkens. Oder vielleicht ist es nur Unehrlichkeit. Niemand, der jemals Artikel 233 der venezolanischen Verfassung gelesen hat, kann möglicherweise zu dem Schluss kommen, dass darin etwas derartiges steht.

Im Gegenteil, Artikel 233 ist genau derjenige, den Juan Guaido verletzt hat, als er am 23. Januar auf einem öffentlichen Platz in Caracas seine kleine Show vorführte, sich selbst zum Präsidenten zu erklären [5].

Die Verfassungen der meisten Länder enthalten Artikel wie Artikel 233 der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela. Es geht darum, was passiert, wenn der Präsident der Republik seine Pflichten nicht erfüllt oder nicht erfüllen kann.

Dieser Artikel listet sechs Umstände auf, unter denen seine Amtszeit verkürzt werden kann: Wenn er stirbt, wenn er zurücktritt, wenn er durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs des Landes seines Amtes enthoben wird, wenn er nach einem von der Nationalversammlung und dem Obersten Gerichtshof bestätigten formellen medizinischen Verfahren für körperlich oder geistig ungeeignet erklärt wird, wenn er sein Amt aufgibt oder wenn er durch eine Volksabstimmung angeklagt wird.

Keine einzige dieser Bedingungen ist erfüllt: Präsident Maduro ist nicht zurückgetreten; er ist nicht tot oder untauglich; er wurde weder von den Gerichten noch vom Volk angeklagt. Schlimmer noch, in Artikel 233 heißt es weiter, wer die Macht übernimmt, wenn die Präsidentschaft vakant wird – was nicht der Fall ist – und, raten Sie mal, was? Darin heißt es, dass es der Vizepräsident ist, in diesem Fall Frau Delcy Rodriguez, und nicht der Präsident der Nationalversammlung (Guaido).

Der einzige Umstand, unter dem der Präsident der Nationalversammlung das Amt übernimmt, ist, wenn der Präsident sein Amt nicht angetreten hat. Da Maduro seit 2013 Präsident ist, ist es unmöglich zu behaupten, dass dies der Fall ist. Am 10. Januar legte er für seine zweite Amtszeit den Eid vor dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs ab.

Maduros Gegner im EU-Parlament, wie der Leiter der Delegation der Partido Popular, der spanischen konservativen Volkspartei, Esteban Gonzalez Pons, behaupten, dass die Inauguration vom 10. Januar ungültig war. Zur Unterstützung dieser Behauptung zitiert Herr Pons in einem offenen Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments vom 24. Januar Artikel 231 der Verfassung: „Der gewählte Kandidat tritt sein Amt als Präsident der Republik am 10. Januar des ersten Jahres seiner Verfassungszeit an, indem er vor der Nationalversammlung einen Eid ablegt."

Wenn man Herrn Pons beim Wort nimmt, könnte man vielleicht glauben, dass die Amtseinführung von Maduro tatsächlich ungültig war. Aber die Unehrlichkeit des Herrn Pons lässt sich leicht nachweisen: Er zitiert nämlich nicht den nächsten Satz desselben Artikels 231, in dem es heißt: „Wenn aus irgendeinem Grund die Person, die zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, nicht vor der Nationalversammlung vereidigt werden kann, muss sie den Amtseid vor dem Obersten Gerichtshof leisten."

Die Form der Amtseinführung, die Maduros Feinde aus der ehemaligen Kolonialmacht Venezuelas in Europa für verfassungswidrig halten, ist in Wirklichkeit in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen.

Wie Herr Pons auch sehr gut weiß, obwohl er sich dafür entscheidet, auch dies vor seinen Lesern zu verbergen, gibt es einen sehr guten „höheren Grund", warum Maduro nicht vor der Nationalversammlung vereidigt werden konnte. Es handelt sich darum, dass diese 2017 wegen Wahlbetrug aufgelöst wurde. Die Versammlung hatte Mitglieder vereidigt, deren Wahlen vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt worden waren, der übrigens der Hüter der Verfassung ist, wenn es um Wahlstreitigkeiten geht.

Unter allen anderen Umständen – zum Beispiel in Polen oder in Ungarn – fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments in der Regel, dass die Richter völlige Unabhängigkeit und das Recht haben, die Entscheidungen gewählter Versammlungen aufzuheben, wenn sie Gesetze für verfassungswidrig halten.

In Bezug auf Venezuela hingegen argumentieren die Europa-Abgeordneten genau umgekehrt: Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung erklärt, dass die (aufgelöste) Nationalversammlung das einzige legitime Organ in Venezuela sei, das heißt, dass der Oberste Gerichtshof keine Legitimität habe.

Es ist offensichtlich, dass es in Venezuela eine schwere politische Krise gibt, zwischen einer in allgemeiner Wahl gewählten Präsidentschaft und einer politischen Klasse im Parlament, die sich dieser widersetzt. Dass ausländische Mächte in eine solche Krise eindringen, ist politisch dumm und im Übrigen völkerrechtlich völlig illegal. Aber wenn ein Organ wie das Europäische Parlament, das die ganze Welt über die Notwendigkeit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit unterrichtet, mit Hilfe der Rechtssprache Lügen über die Rechtmäßigkeit der Situation in einem anderen Land erzählt und diese Legalität zerstört, dann ist das eine moralische Schande.

Quellen:

[1] Urteil für die ersten Hochverräter unserer Zeit, Artikel von Jana Pasching am 25.1.2019, Kronenzeitung, unter <*https://www.krone.at/1850883*>

[2] Schuldsprüche in Graz Hochverrat: 14 Jahre Haft für „Staatenbund-Präsidentin'', Artikel am 25.1.2019, Kleine Zeitung, unter <*https://www.kleinezeitung.at/steiermark/gericht/5568323/Schuldsprueche-in-Graz_Hochverrat_14-Jahre-Haft-fuer*>

[3] Hochverrat: Strenge Strafen für Staatsverweigerer, Artikel in Die Presse, Print-Ausgabe vom 26.01.2019, unter <*https://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5568831/Hochverrat_Strenge-Strafen-fuer-Staatsverweigerer*>

[4] 'Moral disgrace': EU Parliament lectures world on rule of law, then destroys legality in Venezuela, Artikel von John Laughland am 4.2.2019 auf RT.com unter <*https://www.rt.com/op-ed/450348-eu-parliament-venezuela-legal/*>

[5] Artikel 233, Verfassungder bolivarischen Republik Venezuela, 2. Version, veröffentlicht im außerordentlichen Gesetzblatt Nr. 5.453 der Bolivarischen Republik Venezuela, Caracas, 24.3.2000; verfügbar unter <*https://www.botschaft-venezuela.de/emba/images/pdf/Verfassung%20der%20Bolivarischen%20Republik%20Venezuela%202009%20mit%20nderung%20N%201.pdf*>

Dieser Text wurde zuerst am 02.02.2019 auf www.ronpaulinstitute.org unter der URL ‹http://www.ronpaulinstitute.org/archives/featured-articles/2019/february/02/moral-disgrace-eu-parliament-lectures-world-on-rule-of-law-then-destroys-legality-in-venezuela/› veröffentlicht und am 6.2.19 als Übersetzung von Klaus Madersbacher auf ‹http://antikrieg.com/aktuell/2019_02_06_zumkotzen.htm› publiziert. Lizenz: Ron Paul Institute und Klaus Madersbacher für die Übersetzung

‹http://www.free21.org/?p=31742›

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

Präsident Chavez lädt seine Anhänger zur „Campana Santa Ines“ ein. Vorbereitung auf die Wahlen durch das Referendum über die Rückholung des Präsidenten. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hugo_Chavez_alzando_el_puño.jpg, Foto: flickr/Franklin Reyes, Lizenz: CC BY 2.0.

Der Krieg gegen Venezuela basiert auf **Lügen**

von John Pilger

Als ich mit Hugo Chávez durch das Land reiste, da verstand ich bald die Gefahr, die von Venezuela ausging. In einer Bauern-Kooperative im Bundesstaat Lara warteten Menschen geduldig und voller Freude in der Hitze. Es wurden Wasserkrüge und Melonensaft herumgereicht. Eine Gitarre spielte; eine Frau namens Katarina stand da und sang mit einer rauchigen Altstimme.

„Über was singt sie?“ fragte ich.

„Dass wir stolz sind“, war die Antwort.

Ihr Applaus mischte sich mit dem von der Ankunft von Chávez. Unter einem Arm trug er eine Tasche randvoll mit Büchern. Er trug sein großes rotes Hemd und begrüßte Menschen bei ihrem Namen, nahm sich Zeit und hörte zu.

Was mich beeindruckte war seine Fähigkeit zuzuhören. Aber jetzt las er vor. Fast zwei Stunden lang sprach er ins Mikrofon und las aus seinem Bücherstapel vor: Orwell, Dickens, Tolstoi, Zola, Hemingway, Chomsky, Neruda: Hier eine Seite, da ein paar Zeilen. Die Leute klatschten und pfiffen als er von Autor zu Autor wechselte. Dann traten die Bauern ans Mikrofon und erzählten ihm, was sie wussten, und was sie bräuchten. Ein uraltes Gesicht, das aussah, als wäre es aus einem alten Feigenbaum herausgeschnitzt, hielt eine kritische Rede zum Thema Bewässerung; Chávez machte sich Notizen.

Hier wird Wein angebaut, eine dunkle Syrah-Traube. „John, John, komm rauf“, sagte El Presidente, der sah, dass ich in

der Hitze und über Oliver Twist eingeschlafen war. „Er mag Rotwein“, sagte Chávez zum klatschenden und pfeifenden Publikum und er gab mir eine Flasche vom „Wein des Volkes“. Meine paar Wörter in schlechtem Spanisch führten zu Pfiffen und Gelächter.

Chávez mit den Menschen, dem Volk zu beobachten, erklärt einen Mann, der, als er an die Macht kam, versprochen hatte, dass jeder seiner Schritte dem Willen seines Volkes unterliegt. In acht Jahren hat Chávez acht Wahlen und Referenden gewonnen: Das ist Weltrekord. Nach Wählerstimmen war er das populärste Staatsoberhaupt in der westlichen Hemisphäre, möglicherweise der ganzen Welt.

Über jede große Chavista-Reform wurde abgestimmt, vor allem über eine neue Verfassung, bei der 71% der Menschen jeden der 396 Artikel für gut befanden. Darin befinden sich bis dahin unerhörte Freiheiten, etwa Artikel 123, in dem zum ersten Mal die Menschenrechte für Gemischt-Rassige und Farbige anerkannt werden. Chávez ist einer von denen.

Ihre ersten Champions

Eine seiner Lesungen unterwegs zitierte eine feministische Autorin: „Liebe und Solidarität sind dasselbe.“ Sein Publikum verstand das und drückte sich mit Würde aus, selten mit Ehrerbietung. Die normalen Menschen betrachteten Chávez und seine Regierung als ihre ersten Champions, als Teil von ihnen.

Jared Cohen, Direktor von Google Ideas und „geopolitischer Visionär“, stellt am 26. Februar 2014 in einem Vortragssaal der West Point Militärakademie US Militärrekruten seine Zukunftsvision vor. (Instagram von Eric Schmidt) Foto: https://wikileaks.org/google-is-not-what-it-seems/cohen.jpg

Das gilt vor allem für die Eingeborenen, die Mestizen und Afro-Venezolaner, die von den unmittelbaren Vorgängern von Chávez und von jenen, die weitab der Barrios in den Anwesen und Penthäusern im Osten von Caracas leben, schon immer mit Verachtung gestraft wurden. Jene, die nach Miami reisen, wo ihre Banken sind und die sich selbst als „Weiße“ sehen. Sie sind das mächtige Herzstück dessen, was die Medien als „Opposition“ bezeichnen.

Als ich diese Klasse traf, in den als Country Clubs bezeichneten Vorstädten, in ihren Heimen mit tief hängenden Kerzenleuchtern und schlechten Portraits, da habe ich sie wiedererkannt. Sie hätten auch weiße Südafrikaner sein können, die kleine Bourgeoisie von Constantia und Sandton, die Stützpfeiler der grausamen Apartheid.

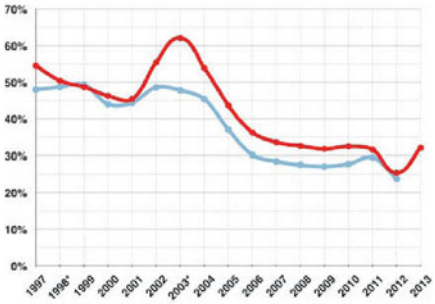
Die Cartoonisten in der venezolanischen Presse, die zum großen Teil von einer Oligarchie kontrolliert wird und die gegen die Regierung sind, haben Chávez als Affen porträtiert. Ein Radiomoderator sprach von „dem Affen“. In den privaten Universitäten ist unter den Studenten der rassistische Ton gang und gäbe für jene, deren Hütten man im Smog kaum erkennen kann.

Obwohl die Identitätspolitik auf den Seiten der liberalen Zeitungen im Westens der Renner ist, sind Rasse und Klasse zwei Wörter, die in der bösartigen „Berichterstattung“ über Washingtons jüngsten, nahezu unverhohlenen Übernahme-Versuch der weltgrößten Ölreserven und zur Rück-Eroberung ihres „Hinterhofs“ fast nie auftauchen.

Bei allen Fehlern der Chavistas – etwa, dass sie zugelassen haben, dass die Wirtschaft Venezuelas eine Geisel des Ölreichtums wurde und dass das große Kapital und die Korruption nie ernsthaft angegangen wurden – so haben sie doch soziale Gerechtigkeit und den Stolz von Millionen Menschen gebracht. Und sie taten das mit einer nie da gewesenen Demokratie

Vorbildliche Wahlen

„Von den 92 Wahlen, die wir beobachtet haben“, sagte der frühere US Präsident Jimmy Carter, dessen Carter Center weltweit ein geachteter Wahlbeobachter



*Armutsrate in Venezuela 1997 bis 2013. Daten bereitgestellt vom Instituto Nacional de Estadistica (INE), der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) und der Weltbank. Durchschnitt ist Mittelwert aller Daten. * 1998 und 2003 fehlende Daten aus dem ECLAC wurden korrigiert und für den Durchschnitt ausgefüllt.. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Venezuela_Poverty_Rate_1997_to_2013.png, Foto: ZiaLater/Wikimedia, Lizenz: CC BY-SA 3.0.*

ist, „möchte ich sagen, dass der Wahlvorgang in Venezuela einer der besten auf der Welt ist.“ Dagegen sei das Wahlsystem in den USA mit seinem Schwerpunkt auf Wahlkampfspenden „eines der schlechtesten“, sagte Carter.

Chavez beschrieb die venezolanische Demokratie als „unsere Version von Rousseaus Idee der Volkssouveränität“, indem er parallel eine staatliche kommunale Autorität auf jene Menschen ausdehnte, die sich in den ärmsten Barrios befinden.

Im Barrio La Linea saß Beatrice Balzo in ihrer winzigen Küche und sagte mir, dass ihre Kinder die erste Generation der Armen seien, die eine ganztägige Schule besuchten und eine warme Mahlzeit erhielten und Musik, Kunst und Tanz lernten. „Ich habe ihr Selbstvertrauen wie Blumen aufblühen sehen“, sagte sie.

Im Barrio La Vega hörte ich einer Krankenschwester zu, Mariella Machado, einer farbigen 45-jährigen Frau mit einem bösen Lachen, die vor einer städtischen Versammlung über Themen sprach, die von Obdachlosigkeit bis hin zum illegalen Krieg reichten. An diesem Tag starteten sie die „Mision Madres de Barrio“, ein Programm zur Bekämpfung der Armut alleinerziehender Mütter. Nach der Verfassung haben Frauen das Recht, als Betreuerinnen bezahlt zu werden und können sich bei einer speziellen Frauenbank

Publiziert auf Free21 am 18.03.2019, 20:00 Uhr

Geld leihen. Jetzt bekommen die ärmsten Hausfrauen das Äquivalent von 200 Dollar im Monat.

In einem von einer einzigen Leuchtstoffröhre beleuchteten Raum traf ich Ana Lucia Fernandez, 86 Jahre alt, und Mavis Mendez, 95 Jahre alt. Sonia Alvarez, gerade mal 33 Jahre alt, war mit ihren beiden Kindern gekommen. Keine von ihnen konnte einst lesen und schreiben, jetzt studieren sie Mathematik. Zum ersten Mal in seiner Geschichte verfügt Venezuela über eine fast 100-prozentige Alphabetisierung.

Dies ist die Arbeit von „Mision Robinson", die für Erwachsene und Jugendliche konzipiert wurde, denen zuvor aufgrund von Armut eine Ausbildung verwehrt wurde. „Mision Ribas" gibt jedem die Möglichkeit einer Sekundar-Schulausbildung, die als „Bachillerato" bezeichnet wird. (Die Namen Robinson und Ribas beziehen sich auf venezolanische Unabhängigkeitsführer aus dem 19. Jahrhundert).

In ihren 95 Jahren hatte Mavis Mendez eine Parade von Regierungen gesehen, hauptsächlich Vasallen von Washington, die den Diebstahl von Milliarden Dollar an Öl organisiert haben, von denen ein Großteil nach Miami flog. „Wir waren im menschlichen Sinne unwichtig", sagte sie mir. „Wir lebten und starben ohne wirkliche Bildung, ohne fließendes Wasser und Essen, das wir uns nicht leisten konnten. Als wir krank wurden, starben die Schwächsten. Jetzt kann ich meinen Namen und so viel mehr lesen und schreiben; und was auch immer die Reichen und die Medien sagen, wir haben die Samen einer wahren Demokratie gepflanzt und ich habe die Freude zu erleben, dass es passiert."

Im Jahr 2002, während eines von Washington unterstützten Staatsstreichs, schlossen sich Mavis' Söhne und Töchter, Enkelkinder und Urenkel Hunderttausenden an, die von den Barrios an den Hängen herunterkamen und forderten, dass die Armee Chávez gegenüber loyal bleibt. „Das Volk hat mich gerettet", sagte mir Chávez. „Sie taten das, obwohl die Medien gegen mich waren und sogar die grundlegendsten Fakten verschwiegen haben. Will man Volksdemokratie in heldenhafter Aktion sehen, dann muss man nicht weiter suchen."

„Chávez, ich schwöre, ich werde Maduro wählen". Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Plan_Nacional_de_Alfabetización_-_Mision_Robinson_2004.jpg, Foto: Franklin Reyes/Wikimedia, Lizenz: CC BY 2.0.

Die Inkarnation von Saddam Hussein

Seit dem Tod von Chavez im Jahr 2013 hat sein Nachfolger Nicolás Maduro sein lächerliches Etikett in der westlichen Presse als „ehemaliger Busfahrer" abgelegt und wurde zu einem Saddam Hussein. Sein Missbrauch in den Medien ist lächerlich. Unter seiner Führung hat der Rückgang des Ölpreises zu einer Hyperinflation geführt und die Preise in einer Gesellschaft, die fast alle ihre Lebensmittel importiert, mitverursacht. Doch, wie der Journalist und Filmemacher Pablo Navarrete diese Woche berichtete, ist Venezuela nicht die Katastrophe, als die sie gezeichnet wird.

„Es gibt überall Nahrungsmittel", schrieb er. „Ich habe viele Videos von Lebensmitteln auf Märkten [in ganz Caracas] gedreht... es ist Freitagabend und die Restaurants sind voll."

Im Jahr 2018 wurde Maduro als Präsident wiedergewählt. Ein Teil der Opposition boykottierte die Wahl, eine bewährte Taktik gegen Chávez. Der Boykott scheiterte: 9.389.056 Menschen stimmten ab; 16 Parteien nahmen teil und sechs Kandidaten kandidierten für die Präsidentschaft. Maduro gewann 6.248.864 Stimmen oder 68 Prozent. Am Wahltag habe ich mit einem der 150 ausländischen Wahlbeobachter gesprochen. „Es war völlig fair", sagte er. „Es gab keinen Betrug; keine der reißerischen Medienbehauptungen war wahr. Keine. Wirklich erstaunlich."

Wie in der Tea Party-Szene in Alice im Wunderland hat die Trump-Regierung Juan Guaidó als der „legitimen Präsidenten Venezuelas" präsentiert, ein Kunstgeschöpf der CIA-Klitsche National Endowment for Democracy. 81 Prozent des venezolanischen Volkes hat noch nie von ihm gehört, so die Zeitung The Nation, und Guaidó wurde von niemandem gewählt.

Maduro ist „rechtswidrig", sagt Donald Trump (der die US-Präsidentschaft mit 3 Millionen Stimmen weniger als seine Gegnerin gewonnen hat). Ein „Diktator", sagt der nachweislich irre Vizepräsident Mike Pence. Und der Berater für Nationale Sicherheit John Bolton nannte Venezuela „eine zu erwartende Erdöltrophäe" (der, als ich ihn 2003 interviewte, sagte: „Hey, bist du ein Kommunist, vielleicht sogar Labour?").

Als seinen „Sondergesandten für Venezuela" (Coup Master) hat Trump einen verurteilten Verbrecher ernannt. Elliot Abrams, dessen Intrigen im Dienste der Präsidenten Reagan und George H.W. Bush in den 1980er Jahren den Iran-Contra-Skandal mit hervorgebracht und Mittelamerika in Jahre des blutgetränkten Elends gestürzt haben. Abgesehen von Lewis Carroll gehören diese „Verrückten" in die Wochenschau der 1930er Jahre. Dennoch wurden ihre Lügen über Venezuela von denjenigen, die dafür bezahlt wurden, das Narrativ aufrechtzuerhalten, mit Begeisterung aufgenommen.

Auf Channel 4 News bellte Jon Snow den Labour-MP Chris Williamson an: „Schauen Sie, Sie und Mr. Corbyn, Ihr seid in einer sehr bösen Ecke [in Bezug auf Venezuela]!" Als Williamson versuchte zu erklären, warum es falsch sei, ein souveränes Land zu bedrohen, unterbrach Snow ihn. „Sie hatten ihre Chance!"

2016 Proteste gegen die Entfernung von Chávez- und Bolivar-Bildern aus der Nationalversammlung. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chavista_protest_January_2016.jpg, Foto: Luigino Bracci/Wikipedia, Lizenz: CC BY 2.0.

Im Jahr 2006 beschuldigte Channel 4 News im Grunde Chávez, mit dem Iran Atomwaffen zu bauen: Eine Fantasie. Der damalige Washingtoner Korrespondent Jonathan Rugman erlaubte unwidersprochen dem Kriegsverbrecher Donald Rumsfeld, Chávez mit Hitler zu vergleichen.

Überwältigende Einseitigkeit

Forscher der University of the West of England untersuchten die Berichterstattung der BBC über Venezuela über einen Zeitraum von zehn Jahren. Sie betrachteten 304 Berichte und fanden heraus, dass nur drei von ihnen sich auf eine der positiven Politiken der Regierung bezogen. Für die BBC sind die demokratische Bilanz Venezuelas, die Menschenrechtsgesetzgebung, Lebensmittelprogramme, Gesundheitsinitiativen und Armutsbekämpfung nicht existent. Das größte Alphabetisierungsprogramm der Menschheitsgeschichte hat es nicht gegeben, ebenso wenig wie die Millionen, die zur Unterstützung von Maduro und zum Gedenken an Chavez marschierten, nicht existieren.

Auf die Frage, warum sie nur einen Oppositionsmarsch gefilmt habe, antwortete die BBC-Reporterin Orla Guerin, dass es „zu schwierig" sei, an einem Tag auf zwei Märschen zu sein.

Gegen Venezuela wurde ein Krieg erklärt, bei dem es „zu schwierig" ist, über die Wahrheit zu berichten

Es ist zu schwierig, über den Zusammenbruch der Ölpreise seit 2014 zu berichten, der größtenteils auf kriminelle Machenschaften der Wall Street zurückzuführen ist. Es ist zu schwierig, die Blockade des Zugangs Venezuelas zum USA-dominierten internationalen Finanzsystem als Sabotage zu bezeichnen. Es ist zu schwierig, über die „Sanktionen" Washingtons gegen Venezuela zu berichten, die seit 2017 zum Verlust von mindestens 6 Milliarden Dollar Einnahmen für Venezuela geführt haben, darunter importierte Medikamente im Wert von 2 Milliarden Dollar, deren Import als illegal gilt, oder die Weigerung der Bank of England, die Goldreserven Venezuelas zurückzugeben, ein Akt der Piraterie.

Der ehemalige UN-Berichterstatter Alfred de Zayas hat dies mit einer „mittelalterlichen Belagerung" verglichen, die „die Länder in die Knie zwingen soll". Es ist ein krimineller Angriff, sagt er. Es ist ähnlich wie bei Salvador Allende 1970, als Präsident Richard Nixon und sein Gegenstück zu John Bolton, Henry Kissinger, sich aufmachten, „die Wirtschaft [Chiles] zum Schreien zu bringen". Es folgte die lange dunkle Nacht von Pinochet.

Der Korrespondent des Guardian, Tom Phillips, hat ein Bild von einer Kappe getwittert, auf der die spanischen Wörter im lokalen Slang bedeuten: „Mach Venezuela wieder cool." Der Reporter als Clown könnte die Endphase eines Großteils der Degeneration des Mainstream-Journalismus sein.

Sollten die CIA-Marionette Guaidó und seine weißen Rassisten die Macht übernehmen, wird es der 68. Sturz einer souveränen Regierung durch die Vereinigten Staaten sein, die meisten von ihnen Demokratien. Ein Abverkauf der venezolanischen Versorgungsunternehmen und Mineralien wird sicherlich folgen, ebenso wie der Diebstahl des Erdöls des Landes, wie von John Bolton beschrieben.

Unter der letzten von Washington kontrollierten Regierung in Caracas erreichte die Armut historische Ausmaße. Es gab keine Gesundheitsversorgung für diejenigen, die nicht bezahlen konnten. Es gab keine allgemeine Bildung; Mavis Mendez und Millionen wie sie konnten nicht lesen oder schreiben. Wie cool ist das, Tom?

Chavez und Pilger, 2007. Quelle: http://johnpilger.com, Foto: unbekannt, Lizenz: CCo.

Autor: John Pilger

ist ein australisch-britischer Journalist und Filmemacher mit Sitz in London. Im Jahr 2017 kündigte die British Library ein John Pilger Archive mit all seinen schriftlichen und filmischen Arbeiten an. Das British Film Institute zählt seinen Film „Year Zero: the Silent Death of Cambodia" von 1979 zu den 10 wichtigsten Dokumentarfilmen des 20. Jahrhunderts.

www.johnpilger.com

Dieser Text wurde zuerst am 22.02.2019 auf www.theblogcat.de unter der URL ‹https://www.theblogcat.de/archiv/archiv-2019/februar-2019/› veröffentlicht. Lizenz: Fritz Kollenda

‹http://www.free21.org/?p=31621›

Publiziert auf Free21 am 18.03.2019, 20:00 Uhr

Venezuela – pfeif auf Grundgesetz und **Völkerrecht**

Die Tagesschau dient der Regierung als Sprachrohr beim rechtswidrigen Umgang mit Venezuela.

von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Bild oben: Jens Riewan berichtet in der Tagesschau vom 09.02.2019 über die „humanitäre Krise", die als Anlass zur US-Intervention angegeben und von Guaidó befürwortend und von Maduro ablehnend dargestellt wird. (Foto: Screenshot der Tagesschau vom 09.02.2019 / www.ARDmediathek.de / © ARD)

Deutsche Politik in Bezug auf Venezuela und das Völkerrecht – gibt es da nichts Problematisches, nichts Anstößiges? Nichts von nachrichtlichem Wert? Sind ein Bruch mit der UN-Charta und grundgesetzwidrige Politik kein Thema für die Tagesschau? Die Bundesregierung hat wie zahlreiche andere Staaten einen „selbsternannten Übergangspräsident" Venezuelas, Juan Guaidó, als amtierenden Staatschef anerkannt. Dieser Treppenwitz der Weltgeschichte sei „völkerrechtlich ein Novum" gewesen, stellt die „Initiative Nachrichtenaufklärung" zurückhaltend fest und unterstreicht zugleich das Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, speziell der Tagesschau: Die juristische Problematik der deutschen Venezuela-Politik sei vollkommen außer Betracht geblieben.

Regelmäßig macht die INA, die „Initiative Nachrichtenaufklärung" e.V., die Öffentlichkeit auf Themen und Nachrichten aufmerksam, die von den deutschen Massenmedien vernachlässigt werden [1]. Vorschläge dazu werden an mehreren Hochschulen in Deutschland geprüft. Die Jury der INA beurteilt anschließend die Relevanz der Themen und wählt daraus die „Top Ten der vernachlässigten Nachrichten" aus. Ihre neueste Liste stellte jetzt der Deutschlandfunk vor [2].

Der Sender erwähnt an erster Stelle das Freihandelsabkommen der EU mit Japan, JAFTA; an Position zwei folgt die umfangreiche Sammelei personenbezogener Daten von Fluggästen, die in der EU unterwegs sind. Die Nr. 3 erwähnte der regierungsfromme Deutschlandfunk bezeichnenderweise aber nicht mehr: Die ignorante Weigerung der Massenmedien, sich den Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Venezuela-Politik zu widmen. Darauf wies nur der „Tagesspiegel" hin. [3]

Während die Ereignisse in Lateinamerika auf breites Interesse der deutschen Bevölkerung stoßen, haben unsere Massenmedien über die staatsrechtlichen Zusammenhänge und Probleme faktisch nichts oder nur irreführend und tendenziös berichtet. Die Tagesschau hatte im Rahmen der medialen Desinformationskampagne Vorreiterfunktion. Zweimal gutach-

teten die Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestags, dass die vorschnelle formelle Anerkennung Guaidós „völkerrechtlich bedenklich“ sei, eine höflich-vorsichtige Umschreibung für mutmaßliche Rechtswidrigkeit. Die Tagesschau interessierte es nicht, es tauchte lediglich in ihrem Internet-Format auf. In einer Nische, Rubrik: Inland. [4]

Der Grund für die marginale Behandlung des Skandals: Chefredakteur Dr. Gniffke lässt seine Qualitätsjournaille der Bundesregierung nicht lästig werden. Die Expertisen des Wissenschaftlichen Dienstes erlauben den Schluss, dass Bundeskanzlerin Merkel und Heiko Maas, der größte Außenminister aller Zeiten, mit der Guaidó-Anerkennung auf internationalem Parkett einen Grand Pas de deux in Rechtsbeugung aufführten.

In den Fernsehnachrichten für die deutschen Wohnzimmer wurde die Problematik sorgfältig ausgespart. Dort klangen die Ansagen über Guaidó nur wie der aggressive Stil von Regierungserklärungen, [5] Bürgerkriegsgefahr in Venezuela hin oder her. Zur agitatorischen Falschinformation der Tagesschau gehört der von ihr vermittelte Eindruck, die politische Entwicklung und die humanitäre Krise in Venezuela seien Auswirkungen einer demokratisch nicht legitimierten Amtsführung des Präsidenten Maduro. Dem Mann werden, wenn nicht wortwörtlich, so doch indirekt, autokratische Vorgehensweisen unterstellt. Das ist Tagesschau-Nachrichtenfälschung und Irreführung im großen Stil.

Die ARD-aktuell-Redaktion hätte berichten müssen, dass Maduro legal und in einer von den UN überwachten, sauberen Wahl mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Amt bestätigt ist. Sie hätten unmissverständlich anmerken müssen, dass es völkerrechtlich indiskutabel ist, ihm, wie geschehen, die Legalität seiner Amtsausübung abzusprechen. Zu seiner Mehrheit war er gelangt, weil die zerstrittenen Oppositionsparteien sich nicht auf einen Gegenkandidaten verständigen konnten und die Wahl lieber „boykottiert“ hatten. [6] Der Boykott machte die Wahl aber nicht illegal.

ARD-aktuell hätte darüber informieren müssen, dass die Opposition bei der nachfolgenden Parlamentswahl zwar eine Drei-Viertel-Mehrheit erreichte, sie aber nicht zu legislativer Arbeit nutzte, sondern zu einer Serie verfassungswidriger Vorstöße, so dass schließlich das Oberste Gericht Venezuelas – nicht Maduro! – es für notwendig hielt, diese Volksvertretung aufzulösen. Die Ironie des legalen Prozedere ist, dass Maduro daraufhin ersatzweise eine Nationalversammlung einberief, in der sich sein Gegner Guaidó profilieren konnte…

Als Guaidó, zwar in die Nationalversammlung gewählt, aber durch nichts fürs Amt des Staatschefs legitimiert [7], sich selbst zum Präsidenten Venezuelas erklärte, war das nach allgemein üblichem Rechtsverständnis und nach venezolanischem – wie auch nach deutschem – Recht Hochverrat. Als er die Armee zur Meuterei und zum Sturz der Regierung Maduro aufforderte, war das ein weiterer Akt des Hochverrats. Als er sich in den USA und mit den Geheimdienstlern anderer lateinamerikanischer Staaten über eventuelle militärische Interventionen vom Ausland her verständigte, war das Landesverrat.

Nicolás Maduro bei der Vereidigung für seine zweite Amtszeit am 10.1.2019 in Caracas/ Venezuela. (Fotoquelle: Presidencia El Salvador/ Flickr.com / public domain), gefunden unter https://www.flickr.com/photos/fotospresidencia_sv/45777439375/in/album-72157705552238525/

Logo (Quelle: amerika21.de / © Amerika21)

Guaidó krönte schließlich seine politkriminelle Karriere mit der Selbsternennung zum „Übergangspräsidenten“, der die USA, Kanada sowie die rechtskonservativ bis autoritär regierten Staaten der „Lima-Gruppe“ zur Invasion Venezuelas einlud und von Kolumbien her gewaltsame Massendemonstrationen und Grenzverletzungen organisierte.

Wer sich solcher Straftaten schuldig macht, landet in zivilisierten Ländern ganz legal und sofort hinter Gittern. Maduro aber gestand seinem Gegner bisher Immunität als Parlamentarier zu. Entspricht das dem Vorgehen eines diktatorischen Machtmenschen? Doch über derart Grundsätzliches informierte ARD-aktuell mit keinem Wort.

Die Tagesschau berichtete zwar breit über das Treffen Guaidós mit US-Vizepräsident Pence und der „Lima-Gruppe“ [8]. Dabei erwähnte sie aber nicht, dass die 14 Staaten der Lima-Gruppe keine Mehrheit in der 34 Mitglieder zählenden Organisation Amerikanischer Staaten darstellen, sondern deren rechtslastiger Flügel sind. Die OAS hat hingegen Interventionen in Venezuela mehrheitlich abgelehnt. Die Tagesschau berichtete nicht, dass das mit weitem Abstand bevölkerungsreichste Land Südamerikas, nämlich Brasilien, sich ausdrücklich gegen jede Einmischung der USA in Venezuela aussprach:

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr

„Die Position Brasiliens ist ein Kontrapunkt gegen eine eventuelle Aktion der USA zur Verteidigung einer Intervention in Venezuela. Brasilien hat kein Interesse an einem bewaffneten Konflikt in einem Nachbarland." Stellungnahme des brasilianischen Vize-Präsidenten, General Mourão, Brasil247 vom 25.2.19, [9]

Das passte eben nicht in den transatlantischen Propaganda-Kram der ARD-aktuell. Erst recht nicht eine Aussage dazu, dass die Bundesregierung, indem sie einem politischen Hochstapler und selbsternannten Präsidenten formelle Anerkennung zollte, nicht nur Ignoranz gegenüber dem Völkerrecht bewies, sondern auch grundgesetzwidrige Politik macht:

„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes." Art. 25, GG – Völkerrecht, [10]

Auch wenn die USA und die Schar der ihr hörigen Vasallen (EU-Staaten inklusive) den „Übergangspräsident" Guaidó, den Typ Ladenschwengel, offiziell „anerkennen", so ist der Mann für die UNO doch nach wie vor ein Niemand. Weder in der UN-Vollversammlung noch gar im Weltsicherheitsrat dürfte er Platz nehmen. In seiner beengten Rolle als Staatsfunker sieht Chefredakteur Dr. Kay Gniffke für sich und sein Qualitätsjournalisten-Team aber offenbar keine Möglichkeit, von der konformistischen Regierungslinie abzuweichen: Guaidó ist auf Tagesschau-Deutsch „Übergangspräsident", wenn auch zumeist noch mit dem Beiwort „selbsternannt". Eine Lachnummer, in jeder Hinsicht, auch in der journalistischen.

Völkerrechtsbruch? Gibt es nur bei den anderen. Vor allem bei den Russen. Die Bundesregierung ist immer sauber. Sauberer geht es gar nicht. Auf die Berliner Demokratiedarsteller lassen die Gniffkes unserer Tage nichts kommen.

Die feindselige ARD-aktuell-Propaganda gegen die sozialistischen Regierungen Venezuelas hat eine lange Geschichte, wie ein Journalist des Internet-Blogs "Amerika21" in einem Brief an die Chefredaktion beklagt:

„Wenn ich es kurz zusammenfassen müsste, würde ich sagen, dass die ARD-Berichterstattung einen extremen Oppositions-Bias aufweist und der von der Opposition verbreitete Diktatur-Frame unkritisch und ungeprüft reproduziert wird. … Anders als bei den privaten Medien gehört der Schutz partikularer Interessen, etwa von privilegierten Bevölkerungsgruppen und privaten Unternehmern, nicht ausdrücklich zur redaktionellen Grundlinie. Ebenso wenig sind Sie darauf angewiesen, die Auslandsberichterstattung ausschließlich mit Kriegen, Krisen und Katastrophen zu bestreiten. Für die Zuschauer besteht bei Ihnen gewissermaßen ein Anspruch auf eine ausgeglichene Berichterstattung…." [11]

Natürlich erzielte dieses Schreiben bei Gniffke keine Wirkung, es landete wie so viele andere im Papierkorb. Die Tagesschau-Berichterstattung blieb unverändert einseitig. Hinsichtlich des aktuellen Konflikts erreichte sie einen neuen Tiefpunkt: Sie versucht, dem deutschen Zuschauer weiszumachen, in Venezuela finde ein „Machtkampf" zwischen der US-Marionette Guaidó und dem gewählten Präsidenten Maduro statt. Das überhöht Guaidós Position und Möglichkeiten ins Maßlose. Das Stichwort „Machtkampf" fehlt trotzdem in den meisten Ansagetexten nicht und ziert regelmäßig die Hintergrund-Illustrationen zur Venezuela-Berichterstattung. Selbst jetzt noch, obwohl inzwischen jeder Klippschüler sehen kann, dass sich der „Übergangspräsident" als grandioser Flop erwiesen hat.

Grundsätzlich unerwähnt bleibt in der Tagesschau, dass Quisling Guaidó nur Washingtons Ziel dient, wieder räuberischen Zugriff auf die Ölvorkommen Venezuelas zu bekommen. Es fehlt jeder Hinweis auf den Hintergrund der feindseligen Politik Washingtons: Die USA hielten Venezuela bis 1999 praktisch in kolonialer Abhängigkeit, und US-Konzerne hatten ungehinderten Zugriff auf das Öl des Landes – bis Hugo Chavez Präsident wurde, sie aushebelte und die Ölförderung verstaatlichte. Sein unverzeihlicher „Fehler": Die Erlöse aus dem Ölgeschäft nutzte er zur Versorgung und Bildung seiner Landsleute. Typisch Sozialist!

Seit jenen Tagen versuchen die US-Regierungen beider Couleur, Republikaner ebenso wie Demokraten, die sozialistische Bewegung Venezuelas zu bezwingen und ihre Regierungen zu stürzen. Erstmals gewaltsam schon im Jahr 2002, und danach immer wieder. Das Instrumentarium:

Der selbsternannte „Übergangspräsident" Juan Guaidó im Februar 2019, (Foto: Marcos Brandão, Senado Federal / Flickr.com / CC-BY 2.0), gefunden unter https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=76973056, https://www.flickr.com/photos/agenciasenado/47241605561/

Kai Gniffke (Chefredakteur, ARD-aktuell), bei der re:publica 18 am 2.5.2018 (Foto: Sandro Halank/ Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0), https://de.wikipedia.org/wiki/Kai_Gniffke#/media/File:2018-05-02_re-publica_18_by_Sandro_Halank-060.jpg

Schwerwiegende Wirtschaftssanktionen, Putschversuche, Finanzierung und Steuerung gewaltbereiter Oppositionsparteien der Wohlhabenden und Besserverdiener, Sabotageakte, Attentate.

Auch davon kein Wort in der Tagesschau: Der langjährige Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, Alfred de Zayas, hat erst vor wenigen Tagen empfohlen, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag solle die Wirtschaftssanktionen der USA gegen Venezuela als mögliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen. [12] Solche bedeutenden Hinweise unterschlägt die ARD-aktuell gewohnheitsmäßig und routiniert.

In den vergangenen fünf Jahren haben die US-Sanktionen Venezuela von den meisten Finanzmärkten abgeschnitten. Das bewirkte erhebliche Rückschläge in Ölproduktion und -verkauf. Der globale Ölpreisverfall besorgte den Rest. Venezuelas Bürger erlitten den schlimmsten jemals registrierten Rückgang des Lebensstandards aller Länder Lateinamerikas.

Auf diese Sachlage hebt die Tagesschau-Berichterstattung kritisch ab, nicht aber auf die objektiven Ursachen – und schon gar nicht zeigt sie auf den Verursacher: den schändlichen Erpresser und Hegemon USA. Die unstreitige Völkerrechtswidrigkeit der von Washington verfügten Sanktionen war einfach kein Thema für die Hamburger Qualitätsjournalisten. [13] Die legen größten Wert auf den strammen Sitz ihrer Scheuklappen.

Die Mainstreammedien rechnen den wirtschaftlichen Verfall Venezuelas nicht der imperialistischen Politik der USA zu, sondern kreiden sie der Regierung Maduro an. Auch die ARD-aktuell betreibt diese Hetze und steigert von Deutschland her die internationale Aufmerksamkeit für die Protestbewegung der angeblich „hungernden Bevölkerung" – wiewohl die meisten Fernsehbilder zeigen, dass es gutgenährte Mittelschichtler sind, die da auf den Straßen der Hauptstadt Caracas krakeelen. Aber was schert deutsche Staatsfunker die Objektivität oder gar die Armut der indigenen Venezolaner, wenn es gilt,

US-Außenminister Mike Pompeo, 2017, als er noch Direktor der CIA war. (Foto: CIA / www.cia.gov / gemeinfrei), https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=59572543

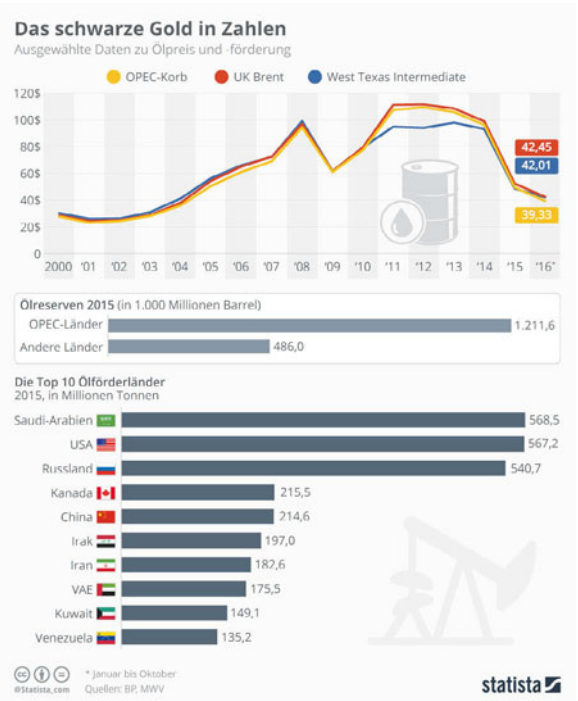
die Ideale der Westlichen Werte Gemeinschaft, WWG, ins rechte Bild zu setzen?

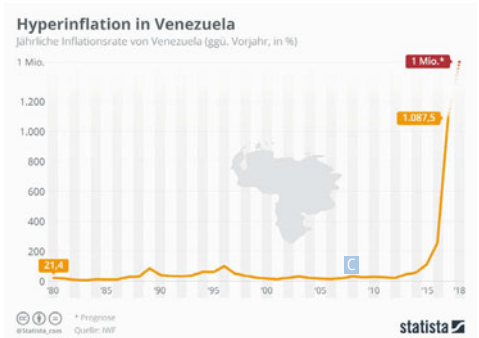
Typischer ARD-aktuell o-Ton:

„… Hilfsmittel brennen, es gibt Tote, das heißt, wir haben jetzt einen legitimen Grund, um weitere Sanktionen einzuführen oder vielleicht sogar eine militärische Intervention … man kann den USA berechtigt unterstellen, dass sie tatsächlich

Nachtrag der **Free21**-Redaktion

Venezuela weit abgeschlagen auf Platz 10 der ölfördernden Länder während die USA auf Platz 2 liegen (2015). Stellt sich die Frage: In welchen Verhältnis steht die Durchsetzung handfester wirtschaftlicher Interessen wirklich zum politischen und gesellschaftlichen Chaos, dass die Interventionen der USA in Venezuela verursachen? (Grafik: Mathias Brandt / Statista.com / CC BY-ND 3.0) [22]

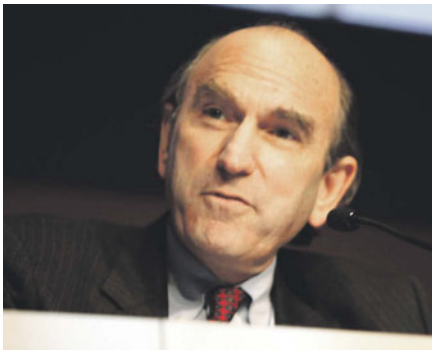




Die durchschnittliche Inflationsrate in Venezuela, gegenüber dem Vorjahr (in Prozent) lässt erahnen, welche Ausmaße die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Venezuela bereits angenommen haben. (Grafik: Mathias Brandt / Statista.com / CC BY-ND 3.0) [23]

Ein Indikator der gesellschaftlichen **Probleme des Landes:** Die Statistik zeigt die dramatische Entwicklung der Arbeitslosenquote in Venezuela von 2008 bis 2018. Im Jahr 2018 liegt die Arbeitslosenquote in Venezuela geschätzt bei rund 34,3 Prozent. (Quelle: IMF / Statista.com / © Statista 2019) [24]

Publiziert auf Free21 am 1.01.2019, 6:00 Uhr



Elliott Abrams, als er am 10.2.2012 bei der CPAC-Konferenz (Conservative Political Action Conference) einem jährlichen Treffen konservativer Aktivisten in Washington D.C. sprach. (Foto: Gage Skidmore / en.wikipedia.org /CC BY-SA 3.0), https://en.wikipedia.org/wiki/Elliott_Abrams#/media/File:Elliott_Abrams_by_Gage_Skidmore.jpg

John R. Bolton, der nationale Sicherheitsberater und ehemaliger UN-Botschafter sprach bei der CPAC-Konferenz am 27.2.2015 im National Harbor, Maryland. (Foto: Gage Skidmore / CC BY-SA 2.0), https://www.flickr.com/photos/gageskidmore/16490841918/in/photostream/

helfen wollen, die Not in Venezuela ist groß, die Menschen leiden Hunger… Auf der anderen Seite ist es ebenso richtig zu sagen, dass die USA eigene wirtschaftliche Interessen haben in Venezuela, es ist ein ölreiches Land, es gibt schon lange Öl- bzw. Wirtschaftsbeziehungen mit Venezuela. Und der US-Sicherheitsberater John Bolton hat es gesagt, dass es natürlich für die USA interessant wäre, jetzt diese Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen mit einer neuen Regierung Guaidó, also insofern ist es hier auf der einen Seite der Wunsch der USA jetzt zu helfen, dem kann man glauben, aber auf der anderen Seite stehen auch massive Wirtschaftsinteressen dahinter…“ [14]

Solch dümmliches, realitätsfernes und verfälschendes Gestammel in miesem Deutsch darf sich eine veritable ARD-Studioleiterin [!] tatsächlich erlauben? Und das wird gesendet? Das macht auch abgehärtete Zeitgenossen fassungslos. Xenia Böttcher betreibt blütenreine AgitProp im Rahmen einer Tagesschau-Sendung. Sie bewegt sich genau in dem “Frame” der Bundesregierung: Die USA wollen doch nur helfen, helfen, helfen, aber der böse „Machthaber“ Maduro lehnt die Hilfe ab, zum Schaden seiner hungernden Bürger. Eigeninteresse der USA? Freilich, schon, schon, ein kleines bisschen Eigeninteresse ist zwar dabei, aber aber aber hauptsächlich dient doch alles der Wiederbelebung der Wirtschaft Venezuelas … Die ARD-Korrespondentin scheut sich nicht einmal, einem Kriegseinsatz das Wort zu reden.

Beweislos rechnet Xenia Böttcher der Maduro-Regierung die Gewaltexzesse an der Grenze zu Kolumbien zu. Sie recherchiert nichts, sie hinterfragt nichts; Filmbelege und Zeugenaussagen, die ih-

Journalist Max Blumenthal in Venezuela berichtet, dass die Anti-Maduro Opposition verantwortlich für Gewaltexzesse bei einer Hilfslieferung am kolumbianisch-venezulanischen Grenzübergang Santander-Brücke ist. (Quelle: VideoLink: https://youtu.be/k2ZMCa6uuZk)

Quellen:

[1] Beitrag Über uns der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) e.V. unter <*http://www.derblindefleck.de/ueber-uns/*>

[2] Top Ten der Initiative Nachrichtenaufklärung: Themen im Schatten der Aufmerksamkeit, Interview von Caroline Fetscher mit Anke Schaefer vom 27.02.2019 auf www.deutschlandfunkkultur.de unter <*https://www.deutschlandfunkkultur.de/top-ten-der-initiative-nachrichtenaufklaerung-themen-im.2950.de.html?dram:article_id=442210*>

[3] Initiative Nachrichtenaufklärung: Relevant, aber kaum in den Medien, Artikel vom 27.02.2019 auf Tagesspiegel.de unter <*https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/initiative-nachrichtenaufklaerung-relevant-aber-kaum-in-den-medien/24045176.html*>

[4] Gutachten des Bundestags „Anerkennung Guaidós fragwürdig“, Artikel von ARD vom 19.02.2019 auf Tagesschau.de unter <*https://www.tagesschau.de/inland/guaido-bundestag-gutachten-101.html*>

[5] Krise in Venezuela

Auch Deutschland erkennt Guaidó an, Artikel von ARD vom 4.02.2019 auf Tagesschau.de unter <*https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-eu-staaten-101.html*>

[6] Venezuela – Die zweite Amtszeit Nicolás Maduros und die „Delegitimierungs”-Maschine, Artikel von Frederico Füllgraf am 14.01.2019 auf NachDenkSeiten.de unter <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=48461*>

[7] Anmerkung des Autors: Guaidó stützt sich auf eine Übergangsregelung in der venezolanischen Verfassung, die juristische Fachwelt hält sein Konstrukt nicht für tragfähig

[8] Venezuelas Übergangspräsident Guaidó trifft US-Vizepräsident Pence, Video-Beitrag vom 25.02.2019 auf Tagesschau.de unter <*https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-509323.html*>

[9] Stellungnahme des brasilianischen Vize-Präsidenten, General Mourão, Brasil247 / 25.2.19

[10] Art. 25, GG – Völkerrecht unter <*https://www.jurion.de/gesetze/gg/25/*>

[11] Brief an die Chefredakteure von ARD-aktuell zur Venezuela-Berichterstattung, von Malte Daniljuk am 5.03.2014 unter <*https://amerika21.de/dokument/98157/brief-ard-aktuell*>

[12] Sanktionen der Massenvernichtung: Amerikas Krieg gegen Venezuela, Artikel von Garikai Chengu am 6.02.2019 auf KenFM.de unter <*https://kenfm.de/sanktionen-der-massenvernichtung-amerikas-krieg-gegen-venezuela/*>

[13] Venezuela: Warum informieren Medien nicht über das Völkerrecht?, Artikel von Urs P. Gasche am 5.02.2019 auf infosperber.ch unter <*https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Venezuela-Warum-informieren-Medien-nicht-uber-das-Volkerrecht*>

[14] Xenia Böttcher, ARD Mexiko City, zzt. Cúcuta, über das Druckmittel der humanitären Hilfe, Video-Beitrag der ARD am 25.02.2019 auf Tagesschau.de unter <*https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-509155.html*>

[15] Video-Beitrag von Max Blumenthal zu den brennenden Hilfskonvois, von AntikriegTV auf Youtube am 24.2.2019 unter <*https://www.youtube.com/watch?v=k2ZMCa6uuZk*>

[16] Video-Beitrag von Max Blumenthal zur angeblichen Hungersnot in Venezuela, von The Grayzone auf Youtube am 24.02.2019 unter <*https://www.youtube.com/watch?v=qlX3yfXNX_g*>

[17] Maduro kündigt baldige Ankunft von humanitärer Hilfe aus Russland an, Artikel vom 19.02.2019 auf SputnikNews.com unter <*https://de.sputniknews.com/politik/20190219324025219-maduro-russland-humanitaere-hilfe/*>

[18] Trump Wanted War with Venezuela Because „they have all that oil and they're right on our back door.“, Artikel von durrati am 21.02.2019 auf DailyKos.com unter <*https://m.dailykos.com/stories/1836543*>

[19] US-Sicherheitsberater will Präsidenten von Venezuela nach Guantánamo schicken, Artikel von Harald Neuber am 02.02.2019 auf Amerika21.de unter <https://amerika21.de/2019/02/221502/venezuela-usa-bolton-maduro-guantanamo>

[20] US-Senator Rubio droht Venezuela mit Anspielung an Schicksal von Gaddafi, Artikel am 25.02.2019 in Daily Sabah Amerika unter <https://www.dailysabah.com/deutsch/amerika/2019/02/25/us-senator-rubio-droht-venezuela-mit-anspielung-an-schicksal-von-gaddafi>

[21] Was wollen die USA in Venezuela?, Artikel von Torsten Teichmann am 13.02.2019 für die ARD auf Tagesschau.de unter<https://www.tagesschau.de/ausland/usa-venezuela-101.html>

[22] Infografik „Das schwarze Gold in Zahlen" von Mathias Brandt, 2016, Zugriff am 16.03.2019, verfügbar unter <https://de.statista.com/infografik/7239/daten-zu-oelpreis-und-oelfoerderung/>

[23] Infografik „Hyperinflation in Venezuela" von Mathias Brandt, 2018, Zugriff am 16.03.2019, verfügbar unter: <https://de.statista.com/infografik/14828/inflationsrate-von-venezuela/>

[24] IMF. n.d. Venezuela: Arbeitslosenquote von 2008 bis 2018. Statista. Zugriff am 16.03.2019, verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/321184/umfrage/arbeitslosenquote-in-venezuela/>

Autor: Friedhelm Klinkhammer

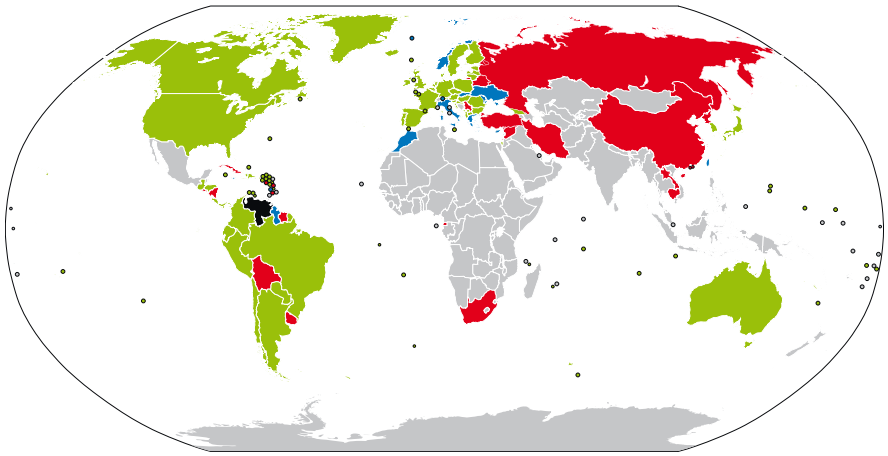
Jahrgang 1944, Jurist. 1975 – 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Autor: Volker Bräutigam

Jahrgang 1941, Journalist. 1975 – 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der ARD-Tagesschau, nach 1991 in der NDR-Hauptabteilung Kultur. Danach Lehr- und Forschungsauftrag an der Fu-Jen-Uni Taipeh.

Dieser Text wurde zuerst von Maren Müller (Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.) am 1. März 2019 unter der URL ‹https://publikumskonferenz.de/blog/2019/03/01/venezuela-pfeif-auf-grundgesetz-und-voelkerrecht/› veröffentlicht. Lizenz: Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V., CC BY-NC 2.0 DE.

‹http://www.free21.org/?p=31704›



Karte, die die Anerkennung von Juan Guaidó als Interimspräsident von Venezuela zeigt: Länder, die Guaidó anerkennen, Länder, die die Nationalversammlung anerkennen, Länder, die Maduro anerkennen, neutrale Länder, Venezuela. Quelle: https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=75890028, (Grafik: ZiaLater / Commons.wikimedia.org / gemeinfrei)

rer vorgefassten Meinung entgegenstehen, ignoriert sie. Sie nimmt ungeniert in Kauf – der Platzhirsch ARD hat die Deutungshoheit, es besteht keine Gefahr – dass professionell arbeitende Journalisten ihre Lügengeschichten entlarven. [15]

Ihr Geschwätz über die angeblich hungernden Venezolaner: ein Propaganda-Versatzstück, das in den ARD-aktuell-Darbietungen selten fehlt. Verschwiegen wird hingegen, dass die USA mit ihrer Sanktions- und Embargopolitik gezielt die medizinische Versorgung der Bevölkerung untergruben. Das, und nicht angebliche Lebensmittelknappheit, war zur tödlichen Gefahr geworden. Washington hatte den Venezolanern ein ähnliches Schicksal wie den Jemeniten zugedacht: Sollten sie doch krepieren. Es nimmt nicht Wunder, dass ARD-aktuell Informationen darüber unterschlagen hat, dass Russland helfend einsprang und jetzt mit der Lieferung von hunderten Tonnen Medikamenten zumindest die Grundversorgung wiederherzustellen sucht. [16, 17]

Trump, Bolton, Pompeo, Merkel, Maas und Konsorten wäre es anscheinend lieber gewesen, die Russen hätten die Venezolaner siechen lassen, denn das war der Zweck der Washingtoner Sanktionen. Die Inhumanität und Amoralität dieser Politikerbande kondensiert in einem Satz, den Donald Trump kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 2017 über Venezuela fallen ließ:

„Das ist das Land, gegen das wir in den Krieg ziehen sollten. Sie haben alles Öl und sind direkt an unserer Hintertür." [18]

Auch John Boltons optisch hervorgehobene Ankündigung einer militärischen Intervention, eines völkerrechtswidrigen Überfallkrieges gegen Venezuela, fand keine Erwähnung seitens Dr. Gniffkes Qualitätsjournaille. Trumps nationaler Sicherheitsberater hatte gut sichtbar auf einem mitgeführten Schreibblock notiert:

„5.000 Soldaten nach Kolumbien".

Mit dieser Kriegsansage war er in eine Pressekonferenz gegangen. Drohende Bolton-Adresse an Maduro während eines Rundfunkinterviews:

„Gestern habe ich getwittert, dass ich Ihnen einen langen und ruhigen Rückzugsort an einem schönen Strand weit weg von Venezuela wünsche. Und je früher Sie diese Gelegenheit nutzen, desto wahrscheinlicher ist es, dass Sie einen schönen, ruhigen Rückzugsort an einem schönen Strand anstelle eines anderen Küstenstrichs wie Guantánamo haben werden" [19].

Solche menschenfeindlichen Bösartigkeiten, obwohl weltbewegend, übergeht die Tagesschau großmütig. Schweigen bei der ARD-aktuell auch, als US-Senator Marco Rubio am 24. Februar 2019 einen widerwärtigen Tweet veröffentlichte, der nur als Morddrohung gegen Venezuelas Präsidenten Nicolas Maduro aufgefasst werden konnte: Der Tweet

zeigt ein Foto des libyschen Staatschefs Muammar Gaddafi aus einer Zeit, als er noch im Amt war, sowie – Muster: „vorher/nachher" – ein weiteres Foto von der verstümmelten Leiche des viehisch grausam ermordeten Libyers, aufgenommen am Ende des US-geführten NATO-Vernichtungskriegs gegen sein Land [20]. Mit der Brutalität und Primitivität führender US-amerikanischer Knallchargen darf die ARD-aktuell ihr deutsches Publikum natürlich nicht beunruhigen. Es könnte die indifferent liebesdienerischen transatlantischen Beziehungen unserer in Berlin residierenden Lakaientruppe bloßlegen …

Wie überhaupt der deutsche Fernsehnachrichten-Konsument vor Informationen zu schützen ist, die ihm Rückschlüsse darauf erlauben, wohin die US-hegemoniale Reise geht, und mit wem. Als Beauftragten für die „Wiedereinführung der Demokratie in Venezuela" – welch ein Hohn auf Realität und menschliche Vernunft steckt allein schon in dieser Nomenklatur – ernannte das Weiße Haus Elliott Abrams: Ein Polit-Ganove, der während der Reagan-Administration schlimmste Menschenrechtsverletzungen der USA in El Salvador förderte und rechtfertigte. Er setzte sich auch für Militärhilfe an Diktator Ríos Montt in Guatemala ein. In jener Zeit organisierte er zudem die illegalen Waffenlieferungen der CIA an die Contra-Rebellen in Nicaragua. Ein intriganter Lump. Wegen Falschaussage vor dem Kongress wurde er zwar verurteilt, aber schon kurz darauf begnadigt.

Was die Berufung dieser üblen Figur ins Amt eines Venezuela-Demokratie-Beauftragten der USA über das Weiße Haus aussagt, verschleierte ARD-aktuell mit der pseudo-ironischen Phrase: „Auch die Berufung von Elliott Abrams als Sondergesandter erinnert an alte Zeiten" [21].

Das Trio Bolton, Adams und US-Außenminister Mike Pompeo hat die Unterwerfung Venezuelas, vulgo: „Demokratisierung" im Auftragsbuch [ebd.]. Vertragsbrüchige, kriminelle Lügner und Kriegshetzer sollen den Venezolanern Freiheit und Wohlstand bringen – und der Qualitätsjournaille in der ARD-aktuell fällt zu all den Ungeheuerlichkeiten nur dümmlich Nichtssagendes ein. Ein beruflicher Offenbarungseid. Nicht der erste – und sicher nicht der letzte.

Alternative Medien vorgestellt – #4:

http://antikrieg.com

Seitenname: Antikrieg.com

Seiten-Typ: Blog

Betreiber: Klaus Madersbacher

Themenschwerpunkte:
Übersetzung englischsprachiger Texte renommierter Journalisten, engagierter Blogger und Friedensaktivisten

Dafür, dass antikrieg.com bereits 10 Jahre alt ist, wird es viel zu selten von meiner „Filterblase" verlinkt. Die Webseite scheint daher doch noch nicht so vielen Menschen bekannt zu sein, wie sie es verdient hätte. Auf der Webseite von Klaus Madersbacher ist zu lesen, dass ihn ein Artikel von Gideon Levy damals so beeindruckt hatte, dass er sich entschloss, mit den ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung aktiv zu werden.

Weiter schreibt er: „Das Internet bot sich als ideale Kommunikationsplattform an und – oh Wunder! – die Domain antikrieg.com war auch frei. Antiwar.com kannte ich ja schon bestens seit dem Überfall der NATO auf Jugoslawien. Die Idee, eine Website mit aus vom Englischen ins Deutsche übersetzten Artikeln zu betreiben, stammt von Lutz Forster, dem leider viel zu früh Verstorbenen – Ehre seinem Andenken! … Antikrieg.com hat also 10 Jahre auf dem Buckel, ich werde bald 70 auf selbigem haben. Na hoffen wir, dass es gut weitergeht …"

Ja – das möchte man uns allen wünschen, wenn man sieht, wie engagiert Klaus Madersbacher „seriöse" Informationen zur Verfügung stellt. „Seriös" heißt für ihn unparteiisch und der Wahrheit entsprechend. Dabei ist ihm sehr wohl bewusst, dass es sehr viele unterschiedliche Sichten und Standpunkte gibt, die den Lesern präsentiert werden sollten. Daher fordert er konkret auf: „Die Propaganda der Kriegsbetreiber entnehmen Sie bitte den allgemeinen Medien, die sich für diese Drecksarbeit hergeben – „Qualitätszeitungen" und „Kultursender" eingeschlossen, die eine besonders schändliche Rolle spielen."

Ihm geht es um die andere Seite, die man eben nicht in den Massenmedien findet. Er will „besonders interessante und aufschlussreiche Texte für die Menschen im deutschen Sprachraum zugänglich machen, die nicht Englisch sprechen." Diesem Anspruch wird er definitiv gerecht. Allein im Januar übersetzte und publizierte er 44 Artikel, deren Weiterverbreitung von ihm sehr geschätzt wird, sofern man die Quelle angibt. Darüber hinaus findet man hier Dossiers zu Syrien, Israel, Jemen, Libyen, Korea und der Ukraine.

Nicht alle seine Veröffentlichungen entsprechen den journalistischen Maßstäben, die sich free21 als Medium auferlegt hat. Man findet zahlreiche Kommentare, Meinungsartikel und Texte, bei denen die Quellen fehlen, so dass wir sie für free21 nicht übernehmen können. Aber sie sind es – in meinen Augen – trotzdem Wert, gelesen zu werden. Sie bieten eine weitere – eben eine internationale – Perspektive auf diese Kriegswelt. Und da jedes Sehen perspektivisches Sehen ist, ist dieser internationale Blickwinkel eine spannende Erweiterung.

Was die Seite auch bewusst macht: Es gibt sehr viele engagier te US-Amerikaner, die sich laut und deutlich gegen die US-Kriegspolitik aussprechen. Und allein diese Erkenntnis macht für mich den Besuch der Seite lohnenswert.

Andrea Drescher

Ein unidentifizierter Maidanschützer bewaffnet mit einem Gewehr am 18. Februar 2014 in Kiew. (Foto: Mstyslav Chernov, CC BY-SA 3.0)

Sabotierte Untersuchungen

„Den meisten Maidankämpfern wurde in den Rücken geschossen". Interview mit dem Maidanforscher Ivan Katchanovski.

von Stefan Korinth

Genau fünf Jahre nach dem Massaker an Aufständischen und Polizisten auf dem Maidan erklärt der ukrainischstämmige Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski im Interview mit dem Rubikon wie und warum die Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft sabotiert werden. Sichergestellte Gewehrkugeln, Helme und Schilder der Getöteten, Aufnahmen von Überwachungskameras und viele weitere Beweisstücke verschwanden im Verlauf der Untersuchung. Laut Katchanovski hat der amtierende Generalstaatsanwalt ein persönliches Interesse am Scheitern der Ermittlungen. Und auch das Interesse westlicher Medien am Fortgang der Kriminaluntersuchung ist bemerkenswert gering. Das Interview führte Stefan Korinth.

Korinth: Herr Katchanovski, am heutigen Tag jährt sich das Massaker vom Maidan zum fünften Mal. Bitte fassen Sie den Ablauf der blutigen Ereignisse des 20. Februar 2014 in Kiew knapp zusammen.

Katchanovski: Das Massaker vom Maidan im Februar 2014 begann am frühen Morgen mit der Erschießung von Polizisten und dann auch der Demonstranten durch „Scharfschützen" vom Musikkonservatorium und vom Hotel Ukraina aus. In beiden Gebäuden befanden sich Maidan-Truppen. Die Schüsse brachen eine Waffenstillstandsvereinbarung, die erst wenige Stunden zuvor Präsident Janukowitsch und die Maidanführer der Opposition unterzeichnet hatten. Die Polizei und die Truppen des Innenministeriums flohen vom Maidan, den sie zwei Tage zuvor umzingelt hatten, nachdem drei von ihnen am Morgen dieses 20. Februar getötet und ein paar Dutzend von den Scharfschützen verwundet worden waren. Einige dieser Schützen wechselten die Stellung und begannen, von einer Barrikade vor der Maidanbühne zu schießen.

Nachdem die Maidan-Demonstranten der Polizei und den internen Truppen folgten, wurden 48 Demonstranten getötet und etwa 150 verletzt. Es gibt überwältigende Beweise dafür, dass zumindest die absolute Mehrheit von ihnen seitlich und von hinten vom Hotel Ukraina aus und von anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden erschossen wurde.

Eine Spezialeinheit der Berkut – der Anti-Aufstands-Polizei – stoppte kurzzeitig den Vormarsch der Demonstranten vom Maidan, indem sie mit scharfer Munition schoss, um Mitglieder der internen Truppen zu befreien, die sich noch im Oktoberpalast am Maidan befanden, nachdem die Polizei und die internen Truppen

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 13:00 Uhr

schon vom Maidan geflohen waren. Nach der Evakuierung dieser Truppen zog sich die Spezialeinheit der Berkut hinter Barrikaden zurück und schoss weiter. Meine Analyse und verschiedene Beweise legen nahe, dass sie im Allgemeinen Warnschüsse abgaben und auf Maidan-Scharfschützen schossen, die zuvor vom Hotel Ukraina, vom Oktoberpalast und von anderen Gebäuden auf sie und auf die Demonstranten geschossen hatten.

Das Phänomen von Faschisten in der Ukraine existiert seit der Orangenen Revolution. Aber diese Netzwerke wurden schon über 50 Jahre lang vorbereitet, aufgebaut und unterstützt [19] (Foto: Mstyslav Chernov, CC BY-SA 3.0)

Das Maidan-Massaker war ein Schlüssel

Welche Bedeutung hatte der Massenmord für den folgenden Machtwechsel in der Ukraine?

Das Maidan-Massaker war ein Schlüssel für den gewaltsamen Sturz der Regierung Janukowitsch. Es delegitimierte die Regierung und jegliche Gewaltanwendung durch die Regierungstruppen, weil ukrainische und westliche Medien, die Maidan-Opposition und westliche Regierungen sofort Regierungsscharfschützen beziehungsweise die Berkut-Sondereinheit der Polizei dafür verantwortlich machten, auf Janukowitschs Befehl hin unbewaffnete Maidan-Demonstranten ermordet zu haben. Janukowitsch verlor die Mehrheit im Parlament und unterzeichnete einen Vertrag mit der Maidan-Opposition inklusive Garantien deutscher, polnischer und französischer Außenminister.

Diese Vereinbarung forderte vorgezogene Präsidentschaftswahlen und den Abzug der Regierungstruppen aus der Innenstadt. Nach einem solchen Rückzug der Regierungstruppen und nach dem Beschuss seiner Wagenkolonne sowie der unmittelbar bevorstehenden Beschlagnahmung seines opulenten Wohnsitzes in der Nähe von Kiew und einer Reihe von Attentaten gegen ihn, flüchtete Janukowitsch in die Ostukraine und auf die Krim und wurde daraufhin zweimal von russischen Kräften nach Russland evakuiert.

Sie sichten und sammeln seit fünf Jahren alle öffentlich zugänglichen Materialien zu dem Blutbad. Was haben Ihre Untersuchungen ergeben?

Ich begann mit meiner Untersuchung des Maidan-Massakers im Moment seines Geschehens, weil ich es über Internet-Live-Streams sah und weil Konflikte und politische Gewalt in der Ukraine der Hauptbereich meiner Forschung sind. Ich habe diese Studien und mehrere Online-Videoanhänge mit verschiedenen Beweisen [1] mehrfach vorgestellt: im Jahr 2015 auf den Jahrestagungen der American Political Science Association [2] in San Francisco und in Boston 2018, sowie auf der Weltkonferenz der Association for the Study of Nationalities [3] 2017 in New York und im September 2018 auf der gemeinsamen Konferenz des Instituts für russische und eurasische Studien der Universität Uppsala und der britischen Vereinigung für slawische und osteuropäische Studien im schwedischen Uppsala. Die Zusammenfassung dieser Studien ist bereits in einem wissenschaftlichen Sammelband [4] erschienen.

Ein Massenmord unter falscher Flagge

Meine Studien haben gezeigt, dass das Maidan-Massaker ein Massenmord unter falscher Flagge war, der auf die Machtergreifung abzielte. Die Untersuchungen dieses Massakers werden aus diesem Grund vertuscht und blockiert. Teile oligarchischer und rechtsextremer Organisationen der Maidan-Opposition waren an dem Massenmord beteiligt. Die Mehrheit der Maidan-Demonstranten wurde von Maidan kontrollierten Gebäuden von Scharfschützen getötet oder verwundet. Meine Studien beinhalten Videos und Fotos von Scharfschützen in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden, aufgezeichnete Funkkommunikation, Zeugenaussagen von 44 verletzten Maidan-Demonstranten über Scharfschützen in Maidangebäuden während des Massakers und während der Ermittlungen sowie Zeugenaussagen über solche Scharfschützen von mehr als 200 Zeugen, meist von Maidan-Demonstranten.

Unmittelbar nach dem Massaker hieß es in vielen ukrainischen und westlichen Medien, Präsident Janukowitsch habe das Massaker befohlen, seine Spezialpolizisten seien die Täter. So lautet auch die Anklage vor Gericht in der Ukraine. Welche Beweise für diese Ermittlungshypothese hat die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft (GPU) in den vergangenen fünf Jahren vorgelegt?

Weder in den Prozessen noch in den Ermittlungen oder in Medienberichten wurden konkrete Beweise für einen Befehl des damaligen Präsidenten Janukowitsch oder seiner Minister und Kommandanten zum Attentat auf unbewaffnete Demonstranten vorgelegt. Westliche und ukrainische Mainstream-Medien tun jedoch weiterhin so, als seien solche Anordnungen ein Fakt. Es gibt auch keine Berkut-Polizisten oder ehemalige Polizisten oder Sicherheitsbeamte oder ehemalige Regierungsmitglieder von Janukowitsch, die in ihren Zeugenaussagen eine Beteiligung an dem Massaker oder spezifisches Wissen über die Beteiligung von Regierungseinheiten, Kommandeuren oder Regierungsführern einschließlich Janukowitsch behaupteten.

Der Generalstaatsanwalt Juri Luzenko bestätigte kürzlich de facto, dass bei den

GPU-Ermittlungen keine Befehle Janukowitschs, seiner Minister und Kommandanten gefunden wurden, Maidan-Demonstranten zu massakrieren. Luzenko kann solche Befehle nicht vorlegen, sondern bezieht sich als Beweis für seine Vorwürfe nur auf „Expertenprüfungen".

Die Staatsanwaltschaft hatte dem Gericht bereits alle Dokumente vorgelegt, und kein einziges dieser oder anderer Dokumente im Maidan-Massaker-Gerichtsprozess enthüllte Schießbefehle. Auch die vorläufigen Gerichtsanhörungen im vergangenen Jahr erbrachten keinen solchen Befehl. Da bei dieser Anhörung ein solcher Mangel an Beweisen offensichtlich wurde, hat das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Anhörungen vor Gericht geschlossen. Ein ähnlicher Mangel an solchen Beweisen war auch beim jüngsten Prozess gegen Janukowitsch wegen Staatsverrats zu beobachten.

Auf wahrhaft Orwell'sche Weise erklärte der Generalstaatsanwalt der Ukraine kürzlich sogar, die Untersuchung habe ergeben, dass Janukowitsch, sein Innenministerium, sein Sicherheitsdienst, sein Verteidigungsminister und seine Befehlshaber auch für das Massaker an ihren eigenen Polizisten und Soldaten verantwortlich seien. Er sagte, dass sie deswegen angeklagt würden. Luzenko zitierte erneut eine „Expertenprüfung" als Beweis ihrer Schuld. Er bezog sogar die 18 getöteten Polizisten und Mitglieder der inneren Truppen in die „Himmlische Hundertschaft" [5] mit ein.

Welche Fehler und absichtlichen Manipulationen werfen Sie den staatlichen ukrainischen Ermittlern des Massakers und der Regierung vor?

Es fällt auf, dass fünf Jahre nach dem Massaker niemand wegen Tötungen der Demonstranten und der Polizei auf dem Maidan verurteilt wurde. Immerhin ist es der am besten dokumentierte Fall von Massenmord in der Geschichte. Die Ermittler bestreiten einfach, dass es in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden Scharfschützen gab. Das wird nicht untersucht, obwohl eigene Ermittlungen, das Verfahren und die öffentlich verfügbaren Beweise genau das feststellen. Zu den Belegen zählen Aussagen von über 100 verwundeten Demonstranten und über 200

Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch (Foto: premier.gov.ru, CC-BY 4.0, wikimedia)

Zeugen, Videos, Fotos, Tonaufnahmen von Scharfschützen in solchen Gebäuden, einschließlich der Erschießung von Demonstranten und Polizisten.

In seinen Ermittlungen stellte der Generalstaatsanwalt fest, dass fast die Hälfte der durch Schüsse verletzten Demonstranten – nämlich 77 von 157 – am 20. Februar aus Bereichen beschossen wurden, in denen sich die Polizei überhaupt nicht aufhielt. Niemand hat wegen dieser Schüsse Anklage erhoben. Der heutige Generalstaatsanwalt der Ukraine war einer der führenden Politiker des Maidan. Er erklärte kürzlich, die Ermittlungen gegen das Massaker vom Maidan seien abgeschlossen. Das passt gut zu der gesamten Vertuschung und Blockade der Untersuchung dieses Massenmords.

Entscheidende Beweisstücke verschwunden

Auch öffentliche Äußerungen mehrerer Pro-Maidan-Politiker und Aktivisten sowie von fünf Georgiern über Scharfschützen und über die Verstrickung von Maidan-Führern in das Massaker wurden von offiziellen Stellen nicht untersucht. Der Ex-Präsident von Georgien Michail Saakaschwili wurde einen Tag vor seiner Aussage über „georgische Scharfschützen" während des Maidan-Massaker-Prozesses eiligst aus der Ukraine vertrieben. Ebenfalls nicht untersucht wurde die öffentliche Erklärung eines Parlamentsabgeordneten, wonach der Anführer einer Schlägerbande, die am 19. Februar an der Ermordung eines Journalisten beteiligt war, für führende Maidan-Aktivisten gearbeitet hat und dass diese im Voraus über das Massaker Bescheid wussten.

In den Ermittlungen wurden die Geschossflugbahnen nicht mit Hilfe von Ballistikexperten bestimmt, selbst nachdem das Gericht solche Untersuchungen angeordnet hatte, um festzustellen, ob die Schussbahnen von Maidangebäuden kamen. Stattdessen wurden komplexe forensische Untersuchungen von Ärzten verwendet, um die Herkunft der Schüsse zu ermitteln – ohne Ortsbegehungen und ohne Angabe von Messungen und Erklärungen.

Überlebende Maidan-Verwundete sagten im Prozess und in Medien aus, dass die Kugeln, die Ärzte aus ihren Körpern entfernt hatten, in der offiziellen Untersuchung „verloren gingen". Ein Demonstrant erklärte während des Gerichtsverfahrens, dass seine erste Aussage über die Erschießung von Maidan-Demonstranten durch einen Scharfschützen im Hotel Ukraina in den Ermittlungen „verloren" ging, nachdem er sich geweigert hatte, seine Aussage über die Position dieses Opfers zum Zeitpunkt seiner Tötung zu ändern.

Entscheidende kriminaltechnische Beweise für das Massaker am 20. Februar verschwanden, sobald sie unter Kontrolle der Maidan-Führung beziehungsweise der Maidan-Regierung waren. Kein Verantwortlicher wurde hierfür ermittelt oder strafrechtlich verfolgt. Zu den verloren gegangenen Beweisstücken zählen auch fast alle Schilde und Helme getöteter und verwundeter Demonstranten. Durch Einschusslöcher oder deren Fehlen in diesen Utensilien könnten Standorte der Schützen und viele Kugeln identifiziert werden. Auch fast alle Kugeln sind verschwunden, die den Körpern der Demonstranten und Polizisten entnommen sowie in Bäumen, der Erde, einem Blumenkasten und auf dem Maidan sichergestellt wurden.

Einige Bäume mit Kugeln und Einschusslöchern wurden kurz nach dem Massaker gefällt. In ähnlicher Weise verschwanden Aufnahmen von Live-Online-Streams und anderen Videos aus der Zeit der Schüsse auf die Polizei am frühen Morgen des 20. Februar sowie von Überwachungskameras vom Hotel Ukraina, der Bank Arkada und anderen vom Maidan

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 13:00 Uhr

kontrollierten Gebäuden zu der Zeit, als sich dort Scharfschützen befanden.

Die GPU zog ohne Erklärung ihre eigenen früheren Untersuchungsergebnisse zurück, in denen sie noch eingestand, dass Demonstranten von Scharfschützen im Hotel Ukraina mittels SKS-Karabinern ermordet wurden und dass mindestens drei Demonstranten aus diesem Hotel und zehn von hohen Gebäuden aus getötet wurden. Die Untersuchungen der Massaker an Polizei und Demonstranten wurden getrennt, obwohl sie an denselben Tagen und an denselben Orten stattfanden. Es gab keine gerichtsmedizinischen Vergleiche der Kugeln, die aus Polizisten- und Demonstrantenkörpern entnommen wurden, obwohl Beweise dafür vorlagen, dass sie von denselben Scharfschützengruppen erschossen wurden. Niemand wird angeklagt und vor Gericht gestellt, weil er Polizisten am 18. und 20. Februar getötet und verwundet hat, und ein Amnestiegesetz, das direkt nach der Machtergreifung der Maidan-Führer verabschiedet wurde, verbietet sogar solche Ermittlungen gegen Maidan-Demonstranten, wenn sie Polizisten getötet haben.

Der Bau eines Denkmals für das Maidan-Massaker, der schon begonnen hat, ist die buchstäbliche Verschleierung des Maidan-Massakers und der wichtigsten Beweise. Die Landschaft, die Straße und die Bäume auf dem Gelände des Massakers sollen fast vollständig in einen Park und ein neues Maidan-Massaker-Museum umgewandelt werden. Es wäre dann physisch unmöglich, vor Ort nachträgliche Ermittlungsversuche durchzuführen, um die Flugbahnen der Kugeln zu bestimmen. Das Verfahren gegen Berkut zeigt, dass Beweise gegen die angeklagten Polizisten fehlen und dass die Staatsanwaltschaft daran gescheitert ist, ihnen auch nur einen einzigen Fall der Tötung oder Verletzung von Maidan-Demonstranten ohne begründeten Zweifel nachzuweisen.

Wie sind diese Fehler zu erklären? Immerhin beschwerte sich Chefermittler Serhij Horbatyuk im Oktober 2018 vor der ukrainischen Presse, dass die Regierung die Kriminaluntersuchungen zum Massaker aktiv behindert.

Das sind keine Fehler. Denn diese „Fehler“ treten systematisch auf und dienen nur der Verschleierung der Scharfschützen und der entscheidenden Beweise sowie der Blockade der Ermittlungen. Da der Generalstaatsanwaltschaft die obersten Staatsanwälte und die besten Ermittlungsressourcen und -technologien in der Ukraine zur Verfügung stehen, ist diese Vertuschung und das Scheitern der Ermittlungen auf politische Faktoren und auf Einmischung der höchsten Regierungsebene der Ukraine zurückzuführen. Die Generalstaatsanwaltschaft wurde von Maidan-Politikern oder engen Verbündeten des Präsidenten Petro Poroschenko geleitet. Die Untersuchung des Massakers wurde von Beginn an von führenden Köpfen der Maidanregierung kontrolliert. *Welche Rolle spielt Juri Luzenko, der vor fünf Jahren einer dieser führenden Maidan-Politiker war und der heute als Generalstaatsanwalt für die Untersuchungen verantwortlich ist?*

Jurij Luzenko (Foto: Vadim Chuprina, CC BY-SA 4.0, wikimedia)

Er ist ein Poroschenko-Mann und Pate eines der Kinder von Poroschenko. Luzenko wurde von Poroschenko vor allem wegen seiner persönlichen Loyalität ernannt. Ein Gesetz, das die Ernennung von Generalstaatsanwälten ohne Abschluss in einem juristisch relevanten Berufsbereich untersagte, wurde speziell für Luzenko geändert. Er ersetzte einen anderen Poroschenko-Mann, namens Viktor Schokin, nachdem US-Vizepräsident Biden den ukrainischen Präsidenten aufgefordert hatte, Schokin zu feuern [6].

Luzenko war auch einer der Maidan-Führer, und er erklärte am 19. Februar 2014 offen von der Maidan-Bühne, dass Waffen auf dem Maidan eintreffen, die zuvor in der Westukraine von der Polizei und vom Sicherheitsdienst beschafft wurden und dass Demonstranten diese Waffen einsetzen würden. Daher hat Luzenko kein persönliches und kein politisches Interesse an Ermittlungen gegen aktuelle Regierungsführer und gegen Maidan-Scharfschützen. Im Gegenteil, sein persönliches und politisches Interesse besteht darin, die offizielle Erzählung und den vorherrschenden Maidan-Mythos über das Massaker zu erhalten und voranzutreiben. *Welche wichtigen Erkenntnisse hat die Gerichtsverhandlung zum Maidan-Massaker bisher hervorgebracht?*

Der Prozess untersuchte bisher nur die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Beweise. Er hat aber trotzdem bereits Zeugenaussagen von mindestens 25 der 66 verletzten Maidan-Demonstranten hervorgebracht, für deren Verwundung Berkut-Polizisten angeklagt werden. Diese sagten, dass sie aus Gebäuden oder Bereichen beschossen wurden, die vom Maidan kontrolliert wurden.

Es kam im Prozess zu weiteren 30 Zeugenaussagen verwundeter Protestierender, die sagten, dass sie Scharfschützen an diesen Orten gesehen haben oder von anderen Demonstranten darüber informiert wurden. Ich habe diese Aussagen mit englischen Untertiteln in einem Online-Video-Anhang in meiner Studie zusammengeführt. Sie stehen im Einklang mit den Aussagen zahlreicher Zeugen dieses Prozesses und mit anderen Untersuchungsergebnissen. Ich habe auch Zeugenaussagen im Online-Videoanhang auf YouTube [7] für meine Multimedia-Präsentation [8] auf Konferenzen kürzlich in den USA und in Schweden zusammengestellt. Seit dem vergangenen September gab es jedoch noch viele weitere solcher Zeugenaussagen, obwohl beim Prozess bisher nur Zeugen der Strafverfolgung und Angehörige getöteter Demonstranten angehört wurden.

Der Gerichtsprozess enthüllte auch Ergebnisse forensischer medizinischer und ballistischer Untersuchungen. Sie zeigen, dass auf die Mehrheit der Demonstranten am 20. Februar von oben, von der Seite und von hinten geschossen wurde, als sie gegen die Berkut-Polizisten vorrückten, die sich auf gleicher Höhe vor ihnen (hinter einer Straßenbarrikade aus Fahrzeugen) befanden. Dies ist der forensische

Ausschnitt aus den Aufnahmen des belgischen Senders VRT vom 20. Februar 2014 [9]: Vorrückende Maidankämpfer drehen sich nach Schüssen von hinten um und zeigen auf Schützen im Hotel Ukraina. Bild: VRT/Ivan Katchanovski.

Schlüsselbeweis dafür, dass Demonstranten von Scharfschützen aus Maidan kontrollierten Gebäuden im Rücken und aus seitlichen Richtungen erschossen wurden und dass Berkut sie nicht getötet hat.

Bei einer gerichtsmedizinischen Untersuchung, die Experten des Regierungsinstituts zur Anklageerhebung mit Hilfe eines automatischen, computergestützten IBIS-TAIS-Systems im Januar 2015 durchgeführt haben, stellte man fest, dass die Kugeln, die getöteten Demonstranten, Bäumen und Hotelzimmern entnommen wurden, nicht mit den Kugeln der polizeilichen Datenbank übereinstimmten. In dieser Datenbank waren alle Kugelproben der Kalaschnikow-Sturmgewehre – Kaliber 7.62x39 – des gesamten Kiewer Berkut-Regiments, einschließlich der angeklagten Berkut-Polizisten gespeichert.

Die Ergebnisse dieser computerbasierten Untersuchung und die Ergebnisse von rund 40 weiteren ballistischen Untersuchungen, die am Ende der Ermittlungen manuell durchgeführt wurden, wurden jedoch zurückgenommen. Keiner der ballistischen Experten konnte das erklären. Vor zwei Jahren wurde im Prozess eine neue ballistische Untersuchung angeordnet. Diese hat jedoch noch immer nicht begonnen. Das deutet darauf hin, dass sie befürchten, dass sogar die ballistischen Experten der Regierung zeigen würden, dass diese Rücknahme fingiert war.

Die gesamte Aufnahme des belgischen Senders VRT-News wurde im Gerichtsprozess gezeigt. Sie zeigte, dass Maidan-Demonstranten von einigen anderen Demonstranten an den Ort des Massakers gelockt wurden und dass sie brüllten, sie hätten Scharfschützen im Hotel Ukraina gesehen, die andere Maidan-Demonstranten erschossen. Einige zeigten auf die Schützen und nachdem eine Kugel knapp neben ihnen in einem Baum einschlug, riefen sie den Schützen zu, nicht zu feuern. Diese wichtigen Videosegmente wurden nur einer kleinen Anzahl von Leuten in der Verhandlung gezeigt, und ich habe sie in meinen Online-Videoanhang auf YouTube [9] aufgenommen, nachdem ich das Video vom belgischen Fernsehen erhalten hatte.

Andere Teile dieser Aufnahmen wurden einem Millionenpublikum in vielen Ländern gezeigt als Beweis dafür, dass Regierungstruppen die Maidan-Demonstranten massakriert haben. Tatsächlich zeigte sich das Gegenteil, dass in diesem vom Maidan kontrollierten Gebäude Scharfschützen waren, die Maidan-Demonstranten erschossen.

In der New York Times erschien eine Dokumentation, die den Tod von drei Opfern des Massakers rekonstruierte. Dieser Beitrag betonte, dass diese drei Opfer von Polizisten erschossen wurden. Was sagen Sie zu dieser Doku?

Als Wissenschaftler, der sich mit dem Massaker befasst, war ich überrascht, dass die NYT eine derart krasse Manipulation von Daten veröffentlicht. Die Schusswunden der getöteten Maidan-Demonstranten in diesem 3D-Modell stimmen nicht mit den Schusswunden der forensischen medizinischen Berichte überein, die in dieser Simulation verwendet wurden, um die Standorte der Schützen zu bestimmen und in ukrainischer und englischer Sprache auf der verlinkten Website [10] veröffentlicht wurden. Laut diesen Berichten wurde Ihor Dmytriv in der „rechten Seitenfläche“ und der „linken Seitenfläche“ getroffen. Der Schusskanal in seinem Körper verlief „von rechts nach links, von oben nach unten und leicht von vorne nach hinten“, wobei die Eintrittswunde 20 Zentimeter höher liegt als die Austrittswunde.

In der Simulation wurden seine Wunden jedoch nach vorne und hinten verschoben und nahezu horizontal gemacht. Die Schusswunden der beiden anderen Opfer wurden ähnlich verändert. Ich habe ihre tatsächlichen und falsch dargestellten Wundstellen in Bildern [11]gezeigt, die ich auf der APSA-Jahrestagung im vergangenen August in Boston vorgestellt hatte, sowie in einem langen Artikel, den ich gerade den US-Medien vorgelegt habe. Das Ändern der Wunden macht die gesamte Rekonstruktion und damit die Schlussfolgerungen des NYT-Artikels ungültig.

ZDF filmt Schützen

Wie schätzen Sie die Berichterstattung der großen nordamerikanischen Medien zu dem Massaker und den Ermittlungen insgesamt ein?

Die Berichterstattung über das Maidan-Massaker durch die Mainstream-Medien in den USA und Kanada beinhaltet eine grobe Falschdarstellung. Diese geschieht, indem Fake News über das Massaker veröffentlicht werden und keine wichtigen Enthüllungen über Maidan-Scharfschützen, die Beteiligung der Maidan-Führung und die Vertuschung und Behinderung der Ermittlungen gemeldet werden. Im Gegensatz zu vielen Interviews und Veröffentlichungen in amerikanischen und kanadischen Medien über meine Forschung zu anderen Themen wird über meine Forschung zum Maidan-Massaker nicht berichtet, obwohl meine Untersuchungen auf den wichtigsten wissenschaftlichen Konferenzen dieses Umfeldes präsentiert und von einem führenden wissenschaftlichen Verlag veröffentlicht wurden.

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 13:00 Uhr

Die Berichterstattung über postkommunistische Länder, insbesondere die Ukraine, durch amerikanische und kanadische Medien ist ein weiterer Bereich meiner Forschung. Das Maidan-Massaker wird aus politischen Gründen falsch dargestellt, denn die Ukraine ist ein US-amerikanischer Klientelstaat. Kein großer US-Politiker wirft das Massaker als Thema auf, und die Berichterstattung in den Medien folgt häufig den von der heimischen politischen Elite produzierten Erzählungen.

Deutsche Journalisten, vor allem die Osteuropa-Korrespondenten der ARD, glauben bis heute nicht [12], dass es Schützen im Hotel Ukraina und anderen Maidan-Gebäuden gegeben hat. Dabei hatte das ZDF sogar selbst solche Schützen gefilmt, die das ZDF-Zimmer gestürmt hatten. Das ARD-Zimmer wiederum wurde aus Richtung des Maidan beschossen. Was sagen Sie zu dieser Realitätsverweigerung der Journalisten?

Das ist einfach nur erstaunlich aber auch aufschlussreich, was den Stand der Berichterstattung über das Maidan-Massaker betrifft und was den Zustand der Mainstream-Medien und ihrer politischen Vorurteile betrifft. Die Sichtprüfungen von Einschusslöchern durch Regierungsermittler bestätigten meine Untersuchungsergebnisse, dass ARD-Journalisten in Zimmern auf zwei Etagen des Hotels Ukraina aus Richtung des Hauptpostamts und des Konservatoriums beschossen wurden. Das Postamt war zu dieser Zeit der Hauptsitz des Rechten Sektors. Das Musikkonservatorium war Hauptsitz der rechtsgerichteten, speziell bewaffneten Maidan-Selbstverteidigungstruppe.

Ich habe vor kurzem die Schüsse auf Demonstranten und Journalisten auf dem Maidan visuell rekonstruiert. [13] Diese zeigt auch mithilfe forensischer Untersuchungsberichte von Regierungsermittlern, mit Videos, mit Fotos sowie mit Social-Media-Berichten von Journalisten, dass Medienvertreter von ABC (USA), ABC (Australien), Associate Press, BBC, Sky News, RT und TVP im Hotel Ukraina von Scharfschützen aus anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden beschossen wurden. [14]

Die visuelle Rekonstruktion zeigt zudem, dass die Polizei – Berkut und Omega – in der Regel über die Demonstranten hinweg in die zweiten und höheren Etagen des Hotels Ukraina und in elektrische Masten, einen Blumenkasten und Bäume schoss. Sie zeigt auch, dass Polizisten die Maidan-Demonstranten nicht ins Visier nahmen, denn Einschusslöcher im ersten Stock des Hotels Ukraina fehlen, das sich hinter mehreren Dutzend Demonstranten befand, die in diesem Bereich getötet und verwundet wurden. Synchronisierte Videos zeigen, dass sich Maidan-Demonstranten in der Massaker-Zone für die Berkut-Polizei in einem toten Winkel befanden.

In Deutschland hat der Fall des lügenden Journalisten Claas Relotius für Aufsehen gesorgt. Sie haben darauf hingewiesen, dass Relotius auch Falschmeldungen über das Maidan-Massaker produzierte. Worum ging es da?

Der preisgekrönte Journalist veröffentlichte [15] Fake News darüber, dass ein Vater mit einem Kind im Arm während des Maidan-Massakers von einem Scharfschützen erschossen wurde und dutzende Demonstranten von Scharfschützen in der Nähe einer Mauer getötet wurden, die von Panzern des Militärs zerstört wurde. Das ist eine krasse Fälschung, da kein Vater mit einem Kind erschossen wurde, es keine solche Mauer und auf dem Maidan auch überhaupt keine Panzer gab.

Wie sieht heute die öffentliche Meinung und Berichterstattung in der Ukraine zu dem Massenmord aus?

Ich habe keine Kenntnis von jüngsten Meinungsumfragen in der Ukraine bezüglich des Massakers. Viele Menschen verlassen sich bei ihren Informationen und Nachrichten auf das Fernsehen und andere Medien. Alle großen nationalen Fernsehsender und fast alle anderen Medien müssen jetzt den Erzählungen der Regierung über das Massaker von Maidan und vom Krieg im Donbass folgen oder es drohen Schließungen, Geldbußen oder Vergeltungsmaßnahmen gegen ihre oligarchischen Eigentümer. Ich habe in den vergangenen Jahren einige Interviews in bekannten Fernsehsendern zu meinen Nachforschungen zu diesem Massenmord gegeben. In diesem Jahr stimmte die Berichterstattung der Sender über das Massaker und andere Themen jedoch mehr mit der offiziellen Erzählung überein.

Quellen:

[1] Ivan Katchanovski, Youtube playlist, *<https://www.youtube.com/playlist?list=PLKMoq61IN02VsItd-uIZKtJ-KrPxA4z1Q8>*

[2] Ivan Katchanovski „The ‚Snipers' Massacre' on the Maidan in Ukraine" 9. September 2015 *<https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2658245>*

[3] Ivan Katchanovski „The Maidan Massacre in Ukraine: Revelations from Trials and Government Investigations", 30. Juni 2017 *<https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2994347>*

[4] J. L. Black, Michael Johns (Hsg.) „The Return of the Cold War - Ukraine, The West and Russia" **‹https://www.routledge.com/The-Return-of-the-Cold-War-Ukraine-The-West-and-Russia-1st-Edition/Black-Johns/p/book/9781138924093›**

[5] Als „Himmlische Hundertschaft" (Nebessna Sotnja) werden in der Ukraine die rund 100 toten Maidankämpfer und -demonstranten bezeichnet, die in den Straßenschlachten auf dem Maidan in Kiew aber auch in anderen Landesteilen getötet wurden. Die Maidanarmee Samoborona war paramilitärisch in Hundertschaften (Sotnjas) gegliedert. Die Polizei unter Janukowitsch galt der Maidanbewegung als Gegner beziehungsweise Mörder der Himmlischen Hundertschaft, so dass es ein propagandistisch bemerkenswerter Schritt ist, die durch Maidankämpfer getöteten Polizisten ebenfalls zur Himmlischen Hundertschaft und damit direkt zu den Opfern Janukowitschs zu zählen.

[6] Der damalige US-Vizepräsident Biden erzählte dies selbst in Washington auf einer Veranstaltung des Council on Foreign Relations im Januar 2018. Er habe mit der Blockade eines anstehenden IWF-Milliarden-Kredits für Kiew gedroht, wenn Schokin nicht innerhalb von sechs Stunden (!) entlassen werde. Wörtlich sagte er: „I said, nah, I'm not going to -- or, we're not going to give you the billion dollars. They said, you have no authority. You're not the president. The president said -- I said, call him. I said, I'm telling you, you're not getting the billion dollars. I'm going to be leaving here in, I think it was about six hours. I looked at them and said: I'm leaving in six hours. If the prosecutor is not fired, you're not getting the money. Well, son of a bitch. He got fired. And they put in place someone who was solid at the time."auf Bloomberg Opinion, 25.Januar 2018 *<https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2018-01-25/how-ukraine-s-president-fooled-joe-biden>*

[7] Ivan Katchanovski „Maidan Massacre Trial & Investigation Testimonies about Snipers by 43 Wounded Maidan Protesters" *<https://www.youtube.com/watch?v=97YKYN3JZ9c>*

[8] Ivan Katchanovski „The Maidan Massacre in Ukraine: Revelations from Trials and Investigations" *<https://apsa2018-apsa.ipostersessions.com/default.aspx?s=BE-A7-7C-A2-1B-56-0C-9E-48-D5-D8-80-27-5D-F6-17>*

[9] Ivan Katchanovski „Shooting of Maidan Protesters from Maidan-Controlled Locations (2018)" *<https://www.youtube.com/watch?v=aHok-Df7kYs>*

[10] „Euromaidan Event Reconstuction" *<http://maidan.situplatform.com/>*

[11] Ivan Katchanovski „The Maidan Massacre in Ukraine: Revelations from Trials and Investigations" *<https://apsa2018-apsa.ipostersessions.com/default.aspx?s=BE-A7-7C-A2-1B-56-0C-9E-48-D5-D8-80-27-5D-F6-17>*

[12] Stefan Korinth, „Propaganda statt Journalismus", Rubikon, 23. März 2018 um 14:31 Uhr [12]*<https://www.rubikon.news/artikel/propaganda-statt-journalismus>*

[13] Ivan Katchanovski „The Visual Reconstruction of Shooting at Maidan Protesters and Western, Polish, and Russian Journalists during the Maidan Massacre in Ukraine" *<https://www.academia.*

edu/38383292/The_Visual_Reconstruction_of_Shooting_at_Maidan_Protesters_and_Western_Polish_and_Russian_Journalists_during_the_Maidan_Massacre_in_Ukraine>

[14] Ivan Katchanovski „Shooting at Western, Polish, and Russian Journalists during the Maidan Massacre in Ukraine" *<https://www.youtube.com/watch?v=bpFCaFzsDB4>*

[15] Claas Relotius, „Bestechen verboten" *<https://reportagen.com/content/bestechen-verboten>*

[16] Anatolii Hrytsenko in *„Гриценко: Одна из причин, почему расстрел Небесной сотни не расследован до конца, – у кого-то рыло в пуху из тех, кто сейчас при власти" <https://gordonua.com/news/politics/gricenko-odna-iz-prichin-pochemu-rasstrel-nebesnoy-sotni-ne-rassledovan-do-konca-u-kogo-to-rylo-v-puhu-iz-teh-kto-seychas-pri-vlasti-705668.html>*

[17] „UPDATE/Public Prosecutor's Office decides initiation of prosecution against former president Iliescu in Revolution case" *<https://www.agerpres.ro/english/2018/12/21/update-public-prosecutor-s-office-decides-initiation-of-prosecution-against-former-president-iliescu-in-revolution-case--232082>*

[18] Leonid Krawtschuk, *„У Кравчука была информация об убийстве Януковича – адвокат" <https://vesti-ukr.com/politika/297639-u-kravchuka-byla-informatsija-ob-ubijstve-janukovicha-advokat>*

[19] Hintergrund-Analyse: CIA-Proxy-War in der Ukraine seit 1945: *<www.free21.org/?p=19955>*

Im Interview: Ivan Katchanovski

stammt aus der westukrainischen Stadt Luzk, lebt aber seit mehr als 20 Jahren in Nordamerika. Der Universitätslehrer ist kanadischer Staatsbürger. Er promovierte an der George-Mason-Universität in Fairfax (Virginia) bei Washington und hatte später Forschungs- und Lehraufträge unter anderem in Toronto und Harvard. Derzeit lehrt er Politikwissenschaften an der School of Political Studies (Universität Ottawa). Seit dem Massaker auf dem Maidan sammelt er alle öffentlich zugänglichen Materialien zu dem Blutbad und wertet diese in einer ständig aktualisierten Studie aus.

Dieser Text wurde zuerst am 20. Februar 2019 um 15:00 Uhr veröffentlicht auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/sabotierte-untersuchungen› Lizenz:Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p= 31744›

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass sich die Situation in der Ukraine in gewissem Maße ändert, weil Poroschenko möglicherweise die Präsidentschaftswahlen im März verliert. Aus diesem Grund gibt es in letzter Zeit einige Anzeichen für mehr Offenheit in Bezug auf das Maidan-Massaker. Anatolii Hrytsenko, einer der führenden ukrainischen Präsidentschaftskandidaten, der auch ein Maidan-Politiker und Verteidigungsminister war, erklärte kürzlich in einem Interview [16], dass die Ermittlungen gegen das Maidan-Massaker wegen der Beteiligung eines Angehörigen der derzeitigen ukrainischen Führung eingestellt werden. Mein fast einstündiges Interview zu meinen Recherchen zu diesem Thema wurde vor einigen Tagen von einem Fernsehsender in Luzk in der Westukraine übertragen.

Parallelen zu anderen Ländern

Zum Abschluss: Sie haben auch schon auf Parallelen zum Maidan-Massaker in anderen Ländern wie Venezuela oder Rumänien verwiesen. Können Sie das kurz näher erläutern?

Es gibt einige Parallelen zwischen dem Massaker vom Maidan im Jahr 2014 und dem Massaker der Llaguno-Brücke während des von den USA unterstützten Putschversuchs gegen die Regierung von Venezuela im Jahr 2002 und den Massakern in Rumänien nach dem Sturz Ceausescus im Jahr 1989. Eine Dokumentation und das Buch eines ehemaligen Korrespondenten von Associated Press in Venezuela und ein irischer TV-Dokumentarfilm legen nahe, dass nicht identifizierte Scharfschützen in Hotels und anderen Gebäuden sowohl auf regierungsfeindliche als auch auf regierungsnahe Demonstranten und auch auf die Polizei geschossen haben, nachdem Oppositionsführer eine große Demonstration in die Nähe des Präsidentenpalasts von Chavez gelenkt hatten.

Wie im Fall des Maidan-Massakers behaupteten die oppositionellen venezolanischen Medien, die westlichen Medien und die westlichen Regierungen sofort, dass die Demonstranten von Chávez-Anhängern, die von einer Brücke schossen, massakriert wurden. Angesprochene Dokumentationen und das Buch des AP-Reporters deuten jedoch darauf hin, dass die Anhänger von Chavez mit ihren Handfeuerwaffen schossen, nachdem sie von unbekannten Scharfschützen in nahe gelegenen Gebäuden und von der örtlichen Polizei beschossen worden waren. Die Identität dieser Scharfschützen bleibt unbekannt. Wie im Fall des Massakers vom Maidan, spielten nicht Massenproteste die entscheidende Rolle beim Sturz der Regierung, sondern das Massaker.

In Rumänien wurden im vergangenen Jahr der ehemalige Präsident und drei andere Führer der „Revolution" von 1989 unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt [17], nachdem sie die Macht ergriffen hatten, um Massenmorde unter falscher Flagge zu provozieren, die 863 Tote forderten. In den Anklagen der Staatsanwaltschaft heißt es, dass sie solche orchestrierten Tötungen und andere Gewalttaten eingesetzt haben, um ihre Macht zu legitimieren und Ceausescu für diese Massenmorde in einem Scheinprozess zu exekutieren, an dessen Durchführung sie beteiligt waren. Diese und andere Führer der neuen rumänischen Regierung und der militärischen Befehlshaber provozierten im Grunde die Ermordung von Anhängern der neuen Regierung durch andere Anhänger der neuen Regierung, einschließlich des Militärs, indem sie unter anderem falsche Informationen verbreiteten wie etwa, dass Ceausescu treue Scharfschützen die Anhänger der neuen Regierung töten.

Und es gibt noch eine weitere interessante Parallele zu Rumänien: Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine, hat kürzlich bekannt gegeben [18], dass er Informationen besitzt über einen Plan mit dem Decknamen „Ceausescu". Diesem Plan zufolge sollte auch Viktor Janukowitsch während des Massakers von Maidan ermordet werden. Und auch das passt zu Zeugenaussagen und anderen Beweisen, die im Gerichtsprozess offen gelegt wurden.

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 13:00 Uhr

Euromaidan in Kiew am 1. Dezember 2013. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Euromaidan_Kyiv_1-12-13_by_Gnatoush_005.jpg, Foto: Nessa Gnatoush, Lizenz: CC BY 2.0.

Kampagnenjournalismus bei **Maidanprotesten**

Macht es einen Unterschied, ob Medien [1] von „Terroristen" oder „moderaten Rebellen" sprechen? Macht es einen Unterschied, ob Journalisten von „oppositionellen Ukrainern" oder feindlichen „Pro-Russen" sprechen? Natürlich. Begriffe wie diese erzeugen Bilder in den Köpfen der Mediennutzer und eignen sich, das Denken in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen [2]. Im Interview mit den NachDenkSeiten zeigt der Autor und Journalist Mathias Bröckers [3] auf, mit welch einer manipulativen Sprache Mediennutzer bei der Syrien- und Russlandberichterstattung konfrontiert werden.

von Marcus Klöckner

Gerade hat Bröckers seinen Bestseller „Wir sind die Guten" aus dem Jahr 2014 in aktualisierter Form veröffentlicht. Darin setzen sich Bröckers und sein Mitautor Paul Schreyer auch mit dem Verhalten der Medien im Umgang mit Russland auseinander. Anlass, von dem Autor zu erfahren, wie er die Berichterstattung der vergangenen fünf Jahre in Sachen Russland wahrgenommen hat.

Herr Bröckers, der Konflikt zwischen dem Westen und Russland hat sich seit Beginn der Ukraine-Krise zugespitzt. Was ist Ihre Beobachtung: Welche Rolle spielen dabei die Medien?

Die un-journalistische und unheilvolle Einseitigkeit der Großmedien in diesem Konflikt war ja der ursprüngliche Auslöser für dieses Buch. Repräsentative Umfragen zeigten schon im Sommer 2014, dass sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in Sachen Ukraine einseitig oder schlecht informiert fühlten. Und das lag nicht daran, dass sie irgendwelchen „Feindsendern" gelauscht oder ominösen „russischen Trollen" auf den Leim gegangen waren, sie hatten vielmehr ARD, ZDF und unsere sogenannte „Qualitätspresse" konsumiert. Ihre Verunsicherung war ihnen nicht im Rahmen „hybrider Kriegsführung" vom Kreml eingepflanzt worden, sie durchschauten vielmehr den Schwarz-Weiß-Film vom guten Westen und bösen Russen, der ihnen von „Tagesschau" und „heute journal" als Realität angebo-

ten wurde, als plumpe Inszenierung. Der Permanenz und Penetranz, mit dem die Parole „Wir sind die Guten“ verbreitet wurde, verdankte unser Buch dann auch seinen Titel – und weil es damit in den vergangenen fünf Jahren nicht aufgehört hat, heißt die erweiterte Neuausgabe jetzt „Wir sind immer die Guten“. Mittlerweile ist Putin ja an allem schuld. Vom Wahlsieg Donald Trumps bis zum Wetter. Als vor Kurzem in einigen Regionen der USA sehr niedrige Temperaturgrade gemessen wurden, kommentierte die bekannte Sprecherin Rachel Meadows die Wetterkarte auf MSNBC mit den Worten: „Und jetzt stellen sie sich vor: Die Russen könnten unser Stromnetz angreifen!“ In den Vereinigten Staaten herrscht mittlerweile eine von den Medien geschürte Hysterie, die fatal an die McCarthy-Ära erinnert, als man unter jedem Bett Kommunisten fürchtete. Und bei uns ist es nicht viel besser – gerade insinuierte etwa Angela Merkel auf der Sicherheitskonferenz im Zusammenhang mit Russland, dass der Klimastreik von Schülern ein Produkt „hybrider Kriegsführung” [4] sei.

Lassen Sie uns die Rolle der Medien genauer analysieren. Gehen wir an den Anfang des Konfliktes. Was fällt Ihnen dabei auf?

Vom Beginn der Maidan-Proteste an waren die westlichen Medien Partei und betrieben statt neutraler Berichterstattung Kampagnenjournalismus. Mit dem gewaltsamen Regierungswechsel in Kiew schalteten sie dann komplett in den Kriegsmodus. Die „Tagesschau“ berichtete zum Beispiel damals, dass russische Truppen in der Ost-Ukraine einmarschiert seien und zeigte dazu Bilder und Filmaufnahmen von Panzerkolonnen. Ein solcher Einmarsch hatte aber gar nicht stattgefunden und die Panzeraufnahmen stammten aus dem Archiv. Als ich den „Tagesschau“-Chef Gniffke bei einer Radiodiskussion darauf ansprach, gab er die falschen Bilder zwar zu, wiegelte aber ab, dass solche Fehler in der Eile der Berichterstattung ja mal vorkommen könnten. Es handelte sich dabei aber keineswegs um Schlamperei, sondern kam mehrfach an verschiedenen Tagen und mit verschiedenen Bildern vor, es hatte System. Das ließ sich dann auch an den Begriffen, dem „Wording“ erkennen, das dann überall Anwendung fand.

Fronttransparent der FridaysForFuture Demonstration am 25. Januar 2019 in Berlin. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Front_banner_of_the_Fridays-ForFuture_ Demonstration_25-01-2019_ Berlin_18.jpg, Foto: Leonhard Lenz, Lizenz: CC0 1.0.

Kurz: Was ist Wording?

Die Besetzung bestimmter Begriffe, mit dem die Konfliktparteien bezeichnet werden. Es macht ja einen Unterschied, ob etwa ein Regierungschef „Präsident“ oder „Machthaber“ genannt oder ob von „Terroristen“ oder von „Freiheitskämpfern“ berichtet wird, ob eine gewählte „Regierung“ gestürzt wird oder ein abscheuliches „Regime“. Mit diesen Begriffen [5] werden subtile Botschaften transportiert, die weniger an den rationalen, sondern an den emotionalen Verstand des Publikums gerichtet sind. Einen „Terroristen“ findet niemand gut und wenn solche – wie unlängst im Syrienkrieg die von Saudi-Arabien finanzierten Al-Qaida-Söldner – an unserer Seite kämpfen und jetzt zu den Guten gehören, obwohl sie vor Kurzem noch die ganz Bösen waren, braucht es schnell ein neues Wording. Das waren in diesem Fall dann die „moderaten Rebellen“.

Haben die Medien sich auch im Ukraine-Konflikt eines bestimmten Wordings bedient?

Ja. Es wurden zum Beispiel aus den Anhängern des gestürzten Präsidenten Janukowitsch quasi über Nacht „pro-russische Separatisten“. Es waren zwar, wie auch die Anhänger der gewaltsam installierten Übergangsregierung, ukrainische Bürgerinnen und Bürger und nur eine sehr kleine Minderheit wollte anfangs irgendeine Teilung der Ukraine, aber mit dem Wording wurden nun alle zu „Pro-Russen“. Die faschistoiden Milizen des „rechten Sektors“ wurden dann alsbald „Nationalgarde“ genannt und als Kiew militärisch gegen die eigenen Bürger im Osten vorging, übernahm die „Tagesschau“-Korrespondentin ungeniert das Wording der Regierung und sprach von „Anti-Terror-Operationen“. So wurden aus oppositionellen Ukrainern feindliche „Pro-Russen“ und gefährliche „Terroristen“ und allein mit Worten allesamt einem Reich des Bösen zugeschlagen. Es ist ein klassisches Verfahren zur Produktion von Feindbildern, eine seit Jahrhunderten bewährte Methode der Kirche der Angst, die im Zeitalter von Funk, Fernsehen und einer 24-Stunden-„News“-Berieselung neue Dimensionen hat. So ein Wort wirkt ja nicht, wenn es ein, zwei Mal verwendet wird. Aber in den Wiederholungsschleifen der Nachrichten wird es jede Stunde über Tage und Wochen penetriert und setzt sich in den Köpfen fest. Und wenig später kann die ARD dann ganz nüchtern melden, dass es sich bei der Flucht von tausenden Menschen aus der ostukrainischen Stadt Slawjansk, die schweren Luftangriffen und Artilleriebeschuss ausgesetzt war, um „die Vertreibung pro-russischer Separatisten“ handelt. Was zur gleichen Zeit in Syrien als schweres Kriegsverbrechen von Assad weltweit am Pranger steht, wird dank dieses Wordings zu einem Erfolg des regierenden Oligarchen Poroschenko umgemünzt.

In den Redaktionen sitzen erfahrene Journalisten. Die Redaktionen dürften wissen, dass es einen Unterschied gibt, ob man bei einem Konflikt von „Freiheitskämpfern“, „Separatisten“ oder „Terroristen“ spricht. Was meinen Sie, warum fällt das Wording so aus, wie sie es angeführt haben?

Carl Bernstein hatte nach der Watergate-Aufdeckung ja schon in den 1970er Jahren recherchiert, dass hunderte Journalisten in allen großen US-Medien Geheimdienst-Verbindungen haben und die sind seitdem mit Sicherheit nicht weniger geworden, auch nicht bei uns. Das ist für die Großmedien natürlich kein Thema und wenn dann in einer Kabarett-Sendung wie „Die Anstalt“ mal ein wenig Licht auf solche Verbindungen geworfen wird, sind diese als Journalisten getarnten Lobbyisten beleidigt und laufen zum Gericht.

Der größte Teil der Nachrichten kommt ja aus den Tickern einer Handvoll gro-

Publiziert auf Free21 am 31.03.2019, 6:00 Uhr

ßer Agenturen und wird dann von Medien weiterverarbeitet und präsentiert, die auch wiederum privaten Konzernen gehören. Und Sprachregelungen, das Wording, wird bei solchen Themen in der Regel von oben vorgegeben. Wenn DPA und AP dann von „moderaten Rebellen" sprechen und auch der Ressortleiter, …

… dann?

… wird sich der kleine Redakteur mit dem Hinweis nicht durchsetzen, dass es sich bei diesen Typen nach allem Anschein doch um „islamistische Terroristen" handelt. Es geht nicht um Fakten, es geht um die Erzählung. Es geht um den Rahmen, in den die Nachrichten verpackt werden oder – um noch einen Begriff aus der Werbung zu benutzen – das „Framing". Und für die Schubladen – „Gut" oder „Böse" – ist dann das Wording entscheidend. Wenn das in die Agenda passt, sind die Fakten völlig zweitrangig, wie der jüngste Skandal beim „Spiegel" und den Relotius-Medien ja wieder einmal sehr schön zeigt. Und im Falle der Ukraine waren diese Medien eindeutig Kriegspartei und betrieben Propaganda – natürlich für die Demokratie und die Werte: Wir sind immer die Guten! Und dazu gehört, dass wir die Bösen identifizieren, dass wir Feindbilder aufbauen.

Es geht um den Aufbau eines Feindbildes? Warum sollten Medien ein Feindbild aufbauen wollen?

Sehen Sie sich doch die Titel von „Spiegel" bis „Bild" zu Russland aus den letzten fünf Jahren mal an oder den entsetzten ZDF-Onkel Claus Kleber [6], weil der Siemens-Chef in Moskau mit dem Leibhaftigen persönlich – Putin! – gesprochen [7] hatte. Oder diese ganzen Stories von „russischen Hackern", die Hillary Clintons E-Mails geklaut, die Wahlen manipuliert und mit Trump eine „Marionette Putins" (Clinton) installiert hätten. Die ganze „Russiagate"-Nummer ist doch völlig grotesk: Es wurden 13 Russen angeklagt, die im Wahlkampf Facebook-Anzeigen geschaltet haben, die ein russischer Catering-Unternehmer bezahlt hat – das läuft nicht in der Augsburger Puppenkiste als „Putins Koch und die Wilde 13", sondern als Top-News nach zwei Jahren Sonderermittlung. Die „New York Times" fasst dann „Russiagate" in einem endlosen 10.000-Worte-Artikel

Münchner Sicherheitskonferenz 2015: Petro Poroschenko (Präsident der Ukraine), Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland), Joseph R. Biden Jr. (Vizepräsident, Vereinigte Staaten von Amerika). Quelle: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Poroschenko_Merkel_and_Biden_Security_ Conference_February_2015.jpg, Foto: Müller / MSC, Lizenz: CC BY 3.0 DE.

zusammen, um im vorletzten Absatz zu verstecken, dass es bisher „keine Beweise" für Absprachen oder gar Geldflüsse zwischen Trump und Putin gibt. Unbewiesen ist bis heute auch, wie und vom wem der Doppelagent Skripal und seine Tochter vergiftet worden sind, doch der „Spiegel" titelte schon im März „Todesgrüße aus Moskau". Wir haben die Neuauflage des Buchs um zwei Kapitel zu „Russiagate" und „Nowitschok" erweitert, weil hier die einseitige Agenda der Medien noch einmal sehr deutlich wird. Es geht nicht um Fakten, es geht um die vorherrschende Erzählung, um Geschichten vom aggressiven Russland und einem ultrabösen Putin.

Die Frage, warum das geschieht, lässt sich mit einem Blick auf die Rüstungsbudgets beantworten. Aus dem desaströsen sogenannten „war on terror" lässt sich nicht genügend Kapital schlagen, es braucht einen Großfeind, der dem militärisch-industriellen Komplex die Taschen füllt. Es soll aufgerüstet werden und dafür reichen als Drohkulisse ein paar islamistische Wickelmützen mit Kalaschnikows nicht mehr aus. Es braucht massive „äußere Bedrohungen" und wenn die nicht vorhanden sind – der Russe macht ja keinerlei Anstalten, uns anzugreifen – muss man sie an die Wand malen.

Mathias Bröckers, Paul Schreyer: Wir sind immer die Guten – Ansichten eines Putinverstehers oder wie der Kalte Krieg neu entfacht wird, Westendverlag, 224 Seiten, 18 Euro

Quellen:

[1] NachDenkSeiten, Jens Berger, „IALANA-Medientagung: Fundierte Medienkritik und Medienvertreter auf Tauchstation", am 31.01.2019, <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=42173*>

[2] **WeltNetz,** Albrecht Müller, „Krieg und Frieden in den Medien - IALANA Medientagung", am 27.01.2019, <*https://weltnetz.tv/video/1406-wie-koennen-wir-uns-gegen-eine-manipulation-unserer-einstellungen-ueberzeugungen-und*>

[3] **bröckers.com,** Johannes Bröckers, „Schnauze, Alexa!", am 18.03.2019, <*https://www.broeckers.com/*>

[4] **Heise,** Wolfgang Pomrehn, „Schulstreiks: Merkel sieht Russland am Werk", <*https://www.heise.de/tp/news/Schulstreiks-Merkel-sieht-Russland-am-Werk-4311139.html*> **am** 17.02.2019,

[5] **NachDenkSeiten,** Kurt Grietsch, „Journalisten schaffen durch ihre Sprache Freund- und Feindbilder", am 29.07.2018, <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=45186*>

[6] **NachDenkSeiten,** Albrecht Müller, „Ein Jobtausch zwischen Oliver Bierhoff und Claus Kleber täte unseren Medien gut, ob auch dem Fußball ist eine andere Frage.", am 04.12.2017, <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=41411*>

[7] **RT** Deutsch, Joe Kaeser, „Russland-Sanktionen: Deutsches Aushängeschild Siemens verzeichnet 50 Prozent Umsatzeinbruch", am 13.04.2015, <*https://deutsch.rt.com/16729/wirtschaft/deutsches-aushaengeschild-siemens-geht-in-russland-ein-umsatz-um-die-haelfte-eingebrochen/*>

Autor: Marcus Klöckner

studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik. Herrschafts- und Medienkritik kennzeichnen seine Arbeit als Autor und Journalist. Zuletzt erschienen von ihm die Bücher „Medienkritik: Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld" und „Wie Eliten Macht organisieren".

Dieser Text wurde zuerst am 22.02.2019 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=49515› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=31746›

Die Organisation Human Rights Watch (HRW) hat ihren jährlichen „Weltbericht“ vorgestellt. Darin nutzt HRW die Menschenrechte für Meinungsmache gegen Konkurrenten des Westens und misst mit zweierlei Maß.

von Tobias Riegel

Human Rights Watch: Menschenrechte und **Meinungsmache**

Der Tenor des diesjährigen „Weltberichts“ der Organisation Human Rights Watch deckt sich mit zentralen Aussagen der großen westlichen Medienkonzerne: „Wir“ sind die Guten, und wir müssen das erfolgreiche wirtschaftsliberale System gegen „Populisten“ verteidigen.

Zwar werden in den Berichten auch westliche Länder kritisiert – aber erheblich zögerlicher als etwa Russland, Syrien oder Venezuela. Und auch für den HRW-Bericht gilt das bekannte Prinzip: Wenn durch Gleichmacherei unterschiedliche Delikte auf eine Stufe gestellt werden, dann ist das für den schlimmeren Verursacher von Vorteil.

Zudem wird etwa zu Deutschland ausschließlich die Innenpolitik thematisiert, während andere Länder auch für ihre Außenpolitik gegeißelt werden, etwa Russland wegen Syrien und der Ukraine. Auch das ist vorteilhaft für den wirtschaftsliberalen Block. Denn es ist ein Wesenszug westlicher Politik: Viele der wirklich gravierenden Verbrechen werden – über geopolitische Kriege und aufgezwungene Handelsabkommen – ins Ausland verlagert. Wie sieht es also in jenen Ländern aus, wie wirken dort die westlichen Waffen, die westliche Geopolitik und die westlichen Handelsabkommen? Dieser Aspekt wird von HRW nicht angemessen aufgegriffen.

Human Rights Watch als Teil der westlichen Medienstrategie

Human Rights Watch wird durch diese Haltung Teil einer Medienstrategie, die „externe“ und angeblich „unabhängige“ Stimmen und Beurteilungen braucht, um sich besser zu verkaufen. Weitere Beispiele für diese Konstrukte sind mehr oder weniger eindeutig die Reporter Ohne Grenzen, die Syrische Stelle Für Menschenrechte oder Amnesty International.

Publiziert auf Free21 am 17.02.2019, 10:00 Uhr

Amnesty International lieferte vor einigen Jahren ein besonders offensichtliches Beispiel für Unterwanderung: So konnte Suzanne Nossel, eine Vertraute von Hillary Clinton, bis in den Vorstand von Amnesty USA vordringen, mutmaßlich um dort die Philosophie der „Responsibility To Protect“ zu unterstützen. Ein Gipfel der kriegerischen „Menschenrechts“-Propaganda durch Amnesty war sicher das Pro-NATO-Poster von 2012.

„Enge Beziehungen zur US-Regierung“

Auch Human Rights Watch kennt dieses Problem der versuchten Unterwanderung durch interessiertes Personal. Das haben die Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel und Mairead Maguire sowie über einhundert US-amerikanische und kanadische Akademiker 2014 in einem offenen Brief an HRW verdeutlicht: „Die engen Beziehungen der Organisation HRW mit der Regierung der Vereinigten Staaten stellen jedoch ihre Unabhängigkeit in Frage.

Tom Malinowski etwa, leitender Direktor von HRW in Washington, arbeitete zuvor als Sonderberater von Bill Clinton. Außerdem war er Redenschreiber von Außenministerin Madelaine Albright. Im Jahr 2013 trat er von seiner Stelle bei HRW zurück. Man hatte ihn für das Amt des Unterstaatssekretärs für die Themen Demokratie und Menschenrechte vorgeschlagen, wo er unter John Kerry tätig war.

Susan Manilow, Vizepräsidentin des Vorstandes von HRW, beschreibt sich selbst als eine „alte Freundin von Bill Clinton“. Sie sei „sehr engagiert“ in seiner Partei und habe in dutzenden von Veranstaltungen für das Nationalkomitee der Demokratischen Partei „als offizielle Gastgeberin fungiert“.

Gegenwärtig besteht das Beraterkomitee von „HRW Amerika“ aus Myles Frechette, früherer Botschafter der USA in Kolumbien, und Michael Shifter, früherer Direktor der „Nationalen Stiftung für die Demokratie“ (NED) in Lateinamerika, die von der US-Regierung finanziert wird. Miguel Diaz, Analytiker der CIA in den 1990er Jahren, arbeitete von 2003 bis 2011 als Berater der HRW-Amerikaabteilung. Heute ist Diaz im US-Außenministerium als „Vermittler zwischen der Geheimdienstgemeinde und den Experten aus Nichtregierungsorganisationen“ tätig.“

Eine Messe für John McCain

Ein jüngerer Moment der Wahrheit folgte nach dem Tod des berühmt-berüchtigten US-Politikers John McCain im letzten Sommer: Der Nachruf von HRW trieft nur so vor verdrehten Fakten:

„John S. McCain III (…) hinterließ eine starke Bilanz seines Engagements für die überparteiliche Förderung und Verteidigung der Menschenrechte in den Vereinigten Staaten und im Ausland. ‚Senator McCain war jahrzehntelang eine mitfühlende Stimme für die Außen- und Sicherheitspolitik der USA‘, sagte Sarah Margon, Washingtoner Direktorin bei Human Rights Watch. ‚Er war nie schüchtern, wenn es um sein Engagement für die Grundrechte ging, und konfrontierte häufig führende Politiker der Welt direkt mit ihrer Unterdrückung und ihrem Missbrauch.‘“

Deutschland bekommt ein „gutes Zeugnis“

Auch beim Thema Migration folgt HRW dem westlichen Mainstream und stellt den Komplex ganz oben auf die Tagesordnung. Zwei Drittel des aktuellen und unangemessen knappen HRW-Artikels zu Deutschland beschäftigen sich mit Asyl-Zahlen und dem behördlichen Umgang mit Zugewanderten. Die einzigen darüberhinaus erwähnten Menschenrechts-Probleme in Deutschland sind HRW zufolge einige Aspekte des Netzwerkdurchsetzungs-Gesetzes und die Befugnis des Bundesnachrichtendienstes, die Kommunikation von Ausländern überwachen zu dürfen. Etwas kryptisch ist der letzte Satz:

„Die deutschen Justizbehörden haben ihre Arbeit zur Untersuchung schwerer internationaler Verbrechen im Ausland, darunter in Syrien, fortgesetzt.“

In dieser nebulösen Aussage bündelt sich ein Teil der Heuchelei der HRW-Berichte: Denn hier ist mutmaßlich nicht gemeint,

Suzanne Nossel, stellvertretende Sekretärin, Bureau of International Organization Affairs 2009-2011, Exekutivdirektorin von Amnesty International USA ab 2012 . Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Suzanne_Nossel_US_State_Dept_photo.jpg, Foto: US Department of State, Lizenz: public domain.

dass Deutschland die völkerrechtswidrig in Syrien agierenden westlichen Militärs und ihre islamistischen Verbündeten „untersucht“. Stattdessen will HRW mit dem Satz wohl auf angebliche Giftgas- und „Fassbomben“-Attacken durch die syrische Regierung anspielen. Das ist problematisch, gelten einige Aussagen von HRW zu Syrien doch als mindestens fragwürdig. Auf diese mutmaßlichen „Fake-News“ der HRW wurde anschließend kriegerische Propaganda gegen Syrien und Russland aufgebaut.

Kriegs-Propaganda zu Syrien?

So etwa auf einen HRW-Bericht von 2017, der den Einsatz von Chemiewaffen z.B. im syrischen Chan Scheichun belegen soll. Dieser Bericht steht jedoch auf einem mutmaßlich unseriösen Fundament, wie RT schreibt:

„Zunächst einmal hat HRW keine Untersuchung vor Ort durchgeführt. Die US-Menschenrechtsorganisation verließ sich in ihrer Analyse auf Bildmaterial, dass sie von den mit Al-Kaida verbundenen

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

und vom Westen finanzierten Weißhelmen erhalten hatte – auch die wichtigsten in dem Bericht zu Wort kommenden Zeugen gehören der zweifelhaften Hilfsorganisation an."

In einem Bericht vom 24.2.15 behauptete HRW, dass die Assad-Regierung sogenannte Fassbomben gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt habe. Dazu veröffentlichte HRW Fotos einer vom Bürgerkrieg zerstörten Gegend. Die Beweisfotos, die die syrische Stadt Daraa zeigen sollen, zeigen aber laut Kritikern die Stadt Kobane.

Und bereits 2013 versuchte HRW die westliche Strategie gegen Syrien zu unterstützen, etwa indem die Institution UN-Resolutionen kritisierte und „Gerechtigkeit für die Giftgas-Opfer" forderte: „„Diese Resolution gewährleistet keine Gerechtigkeit für die Vergasung von Hunderten von Kindern und viele andere schwere Verbrechen', sagte Philippe Bolopion vom HRW.

Volle Breitseite gegen Russland: „Ein düsteres Jahr"

Ein aktueller HRW-Artikel zu Russland setzt den Tenor bereits in der Überschrift: „Russland: Ein düsteres Jahr für die Menschenrechte".HRW fährt fort: „Die russische Regierung hat den Raum für friedliche Meinungsverschiedenheiten, politische Opposition und Bürgerinitiativen in Russland im Jahr 2018 unerbittlich reduziert." Zudem würden viele „Menschenrechtsverteidiger, Bürgerrechtler, Anwälte, Oppositionsaktivisten und Durchschnittsbürger" einen „Preis dafür zahlen", dass sie sich nicht „an die politische Agenda der Regierung gehalten haben".

Der Länderbericht zu Russland des aktuellen „Weltberichts" skandalisiert auch dessen Außenpolitik, wovon etwa Deutschland wie gesagt verschont bleibt. Die unterschiedliche Gewichtung von Verbrechen äußert sich auch in unterschiedlichen Längen: Der deutsche Artikel fasst knapp 4000 Zeichen, der zu Russland knapp 20.000 Zeichen.

Die nochmals kommunizierte HRW-Haltung zu Syrien und Russland kennt man aus den großen westlichen Medien: „Russland spielte neben der syrischen Regierung weiterhin eine wichtige militärische Rolle bei Offensiven in regierungsfeindlichen Gebieten, bei denen Schulen, Krankenhäuser und zivile Infrastrukturen unterschiedslos angegriffen wurden. Die syrisch-russische Militäraktion zur Wiedereinnahme Ost-Ghoutas im Februar beinhaltete den Einsatz von international verbotener Streumunition sowie von Brandwaffen, deren Einsatz in bewohnten Gebieten durch das Völkerrecht eingeschränkt ist."

Von „Autokraten" und einer syrischen „Opposition"

Und auch ein allgemeiner HRW-Essay zum „Weltbericht" stellt Fakten auf den Kopf und spricht etwa in Syrien von „Oppositionsgebieten", die bekriegt werden: „Dank der Zurückhaltung der Autokraten beim Schutz der Menschenrechte konnten Gewaltherrscher leichter mit Massengräueln davonkommen. Dies galt für Syriens Krieg gegen die Zivilbevölkerung in den Oppositionsgebieten (…).

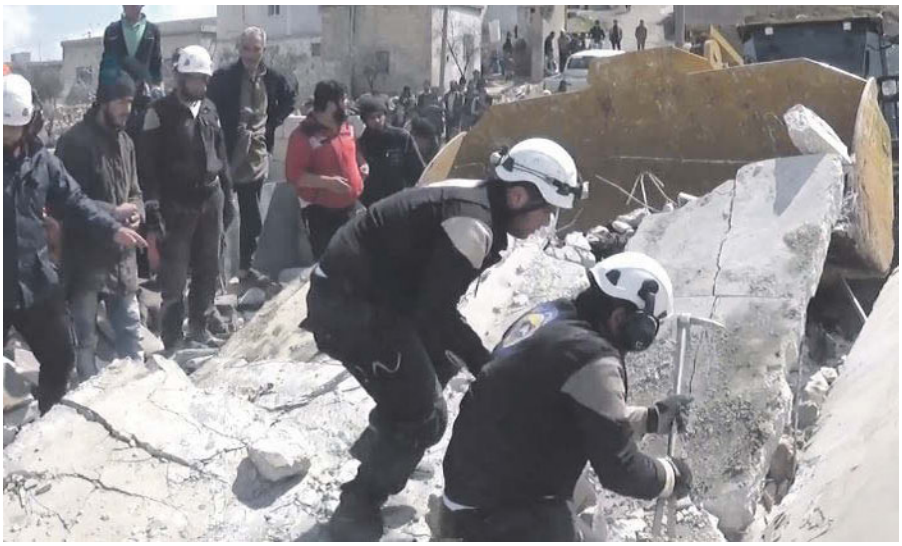
Einige Stellen des Länderberichts zu Russland könnten in ihrer tendenziösen Machart direkt von einer britischen oder US-amerikanischen Behörde stammen:

„Russland nutzte weiterhin sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, um die Rechenschaftspflicht für syrische Verbrechen zu blockieren. Nach einem Chemiewaffenangriff auf Douma, bei dem im April Dutzende von Menschen getötet wurden, hat Russland gegen eine UN-Resolution gestimmt, um eine neue Untersuchung über den Einsatz chemischer Waffen in Syrien einzuleiten. Im Februar blockierte Russland eine UN-Resolution zur Festlegung eines Waffenstillstands und zur Genehmigung humanitärer Lieferungen in Ost-Ghouta. Zum Zeitpunkt des Schreibens hatte Russland sein Veto 12 Mal ausgeübt, um Syrien vor Verurteilung und internationalem Druck zu schützen, sechs davon im Bereich der Chemiewaffen."

Obsession mit Venezuela

Ein angesichts der Bedeutung des Landes übertrieben erscheinender Fokus des HRW liegt auf Venezuela. Nicht nur wird

Publiziert auf Free21 am 17.02.2019, 10:00 Uhr



Weiße Helme der sogenannten syrischen Zivilverteidigung in Kafrowaid, einem Dorf südlich von Idlib, am 21. März 2017 (Foto Screenshot aus Video von Qasioun News Agency, wikimedia, CC BY-SA 4.0) – White helmets of the so-called Syrian civil defence in Kafrowaid, a village south of Idlib, on 21 March 2017 (photo screenshot from video by Qasioun News Agency, wikimedia, CC BY-SA 4.0)

das Land prominent in der Einleitung skandalisiert. Auch der ausgedehnte Länderbericht zeichnet ein Bild des Horrors, ohne mit einem Wort auf den militanten Charakter der „Opposition" einzugehen (etwa von Leopoldo López) oder den Wirtschaftskrieg gegen das Land zu thematisieren:

„Im Mai gewann Präsident Nicolás Maduro die Präsidentschaftswahlen gegen eine Opposition, die durch jahrelange Unterdrückung der Regierung (…) stark geschwächt wurde. (…) Die Regierung unterdrückt den Dissens durch oft gewalttätige Razzien gegen Straßenproteste, inhaftiert Gegner und verfolgt Zivilisten vor Militärgerichten. (…) Zum Zeitpunkt des Schreibens verbüßte der Oppositionsführer Leopoldo López trotz fehlender glaubwürdiger Beweise gegen ihn während einer Demonstration in Caracas im Februar 2014 eine 13-jährige Haftstrafe wegen Anstiftung zur Gewalt. (…) Seit mehr als einem Jahrzehnt hat die Regierung ihre Macht zur Regulierung der Medien erweitert und missbraucht und aggressiv daran gearbeitet, die Zahl der abweichenden Medien zu reduzieren."

Eine „Nachrichtenagentur" für „Menschenrechte"

In „Autokraten" wie Nicolás Maduro oder Wladimir Putin sieht HRW die tatsächliche Gefahr für die Menschenrechte – und nicht zuerst in den westlichen Militärmaschinen und Handelsabkommen. Das gibt HRW die Gelegenheit, (Zweck-)Optimismus zu verbreiten:

„Den Menschenrechtsverletzungen von Autokraten wird zunehmend Widerstand entgegengesetzt, so Human Rights Watch heute anlässlich der Veröffentlichung des World Report 2019. Innerhalb der Europäischen Union, bei den Vereinten Nationen und in der ganzen Welt drängen neue Staatenbündnisse, häufig mit Unterstützung durch Bürgerrechtsgruppen und Protestbewegungen, menschenrechtsfeindliche Populisten zurück."

Zwar hält sich das Medienecho auf den Bericht in Grenzen, aber langfristig wird damit Politik gemacht werden: Die Urteile des HRW sind nun „zitierbar" und können bei Bedarf gegen Konkurrenten eigesetzt werden, so wie die problematische „Rangliste" der Reporter Ohne Grenzen. HRW wirken insofern ähnlich wie Nachrichtenagenturen: Sie werden (bei Bedarf) in zahlreichen Medien identisch und ungeprüft wiedergegeben.

Autor: Tobias Riegel

ist Journalist und lebt und arbeitet in Berlin. Er hat für verschiedene Berliner Tageszeitungen gearbeitet, in den letzten Jahren vor allem für „neues deutschland" und „RT".

Dieser Text wurde zuerst am 18.01.2019 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=48529› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

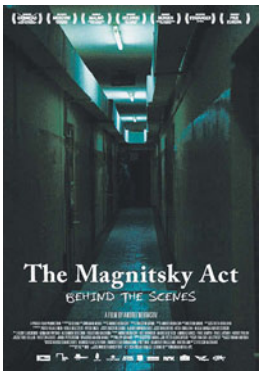
‹http://www.free21.org/?p=31525›

Von journalistischen Coups, unterschiedlichen **Blickwinkeln** und der Abscheu vor Lügen

Wenn von Russland und Pressefreiheit die Rede ist, geht es meist um die vermeintliche Behinderung regierungskritischer Berichterstattung durch den Kreml. Zum Thema gehört jedoch auch ein von arte und dem ZDF produzierter Dokumentarfilm über einen zu Tode gekommenen Anwalt, der als Begründung für die ersten US-Sanktionen gegen Russland herhalten musste; ein Film, dessen Ausstrahlung seit Jahren von der Anti-Russland-Lobby mit teils fragwürdigen Mitteln verhindert wird. Andrea Drescher hatte die Möglichkeit, für die NachDenkSeiten mit dem Regisseur und Filmemacher Andrej Nekrasov zu sprechen, der den Film „Der Fall Magnitzki" drehte.

von Andrea Drescher

Bild: Die Filmemacher und Grimmepreisträger Andrej Nekrasov (Foto: privat)



Das Filmcover der englischen Version.

> Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!
>
> **Bertolt Brecht**

Dieses Brecht-Zitat sollte allen Journalisten ins Stammbuch geschrieben sein. Journalismus bedeutet, zu berichten, was man sieht, nicht was man sehen möchte. Nicht jeder ist gleich ein Dummkopf, der nicht die ganze Wahrheit sieht. Jedes Sehen ist perspektivisches Sehen, geprägt durch den eigenen persönlichen Hintergrund. Aber insbesondere Journalisten müssen alles daransetzen, über die Grenzen der „eigenen" Wahrheit zu gehen – um so im Sinne Brechts nicht zum Verbrecher zu werden.

Als der 1958 in Leningrad geborene Andrej Nekrasov 2007 den Film über die Ermordung von Alexander Litvinenko publizierte, hätte niemand erwartet, dass er sich rund 10 Jahre später würde anhören müssen, ein vom Kreml finan-

Publiziert auf Free21 am 18.03.2019, 20:00 Uhr

zierter Anhänger des Putin-Regimes zu sein – er selbst wohl am wenigsten. Er hatte am Bett seines Freundes gesessen, als dieser qualvoll an einer Polonium-Vergiftung starb, wofür Nekrasov und viele andere der Regierung bzw. Putin selbst die Verantwortung gaben.

Er war auch 2014 als Vertreter der liberalen russischen Intelligenz davon überzeugt, dass in Russland ein autoritäres System herrsche, gegen das man sich wehren müsse und das, wie der Fall Magnitzki [1] belegte, seine Gegner gnadenlos ermorde. Als sich ihm die Möglichkeit bot, den Fall filmisch aufzubereiten, war er daher sofort Feuer und Flamme.

Es sollte ein Film über den Whistleblower Sergej Magnitzki werden, doch es kam anders als ursprünglich geplant. Das Problem: Im Gegensatz zu vielen westlichen Journalisten konnte Nekrasov die vom involvierten US-Geschäftsmann Bill Browder zur Verfügung gestellten Belege und Dokumente des Falles selbst lesen. Mit erstaunlichen Folgen. Es war eine schmerzhafte Erfahrung für ihn, festzustellen, dass die offizielle Story mit der Realität wenig bis gar nichts zu tun hatte. Der daraus resultierende Film dokumentiert diesen Erkenntnisprozess und stellt einen anderen Whistleblower in den Mittelpunkt: Andrej Nekrasov selbst.

Im Interview berichtet Nekrasov, wie es zu dem Gesinnungswandel kam und was dieser Prozess für ihn bedeutete. Er gibt seine jetzige Einschätzung auf Russland wieder und berichtet von Folgen, die diese Positionierung für ihn persönlich nach sich zog. Seine Erfahrungen zeugen davon, wie schwer Journalismus, der sich der Wahrheit und nicht den eigenen Glaubenssätzen verpflichtet fühlt, es gerade hier im Westen inzwischen wieder hat. Andrej Nekrasov kann davon ein sehr persönliches Lied singen.

Wie wird man vom gefeierten systemkritischen Dokumentationsfilmer zu einem Filmemacher, dem vorgeworfen wird, Anhänger der Regierung Russlands zu sein?

Darauf gibt es keine kurze Antwort, das war ein sehr langer Prozess. Es ist nicht so, wie man es aus Filmen kennt, nicht die Entscheidung zwischen der roten und der blauen Pille. Es ist ein Weg der Erkenntnis. Eines habe ich auf diesem Weg gelernt: jede politische Analyse wird geprägt durch den eigenen Blickwinkel. Die Art und Weise, wie man eine Situation betrachtet, hängt immer auch von der eigenen Agenda, dem eigenen Standpunkt ab. Aber diesen kann man verändern – muss man verändern, wenn man merkt, dass die Fakten gegen den bisherigen Standpunkt sprechen.

Das heißt, Sie wurden nicht vom Kreml für den Film bezahlt?

NEIN!

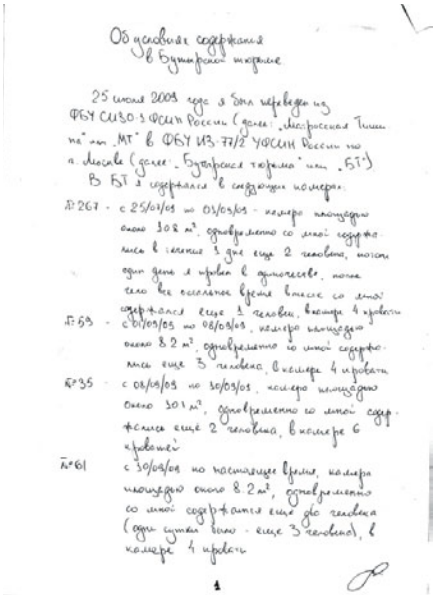
Als Sie den Film über die Ermordung Litvinenkos drehten, waren Sie ja ein entschiedener Kreml- und Putin-Kritiker. Wie kam es zu dieser Veränderung?

Der Mord an Alexander war für mich ein Schock. Ich war unendlich wütend. Er war mein Freund, ich begleitete ihn bis zu seinem Tod. Jemandem bei dieser Art des Sterbens zusehen zu müssen, ist furchtbar. Ich war überzeugt davon, zu wissen, wer ihn umgebracht hat und warum.

Sie waren überzeugt – sind Sie es nicht mehr?

Ich habe es definitiv geglaubt. Inzwischen verfüge ich über Informationen über seine Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten. Heute bin ich nicht mehr so sicher … Wobei ich – auch mir selbst gegenüber – zugeben muss, dass ich bereits damals ganz leise Zweifel hatte. Die Motivation war mir unklar. Worin lag das Interesse der Regierung, des russischen Staates, jemanden wie Sascha zu ermorden? So bedeutend und gefährlich war er letzten Endes nicht. Viele, auch regierungskritische Menschen haben das damals gesagt. Aber das Ganze hat mich so extrem mitgenommen, Zweifel hatten da keine Chance. Erst durch den Fall Magnitzki geriet mein Bild über Russland, über das „Regime", ins Wanken.

Sergei Leonidowitsch Magnitski. (Foto: VOA, public domain)



[12] „Magnitskis Tagebücher", hier ein Screenshot von Seite 1 der PDF-Datei

Wie sah Ihr Bild denn aus?

Vermutlich wie bei den meisten Liberalen, die das Russland unter Putin als eine Art Sowjetunion 2.0 einordnen. Unser Kampf gegen den Staat ist der Einsatz für das Gute. Gegen den unfreien Staat, der seine Kritiker bedroht, der die Medien steuert, gegen das System, das seine Bürger politisch unterdrückt. Das alles ist zwar auch nicht ganz falsch, aber es verschleiert die Tatsache, dass Russland Teil eines globalen, kapitalistischen Systems mit einer brutalen Wirtschaft geworden ist. Unterdrückung findet bei weitem nicht mehr nur politisch statt. Das Geld, die Wirtschaft, ja der Kapitalismus haben in Russland inzwischen viel stärkeren Einfluss als irgendeine Ideologie. Das wird aber von fast allen übersehen – ob im Westen oder bei den Liberalen in Russland. Wer Russland verstehen will, muss das Finanzimperium in Russland unter die Lupe nehmen.

Wie würden Sie die Situation in Russland heute einschätzen?

Bill Browder (Screenshot aus dem Trailer zur Dokumentation)

Russland ist ein autoritärer Staat. Aber der Herrscher ist das Geld, nicht Putin. Damit haben der Westen und Russland mehr gemeinsam, als es viele Menschen, auch sich selbst gegenüber, zugeben wollen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte das Land schwach gemacht. In dieser Position der Schwäche wurde es quasi in einer Art „Blitz-Privatisierung" vom Westen übernommen. Die sogenannten Reformer unter Jelzin wurden vom Westen aus gesteuert. Keiner wusste, was es bedeutet, zu privatisieren, was es heißt, das kollektive Vermögen der Bevölkerung zu verteilen. Privatisierung um jeden Preis, Privatisierung war der Fetisch, der Kapitalismus war fast gottgleich. Es galt beinahe als moralisch, in diesem Privatisierungsprozess die eigene Bevölkerung auszurauben. Man war froh, dass die Jahre des sowjetischen Missmanagements vorbei waren – was dazu führte, dass noch viel wildere kapitalistische Jahre folgten. Während dieser Jahre mussten breite Bevölkerungsschichten viel mehr leiden, als das in der Sowjetunion zumindest in den post-stalinistischen Jahren der Fall gewesen war. Es war die Kombination von kindlicher Naivität, Konfusion und brutaler neoliberaler Politik – mehrheitlich aus dem Westen – die dazu führte, dass das Land ausblutete. Gleichzeitig schämten sich viele Menschen für ihre eigene Vergangenheit. Die liberale Intelligenz schien dagegen in ihrer moralischen Überlegenheit bestätigt.

Welche Position nimmt die liberale Intelligenz in Russland ein?

Sie steht schon seit Jahrhunderten für den Konflikt zwischen den Unterdrückten und dem russischem Staat. Viele unserer größten Dichter – Tolstoi oder Dostojewkski als Beispiele genannt – befassten sich in ihren Werken mit der Auseinandersetzung zwischen dem autoritären Staat und dem gebildeten, intellektuellen Widerstand, der sich für die unterdrückten Massen engagierte. Autokraten als Feindbild der Intellektuellen, ob in der Zarenzeit, während des Kommunismus oder heute unter der Präsidentschaft von Putin. Diese Intelligenz forderte Freiheit und Demokratie und war begeistert von dem, was Jelzin und der Westen ihnen versprachen. Die Masse hatte zwar nicht genug zu essen – aber: „Hey – endlich haben wir Demokratie!". Es kursierte der Spruch „Selbst wenn die Mafia unsere Wirtschaft übernimmt, alles ist besser als der Kommunismus". Und dann kam Putin, stellte sich gegen Teile der Oligarchie, sorgte für Ordnung, für die Einhaltung der nationalen Interessen Russlands. Von seiner Regierung gingen für uns damals ähnliche Signale aus wie von der Sowjetunion. Oberflächlich betrachtet, aber für uns – die liberale Intelligenz, zu der ich mich ja auch zählte – äußerst bedrohlich. Wir wollten keine Rückkehr in die dunklen Zeiten der Unfreiheit. Für die breite Bevölkerung stellte sich diese neue, starke Regierung völlig anders dar. Sie hoffte auf einen starken Führer, der im Land wieder für Ordnung und wirtschaftliche Stabilität sorgt und gleichzeitig sicherstellt, dass Russland seine Würde wieder zurückbekommt. Das hat Putin erreicht. Zumindest in bestimmten Grenzen, denn natürlich haben die Oligarchen immer noch sehr viel Einfluss im Land. Wie weit dieser reicht und wie überraschend gering die Macht der russischen Regierung wirklich ist, zeigt ja gerade der Fall Magnitzki mehr als deutlich.

Inwiefern?

Bill Browder hat seine Geschichte „Der russische Staat hat meinen Anwalt umgebracht und Putin ist letztlich dafür verantwortlich" überall unter die Leute gebracht. Auch in Russland. Fast die gesamte russische Presse ist seiner Story gefolgt – obwohl Browder für die Regierung ja „persona non grata" sein sollte. Aber die Regierung verfügt eben nicht über die durchgängige Kontrolle der Medien, wie allgemein angenommen wird. Im Gegenteil: ich habe inzwischen den Eindruck, dass die russische Presse freier ist als die des Westens.

Das widerspricht aber völlig der gängigen Meinung. Wie ist das möglich?

Im Westen überträgt man immer die eigenen Strukturen auf Russland. Das passt aber nicht. Es gibt in Russland keine „medialen Institutionen" wie ARD, ZDF, Zeit, Süddeutsche oder FAZ, die die Medienlandschaft wesentlich prägen. Die Dinge sind nicht so systematisch und organisiert, wie man das aus Deutschland kennt. Natürlich gibt es in Russland einige Kanäle, die bestimmten Linien folgen. Aber dabei geht es nur um die wichtigsten Themen auf den großen Sendern. Für die Russen spielt das Internet aber eine deutlich größere Rolle in der Informationsbeschaffung, als das in Deutschland der Fall ist. Und die großen Filterblasen sind mehrheitlich pro-westlich orientiert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche einflussreiche Medien wie die Nowaja Gaseta, Echo von Moskau, oder Dozhd TV, die ausgesprochen regierungskritisch sind und ihre Meinung frei publizieren. Es ist in Russland beinahe lukrativ, die Regierung zu kritisieren, vieles wird direkt oder indirekt vom Westen aus finanziert. Das ist nur wenigen bewusst, die meisten denken, die Kritiker sind Idealisten, wenn nicht Helden. Als ich einmal einen russischen Freund und Kollegen fragte, warum er die aus dem Westen stammenden Unwahrheiten wiederhole, antwortete er mir, er hätte seine

Publiziert auf Free21 am 18.03.2019, 20:00 Uhr

Familie zu ernähren. Nochmals: in der Magnitzki-Story folgten nahezu alle Medien der Browder-Version, auch die Organe, die man als regierungstreu einordnen könnte. Letztlich haben alle das eine Narrativ übernommen. Wenn es eine Zensur gibt, dann kommt die eher von Seiten der liberalen pro-westlichen Seite und natürlich vom Westen.

Wie kommen Sie darauf?

Seit ich aufgrund des Magnitzki-Filmes für viele „die Seiten gewechselt" habe und anfing, Bill Browder zu kritisieren, habe ich Schwierigkeiten, meine Texte auf bekannten und kritischen Webseiten in Russland zu publizieren. Das sind Seiten, auf denen vor vier Jahren noch 100.000 und mehr Leser meine Artikel verfolgt haben. Und meine Erfahrungen beim Versuch, den Film im Westen zu veröffentlichen, haben mich wirklich erschreckt. Es gibt eine sehr effiziente Zensur, still und leise, aber wirksam und konsequent. In den Mainstream-Medien bin ich – als bis dato sehr geschätzter Dokumentarfilmer – nicht mehr von Interesse, werde ignoriert und totgeschwiegen. Nach außen ist der Westen eine wunderschöne Demokratie, die Realität stellt sich mir allerdings anders dar. Die Chancen, als Putin-Kritiker im russischen Mainstream veröffentlichen zu können, sind deutlich größer, als als Kritiker von US-Finanzoligarchen in führenden westlichen Medien abgedruckt zu werden. Man kann sehr vieles im Westen kritisieren, aber wehe es tut dem Establishment wirklich weh. Die „üblichen Verdächtigen" in Politik und Gesellschaft – kein Thema. Browder persönlich ist eigentlich relativ unbekannt. Aber sein Fall ist zentral für ein Verständnis der heutigen Welt. Ein Kampf für die Menschenrechte in einem „bösen" Land wie Russland lässt sich ironischerweise als Alibi für Betrug und Ausbeutung der Menschen dieses Landes missbrauchen. Und da mein Film genau das mit Zahlen, Daten und Fakten dokumentiert, muss die Ausstrahlung verhindert werden. Man merkt es nicht – oder will es nicht merken, dass gesellschaftliche Werte wie Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Solidarität und Gerechtigkeit komplett untergraben werden. Ich bin weiterhin sehr kritisch, was die russische Regierung angeht. Ich habe einfach meinen Blick geöffnet und

[11] Untersuchungshaftanstalt Nummer 2 „Butyrka" in Moskau, in dem Magnitski inhaftiert war. (Foto: Stanislav Kozlovskiy, CC BY-SA 3.0)

nenne Dinge beim Namen, die im Westen eben nicht so gern gehört werden. Ein Freund Browders bin ich jetzt auf jeden Fall nicht mehr.

Waren Sie das – ein Freund von Bill Browder?

In oberflächlichem Sinne ja. Ich begann die Arbeiten an dem Film ja als typischer Vertreter der liberalen Intelligenz Russlands. Ich sah die klassischen Elemente: die autokratische Regierung, die unschuldige Bürger unterdrückt, die einen Whistleblower ermorden lässt, um ein korruptes System, das die freie Wirtschaft belastet, zu schützen. Dann zum Schluss der grausame Tod in russischer Haft – ein hervorragender Plot für einen hervorragenden Film. Ich lernte alle wichtigen Leute rund um Browder kennen, traf auf den Partys die richtigen Leute, die Finanzierung war mit einem guten Budget gesichert. Mir standen alle wichtigen Türen offen. In dem Sinne war ich sein Freund, aber das änderte sich sehr schnell, als ich begann, meine Zweifel zu formulieren.

Wie kam es zu den Zweifeln?

Der Film war ja nicht als investigative Dokumentation, sondern vielmehr als Tribut an einen Helden, als Doku-Drama geplant. Ich entwickelte ein Drehbuch, das ich meinen Schauspielern vermitteln musste. Die Motivation der handelnden Personen muss im Skript nachvollziehbar sein. Und auf einmal stellte ich fest, dass mir genau das nicht möglich war. Laut der Browder-Story ging Magnitzki zur Polizei, um einen gravierenden Fall von Korruption bei der Polizei anzuzeigen. Welcher Whistleblower würde in Russland zur Polizei gehen? Welcher Whistleblower würde überhaupt zur Polizei gehen? Können Sie sich vorstellen, dass Snowden zum FBI geht, um dort zu berichten, dass er als CIA-Mitarbeiter wichtige Informationen an die Öffentlichkeit bringen will? Whistleblower gehen zu den Medien und nicht zur korrupten und gewalttätigen Polizei des repressiven Russlands. Das war eine von vielen Facetten, die mich an der Wahrheit zweifeln ließen. Und nach den Zweifeln kamen die Fakten. Da ich neben Englisch und Deutsch eben Russisch beherrsche, konnte ich die von Browder vorgelegten Beweise selbst überprüfen. Um festzustellen, dass man dort nicht das las, was in der englischen Zusammenfassung präsentiert wurde. Als ich dann ernsthaft begann zu recherchieren, kam eines zum anderen. Die Browder-Story war in zahlreichen Punkten, schlicht gesagt, falsch. Wenn man bedenkt, welche Konsequenzen dieser Fall auf politischer Ebene nach

Quellen:

[1] Nachdenkseiten, 2.8.2018: „Der Fall Magnitski – Meisterstück politischer PR und trauriges Versagen der Medien“ von Jens Berger: <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=45269*>

Lesetipp:

„Bill Browder und seine Geschichte vom Tod des angeblichen Whistleblowers Magnitski“ von Andrei Nekrasov, Vetta Kirillova: <*http://www.free21.org/?p=29483*>

Autorin: Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

Dieser Text wurde zuerst am 13.1.2019 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=48384› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=31748›

sich gezogen hat, war das ungeheuerlich. Der Name Magnitzki gilt ja inzwischen als ein Synonym für den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, und es gibt bereits mehrere Gesetze, die seinen Namen tragen. Und all das basierend auf „Fakten“, die keine sind. Als Journalist bin ich doch der Wahrheit verpflichtet …

Die Wahrheit – war das der Grund, dass Sie den Film so völlig anders realisierten als zunächst geplant?

Nach einem sehr schwierigen Prozess, den ich im wesentlich mit mir allein ausmachen musste, war mir klar: das muss an die Öffentlichkeit. Ich muss aber vor mir selbst zugeben, dass es natürlich auch etwas mit meinen beruflichen Ambitionen zu tun hatte. Es war einfach „Wow – was für eine sensationelle Story!“. Der journalistische Coup meines Lebens. Aber das war nicht der entscheidende Grund; entscheidend für mich war und ist, dass ich nicht belogen werden will. Wir wurden in den Zeiten der Sowjetunion belogen. Man sprach vom souveränen Volk, von Gerechtigkeit und Freiheit – und erlebte die Geheimpolizei, sah, wie das Volk belogen wurde, und dass es Gerechtigkeit und Freiheit nur für die Mächtigen gab. Daran zerbrach das System in meinen Augen letzten Endes. Wird den Menschen bewusst, dass sie in wesentlichen Bereichen belogen werden, erwacht der Widerstand. Wenn man sich Bill Browder mit kritischen Augen ansieht, geht es um einen enorm gierigen westlichen Firmenboss, der keinerlei Steuern zahlen will, obwohl diese in Russland bereits sehr niedrig sind. Er nutzt jedes legale und illegale Schlupfloch aus und wird dafür von der russischen Polizei bzw. vom Staat juristisch verfolgt. Als Teil der westlichen Machtelite betont dieser Firmenboss gleichzeitig die eigene moralische Überlegenheit und sieht sich als einer derjenigen, die den Russen beibringen müssen, wie Demokratie, westliche Werte und Geschäftsleben funktionieren. Die Zeit in der Sowjetunion war durch Lügen geprägt, und das neue, neoliberal-kapitalistische System – für das Bill Browder und die Oligarchen um ihn herum stehen – basiert wiederum auf Lügen. Das hat mich richtig wütend gemacht. Ich musste einfach handeln.

Haben Sie mit den Folgen gerechnet, die anschließend auf Sie zukamen?

Nein. Dass es Schwierigkeiten geben würde, habe ich erwartet. Aber diese Form der Zensur, diesen massiven Widerstand im demokratischen Westen – nein, damit hatte ich wirklich nicht gerechnet.

Mit welchen Folgen sind Sie denn konfrontiert?

Für meine Karriere ist es eine Katastrophe. Vom Grimme-Preisträger, bekannt für russlandkritische Filme, zur kontroversen Person, der man unterstellt, von der russischen Regierung bezahlt zu werden, ist ein weiter Weg. Mein Ruf ist quasi ruiniert. Ich spüre, dass Menschen mich als Risikofaktor wahrnehmen und mir eher verhalten bzw. sehr skeptisch gegenübertreten. Selbst meine Kollegen in Norwegen, die mich unterstützen und zu mir stehen, sind dadurch belastet. Da ist ein Zweifel, ein Schatten, der über mir schwebt, das läuft wohl völlig unbewusst. Mir nimmt es die Möglichkeit, wirklich frei zu arbeiten.

Wie geht es jetzt weiter?

Ich setze alles daran, dass „The Magnitzki Act“ doch noch eine breite Öffentlichkeit erreicht. Gleichzeitig arbeite ich an einem neuen Film – kritisch beobachtet von meinem Umfeld. Ich hoffe, dass der Schatten nicht zu einer Selbstzensur führt, das wäre für meine kreative Arbeit wirklich tödlich. Kreatives Schaffen – jeder Artikel, jeder Film, jede Dokumentation – beinhaltet immer Risiken. Geht man diese Risiken nicht mehr ein, nimmt man Rücksicht, dann wird alles zur Routine – und damit nur noch Durchschnitt. Das ist meine größte Befürchtung für meine persönliche Zukunft.

Da können wir Ihnen alle nur wünschen, dass das nicht eintritt! Viel Erfolg und weiter so!

Ob Andrej Nekrasov in seinem Film „The Magnitzki Act“ nun die ganze Wahrheit berichtet, kann ich nicht beurteilen. Das redliche Bemühen, der Wahrheit so nah wie möglich zu kommen, war für mich aber bereits im Film überdeutlich spürbar. Ich würde mir wünschen, dass es mehr Dokumentarfilmer und Journalisten gibt, die mir genau dieses Gefühl vermitteln. Und natürlich, dass das dann auch von den großen Medien gewürdigt wird.

Publiziert auf Free21 am 18.03.2019, 20:00 Uhr

Die chinesische Volksbefreiungsarmee ist das personell stärkste Militär der Welt und verfügt über Kernwaffen. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:PLA_soldiers.jpg, Foto: Wikidedia, Lizenz: gemeinfrei.

Militärmacht China – ein gefährlicher Pentagon-Bericht

Welche Vision hat China, und welche Rolle will es spielen? Und welche Folgen hätte das für die USA? Wie verändern sich Rolle und Aufgabe der Armee auf dem Weg zu einer modernen und starken Militärmacht? Ein Pentagon-Bericht sucht Antworten.

von Rainer Rupp

In dem im Jahr 2015 vom Informationsbüro des chinesischen Staatsrates herausgegebenen offiziellen Weißbuch über Chinas Militärstrategie heißt es: „Es ist ein chinesischer Traum, die große Verjüngung der chinesischen Nation zu erreichen. Der chinesische Traum besteht darin, das Land stark zu machen. (…) Ohne ein starkes Militär kann ein Land weder sicher noch stark sein." Auf dem Weg zu diesem Ziel scheinen die Chinesen auch in den vergangenen zwei Jahren wieder ein gehöriges Stück weitergekommen zu sein. Das zumindest ist die Quintessenz des letzte Woche erschienenen, 125 Seiten umfassenden Berichts der US-amerikanischen Defence Intelligence Agency (DIA), des militärischen Nachrichtendienstes des Pentagons.

Die DIA-Studie unter dem Titel „Militärmacht China", die im Zweijahresrhythmus für den US-Kongress erstellt wird, durchleuchtet die bekannten technologischen Fortschritte ebenso wie die Entwicklungen der Strategien des chinesischen Militärs. In den dazwischen liegenden Jahren erscheint ein in der gleichen Struktur aufgebautes Kompendium über die „Militärmacht Russland".

Anlässlich der Veröffentlichung des DIA-Berichts [1] am Dienstag letzter Woche [29.1.2019, Anm. d. Red.] erklärte ein hochrangiger Vertreter der DIA gegenüber Reportern, dass das chinesische Militär einen „kritischen Wendepunkt" in seiner Entwicklung erreicht hat. Dies beruhe vor allem auf dem neu gewonnenen Vertrauen in die eigenen militärischen Fähigkeiten. Dies wird u.a. durch die Feststellung im Bericht unterstrichen, dass die Volksbefreiungsarmee (Englisch „People's Liberation Army", kurz PLA) inzwischen in bestimmten Bereichen der Waffentechnik weltführend sei, wenn auch bei Weitem nicht in allen.

„Wir wissen, dass die chinesische Führung die Volksbefreiungsarmee in der Vergangenheit als eine sich entwickelnde und (im Vergleich zu den USA) schwächere Macht angesehen hat", sagte der DIA-Offizier [2]. Daher bestehe „die größte Sorge" des Pentagons nun darin, dass die Ar-

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

mee-Führung an einem Punkt angelangt sei, an dem „sie ihrem Präsidenten Xi Jinping tatsächlich sagen kann, dass sie volle Zuversicht in ihr militärisches Können und vollstes Vertrauen in die militärischen und technologischen Fähigkeiten der Volksbefreiungsarmee hat“.

Robert P. Ashley Major General, USA, USA. Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Major_General_ROBERT_P._ASHLEY.jpg , Foto: us army, Lizenz: public domain.

Da der DIA-Offizier offensichtlich den Eindruck hatte, dass die Zuhörer die dramatische Brisanz seiner verklausulierten Ausführungen nicht richtig verstanden hatten, holte er nochmals aus und wurde beim zweiten Mal etwas deutlicher:

„Da viele dieser (chinesischen) Militärtechnologien ausgereift sind und die Umstrukturierung ihres Militärs bereits im Gange ist, und je besser sie (die Armee-Führung) all diese Fähigkeiten beherrscht, besteht die Sorge, dass ein Punkt erreicht wird, an dem sie intern entscheiden werden, zur Lösung regionaler Konflikte ihr Militär einzusetzen, etwas, das unmittelbar bevorsteht.“

Das heißt mit anderen Worten, dass die DIA aktuell damit rechnet, dass bei den nächsten US-Provokationen im Südchinesischen Meer und in der Straße von Taiwan jederzeit der Punkt erreicht werden kann, an dem das Fass der chinesischen Geduld überläuft und – im Vertrauen darauf, dass man regional gegen die USA als Sieger hervorgeht – der Einsatz militärischer Mittel abgesegnet wird. Und trotzdem machen die US-Politabenteurer weiter und planen bereits eine noch größere Provokation in der Straße von Taiwan.

Der DIA-Bericht selbst umreißt mehrere Schlüsselthemen in Chinas Militärstrategie, darunter auch das Konzept der „aktiven Verteidigung“. Laut DIA „interpretiert Peking ‚aktive Verteidigung‘ als Mandate zum einen zur Deeskalation eines Konflikts und zum anderen zur Ergreifung der Initiative während eines Konflikts“. Dazu gehört, wie die Rede von Präsident Xi während der Parade zum 90. Jahrestag der Volksbefreiungsarmee klarmachte, dass China niemals „Invasion und Expansion“ durchführen werde, aber zugleich niemals „erlauben wird“, dass Teile des chinesischen Territoriums „von China getrennt“ werden. Zu diesem letzten Punkt gehört natürlich vor allem Taiwan, das laut DIA-Bericht korrekt als eines der wichtigsten Anliegen der chinesischen Militärstrategie gilt. „Zugleich“, so der DIA-Bericht weiter, würden „die Herausforderungen der chinesischen Kontrolle in den umstrittenen Gebieten im Ost- und Südchinesischen Meer (von der Regierung in Peking) als Bedrohung der nationalen Souveränität“ angesehen.

Laut DIA nehme Peking aber auch zu Land etliche Bedrohungen seiner Souveränität und inneren Sicherheit wahr. Dazu gehörten „insbesondere langjährige Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit Taiwans und des uigurischen und tibetischen Separatismus als einer Entwicklung, die das übergeordnete, strategische Ziel der Fortdauer der kommunistischen Herrschaft in China untergraben könnte“, sagt der Bericht.

Genau deshalb sieht die chinesische Staatsführung in ihrem langfristigen militärischen Modernisierungsprogramm eine unerlässliche Vorbedingung zur Erreichung des „chinesischen Traums“. Nur ein starkes Militär kann ausländische Mächte davon abhalten, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, etwas, was aus Sicht Pekings dennoch tagtäglich geschieht, z.B. im Südchinesischen Meer, in der Taiwan-Frage, mit der Förderung des Islamismus der Uiguren im westchinesischen Xinjiang usw. Die Erinnerungen an die Erniedrigungen Chinas als Kolonie der westlichen Imperialisten sind noch frisch im kollektiven Gedächtnis der Chinesen, und die von den USA betriebene und durchgesetzte Abspaltung Taiwans stellt weiterhin eine offene Wunde

Publiziert auf Free21 am 16.03.2019, 16:00 Uhr

Das Pentagon; Sicht nach Nordosten mit dem Potomac River und Washington Monument im Hintergrund. Quelle: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:The_Pentagon_US_Department_of_Defense _building.jpg, Foto: DoD photo by Master Sgt. Ken Hammond, U.S. Air Force, Lizenz: gemeinfrei.

dar. Deshalb stehen die Herstellung der Einheit und die Sicherung der Souveränität des Landes durch ein starkes Militär an oberster Stelle.

Dagegen wird im DIA-Bericht Chinas militärische Modernisierung „als Streben nach Großmachtstatus" dargestellt, die „es China ermöglichen werde, seinen Willen in der Region durchzusetzen". Diese verdrehte Darstellung geschieht sicherlich in der Absicht, bei den Nachbarn Chinas Angst zu schüren und sie wieder enger an Washington zu binden, damit sie die zunehmend provokative, anti-chinesische US-Militärpolitik der letzten Jahre stützen. Die gleiche Absicht dürfte hinter den Warnungen vor der wachsenden Militärmacht Chinas stecken, die der DIA-Bericht an die westlichen US-Verbündeten richtet. Denn wie alle derartigen Berichte an den US-Kongress ist auch dieser stark eingefärbt und verfolgt innen- und außenpolitische Ziele.

So warnt denn auch der Direktor der Defense Intelligence Agency, Robert P. Ashley, Jr., am Ende des Vorwortes zum DIA-Bericht persönlich vor der neuen „Gelben Gefahr". Mit der Modernisierung der Volksbefreiungsarmee habe die Führung in „Peking sich einen außenpolitischen Arm für (Militär-)Expeditionen und Machtprojektionen geschaffen, die sich auf militärische Diplomatie und Operationen rund um die ganze Welt einlässt. Mit zunehmender Stärke und Zuversicht werden sich die Staatsoberhäupter unserer Nation einem China gegenübersehen, das darauf besteht, bei globalen Interaktionen eine stärkere Stimme zu haben, was zuweilen im Gegensatz zu den Interessen der USA stehen kann".

Implizit sagt der DIA-General damit, dass China schon bald rund um die Welt auch den Verbündeten der USA in ihr imperialistisches Hexengebräu spucken könnte, weshalb sie gut daran täten, die militärischen Provokationen der USA im Südchinesischen Meer und in der Straße von Taiwan zu unterstützen, mit denen Peking also – wenn es einen Krieg vermeiden will – politisch in die Knie gezwungen werden soll.

Als Antwort auf den DIA-Bericht sagte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, dass aus diesem Bericht die Mentalität des Kalten Krieges spreche.

„In dem Bericht wurden, unter Missachtung der Fakten, Annahmen zu Chinas Entwicklungspfad und strategischen Zielsetzungen gemacht, und zwar unter Anwendung einer Mentalität des Kalten Krieges und auf der Basis eines Nullsummenspiels", sagte Hua auf einer Pressekonferenz am Mittwoch letzter Woche. Weiter sagte sie: „China fordert das US-Militär auf, die militärische Entwicklung Chinas vernünftig und objektiv zu behandeln und die militärischen Bindungen zwischen den beiden Ländern zu wahren."

Quellen:

[1] http://www.dia.mil, Robert P. Ashley, Jr, „China Military Power",am 29.1.2019, *<http://www.dia.mil/Portals/27/Documents/News/Military Power Publications/China_Military_Power_FINAL_5MB_20190103.pdf>*

[2] https://www.defensenews.com., Tara Copp und Aaron Mehta, „New defense intelligence assessment warns China nears critical military milestone", januar 2015, *<https://www.defensenews.com/news/your-military/2019/01/15/new-defense-intelligence-assessment-warns-china-nears-critical-military-milestone/>*

Autor: Rainer W. Rupp

(*21. September 1945 in Saarlouis) ist ein ehemaliger deutscher DDR-Agent (Deckname Topas), der für den Warschauer Pakt tätig war. Ab 1969 war Rupp für die HVA beim Hauptquartier der NATO in Brüssel tätig. 1977 kam er in die politische Abteilung des NATO-Wirtschaftsdirektorats. Anfangs operierte er unter dem Decknamen „Mosel", ab 1979 als „Topas".

Dieser Text wurde zuerst am 10.02.2019 auf www.kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/militaermacht-china-ein-gefaehrlicher-pentagon-bericht/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=31631›

Der Name des sozialen Netzwerkes Facebook bezieht sich auf die sogenannten Facebooks mit Abbildungen von Studenten, die an manchen US-amerikanischen Colleges verteilt werden. (Foto: pixabay, CCo)

Facebook und Google als Inkarnation des **LifeLog-Programms** des Pentagon

Es gibt Dinge, die sind so krass, dass man sie sich nicht ausdenken kann. Dazu gehört, dass es bis vor 15 Jahren ein öffentlich bekanntes Programm des US-Militärs namens LifeLog gab, das genau die Totalaufzeichnung und Speicherung all unseres Tuns anstrebte, die durch Google, Facebook und andere US-Konzerne inzwischen wie nach Blaupause umgesetzt wurde.

von Norbert Häring

Im Mai 2003 berichteten amerikanische Medien und auch „Die Zeit“ über eine Ausschreibung der beim US-Verteidigungsministerium (Pentagon) angesiedelten Forschun gsbehörde Defense Advanced Projects Research Agency (Darpa) [1]. Es ging um ein Projekt namens LifeLog, das in der Ausschreibung laut Zeit so beschrieben wurde:

„Das Ziel: Ein digitales Protokoll vom Leben eines Menschen zu erstellen, das nicht nur Dokumente wie Fotos, E-mails und Bücher enthält, sondern per GPS-Sensor auch eine lückenlose Aufzeichnung des Aufenthaltsorts.“

Die Ausschreibung mit der Nummer BAA 03-30 war eine Aufforderung an Wissenschaftler aus dem ganzen Land, Forschungsvorhaben zur Förderung einzureichen. Darin wurde LifeLog beschrieben als „ein ontologiebasiertes (Sub-)System, das den Erfahrungsfluss einer Person und seine Interaktion mit der Welt erfasst, speichert und zugänglich macht“.

Damit das funktioniert, müssten die Nutzer zu Cyborgs werden: Sensoren aller Art müssten aufzeichnen, was sie sehen, hören und fühlen. Per Satellitenortung würden räumliche Daten erfasst, biomedizinische Sensoren überwachten den körperlichen Zustand. Außerdem, so die Ausschreibung, solle das System die gesamte Kommunikation aufzeichnen.

Es ist beeindruckend, wie umfassend die Militärbehörde Darpa schon vor 16 Jahren das als Ziel beschrieben haben, was heute dank Facebook, Google, Smartphones, Paypal, Alexa, Echo, Fitbits und verpflichtendem Internetanschluss für Autos bereits sehr weitgehend umgesetzt ist. Nur

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 19:00 Uhr

die noch etwas hakende elektronische Gesundheitskarte mit Datenspeicherung in der Cloud, also auf für die US-Dienste ohne weiteres zugänglichen Servern von Amazon, Microsoft und Co., fehlt noch – aber nicht mehr lange.

Umso überraschender, dass man vor fast genau 15 Jahren, im Februar 2004 lesen durfte, dass das Pentagon das LifeLog-Programm eingestellt habe [2]. „Forscher, die dem Projekt nahestanden" konnten es sich „Wired" zufolge nicht richtig erklären. Die offizielle Erklärung hieß nur „geänderte Prioritäten".

Aus PR-Gründen ist das durchaus nachvollziehbar, denn das totalitäre Potential dieses damals noch bizarr anmutenden Programms wurde von den amerikanischen Medien nicht übersehen und scharf kritisiert. Aber wie kommt es, dass es trotz der angeblichen Einstellung des Programms genau so kam, wie es sich das Pentagon ausgemalt hatte? Ist es Zufall, dass die US-Konzerne mit zumeist engen Verbindungen zum US-Militär und den US-Geheimdiensten, dieses umfassende Überwachungssystem fast genau nach der Darpa-Blaupause entwickelten und dass sie dabei jahrzehntelang so ziemlich jede Datenschutzregelung in Europa und den USA ignorieren konnten?

Vielleicht ist es ja ebenso Zufall, wie, dass die Meldung über die angebliche Aufgabe des LifeLog-Projekts am 4. Februar 2003 erschien. Das war der Tag an dem Mark Zuckerberg das soziale Netzwerk und die Firma „the facebook" gründete. Und dass die Facebook-Vorstandsmitglieder und Investoren Peter Thiel (Palantir) und James Beyer engste Kontakte zum Militär, zu Darpa und zum in-Q-Tel, dem Wagnis-Kapital-Fonds der CIA hatten, kann auch ein Zufall sein [3].

Quellen:

[1] www.zeit.de, Christoph Drösser, „Vergessen kann man vergessen", am 28. Mai 2003, *<https://www.zeit.de/2003/23/S_34_Was_wurde>*

[2] www.wired.com.Pentagon, „kills LifeLog Project", am 02.04.2004, *<https://www.wired.com/2004/02/pentagon-kills-lifelog-project/>*

[3] www.steemit.com, boodles17, „Is Facebook Dervived from DARPAs Lifelog Project?", April 2018, *<https://steemit.com/discussion/@boodles17/is-facebook-dervived-from-darpas-lifelog-project>*

[4] www.medium.com, Nafeez Ahmed, „How the CIA made Google", am 22.01.2015, Teil 1: *<https://medium.com/insurge-intelligence/how-the-cia-ma de-google-e836451a959e>*, Teil2: *<https://medium.com/insurge-intelligence/why-google-made-the-nsa-2a80584c9c1>*

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 10.02.2019 auf www.norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/1107-lifelog› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=31750›

Eigenanzeige

Wikileaks, Snowden, Wikipedia …

„Welche Pressefreiheit gehört zu den ‚westlichen Werten'? Brauchen wir ein neues Mediensystem?" ***Ein Vortrag von Dirk Pohlmann.***

Obwohl das Mediensystem „schlechthin konstituierend" für die Demokratie ist, wie das Bundesverfassungsgericht bereits 1961 ausgeführt hat, gibt es erstaunlich wenig Diskussionen darüber, wie gut es seine Aufgabe erfüllt. Einziges Dauerthema ist die Frage, ob der zwangsgebührenfinanzierte Rundfunk noch zeitgemäß ist.

Dirk Pohlmann, als Journalist und Dokumentarfilmer überwiegend für die „Öffentlich-Rechtlichen" tätig, in den letzten Jahren aber vor allem für die Alternativmedien, vergleicht in seinem Vortrag die normativen Vorstellungen des Verfassungsrechtes, die ihm aus dem Studium in lebhafter Erinnerung sind, mit den realexistierenden Medien und stellt ihre Entwicklung seit den 80er Jahren dar. Seine Analyse kommt zu dem Schluss, dass das Mediensystem dringend reformiert werden muss, wenn es seine Aufgabe wieder erfüllen will.

Ort: Forum am Park Heidelberg, Poststraße 11, 69115 Heidelberg, www.forum-am-park.de
Termin: 22. Mai 2019, 19–21 Uhr (Einlass: 18:30 Uhr)

Späte **Einsicht**

Endlich enttarnt auch ein BBC-Journalist die Aussagen der Weißhelme zum Giftgasanschlag in Duma als Fälschung.

von Jens Bernert

BBC-Reporter Riam Dalati hat eingeräumt, dass die in Syrien tätigen Weißhelme die Krankenhausszene beim angeblichen Giftgasangriff auf Duma im April 2018 gefälscht haben und es in Wahrheit gar keine Opfer gab.

Dalati ist Journalist und Syrienspezialist des britischen Fernsehens. In einer Mitteilung bei Twitter bestätigte Dalati aufgrund eigener Recherchen, was Personen, die sich ernsthaft mit der Aufarbeitung des Ereignisses in Ghuta/Duma beschäftigten, aufgrund der harten Faktenlage schon lange klar war: Es handelte sich nicht um eine ebenso sinnlose wie brutale Giftgasattacke der syrischen Regierungstruppen kurz vor der Kapitulation der radikalen pro-westlichen Kämpfer, sondern um eine Propagandashow.

BBC Syria Producer Riam Dalati schreibt in dem Tweet vom 13. Februar 2019 Folgendes:

> „Nach fast 6 Monaten an Untersuchungen kann ich zweifelsfrei beweisen, dass die Douma-Hospital-Szene inszeniert wurde. Im Krankenhaus traten keine Todesfälle auf. Alle Weißhelme [Anmerkung des Übersetzers: WH steht für White Helmets], Aktivisten und Menschen, mit denen ich gesprochen habe, sind entweder in Idlib oder in den Schutzschild-Euphrat-Gebieten. Lediglich eine Person war in Damaskus."

Analysen von Wissenschaftlern, investigativen Journalisten und Bloggern sowie weiteren Beobachtern des Syrienkrieges hatten schon kurz nach dem angeblichen Giftgasereignis dargelegt, dass es sich bei den entsprechenden Meldungen um „Fake News" handelt, die einer kritischen Überprüfung nicht standhalten [1], [2]. Sehr viele Behauptungen der Weißhelme widersprechen schlicht den Gesetzen der Physik [3].

Bereits in der Vergangenheit wurden immer wieder ähnliche Fälschungen der Weißhelme enttarnt, die allerdings bis heute als offizielle Wahrheit gelten und als Grundlage für direkte kriegerische Maßnahmen und Sanktionen gegen Syrien dienen [4]. Die Bundesregierung hält trotz schwerster Vorwürfe zu den Weißhelmen [5].

In den Filmaufnahmen der Weißhelme in der Notaufnahme der Klinik in Duma zu sehende Personen sagten zwischenzeitlich in der Zentrale der OPCW im niederländischen Den Haag aus, dass das ganze Theater nur eine Inszenierung war und sie mit Wasser bespritzt wurden und keine Vergiftungserscheinungen hatten. Das Video aus der Notaufnahme war zuvor in unseren Nachrichten rauf und runter gespielt worden, als angeblicher Beleg für einen Chemiewaffenangriff.

Die Aussagen der syrischen Augenzeugen und unfreiwilligen Opferdarsteller bei der OPCW in Den Haag – die jetzt von BBC-Mann Riam Dalati bestätigt wurden – wurden damals in den westlichen Medien als „russische Propaganda" abgewertet.

Quellen:

[1] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda, „Duma-Giftgasangriff 2018", am 24.11.2018. *<http://blauerbote.com/2018/11/24/duma-giftgasangriff-2018/>*

[2] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda, „Giftgas und Fassbomben, am 17.11.2018, *<http://blauerbote.com/2018/11/17/giftgas-und-fassbomben/>*

[3] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda, „Harald Lesch hat doch von nichts gewusst", am 29.12.2018, *<http://blauerbote.com/2018/12/29/harald-lesch-hat-doch-von-nichts-gewusst/>*

[4] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda, „White Helmets – Weißhelme im Syrienkrieg", am 19.08.2018, *<http://blauerbote.com/2018/08/19/white-helmets-weisshelme-im-syrienkrieg/>*

[5] Blauer Bote Magazin – Wissenschaft statt Propaganda,, „Der Kindermord-Skandal", am 15.09.2018, *<http://blauerbote.com/2018/09/15/der-kindermord-skandal/*

Autor: Jens Bernert

Jahrgang 1974, ist studierter Geograph und Politikwissenschaftler mit Abschluss der Universität Mannheim und arbeitet seit zehn Jahren als Software-Entwickler im Java-Umfeld. In seiner Freizeit bloggt er unter anderem in seinem Weblog „Blauer Bote Magazin" meist zu aktuellen politischen und zeitgeschichtlichen Themen.

http://blauerbote.com/

Dieser Text wurde zuerst am 19.02.2019 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/spate-einsicht› veröffentlicht.

Lizenz: Jens Bernert, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=31752›

Publiziert auf Free21 am 24.03.2019, 19:00 Uhr

Das Free21-Aktiv-Abo

Jeder Druck-Abonnent erhält 6x im Jahr je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare sollten an andere Menschen, Freunde, Nachbarn und Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber
Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Heinz-Wassen-Str. 6, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2019: 20.2.19/20.4.19/20.6.19/20.8.19/20.10.19/20.12.19

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2019 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Free21

Der Free21-Stammtisch in Karlsruhe:

Im „Stammtisch-Prinzip“ treffen sich Free21-Leser und Interessierte im Raum Karlsruhe zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben.

Nächster Stammtisch am 8. April 2019, 19 Uhr in der „Süßen Marie Veganerie“ Rüppurrer Straße 106 76137 Karlsruhe

Das Free21-Prinzip:

Nicht mehr selbst ausdrucken?

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Wir wollen unsere Website Free21.org weiterentwickeln und suchen dafür auf ehrenamtlicher Basis einen engagierten

Webmaster

der oder die sich mit Wordpress, PHP und CSS solide auskennt. Es müsste ausreichend Expertise vorhanden sein, um für größere Projekte externe Dienstleister briefen und kontrollieren zu können.

Wer uns dabei unterstützen kann, schreibt an: team@free21.org